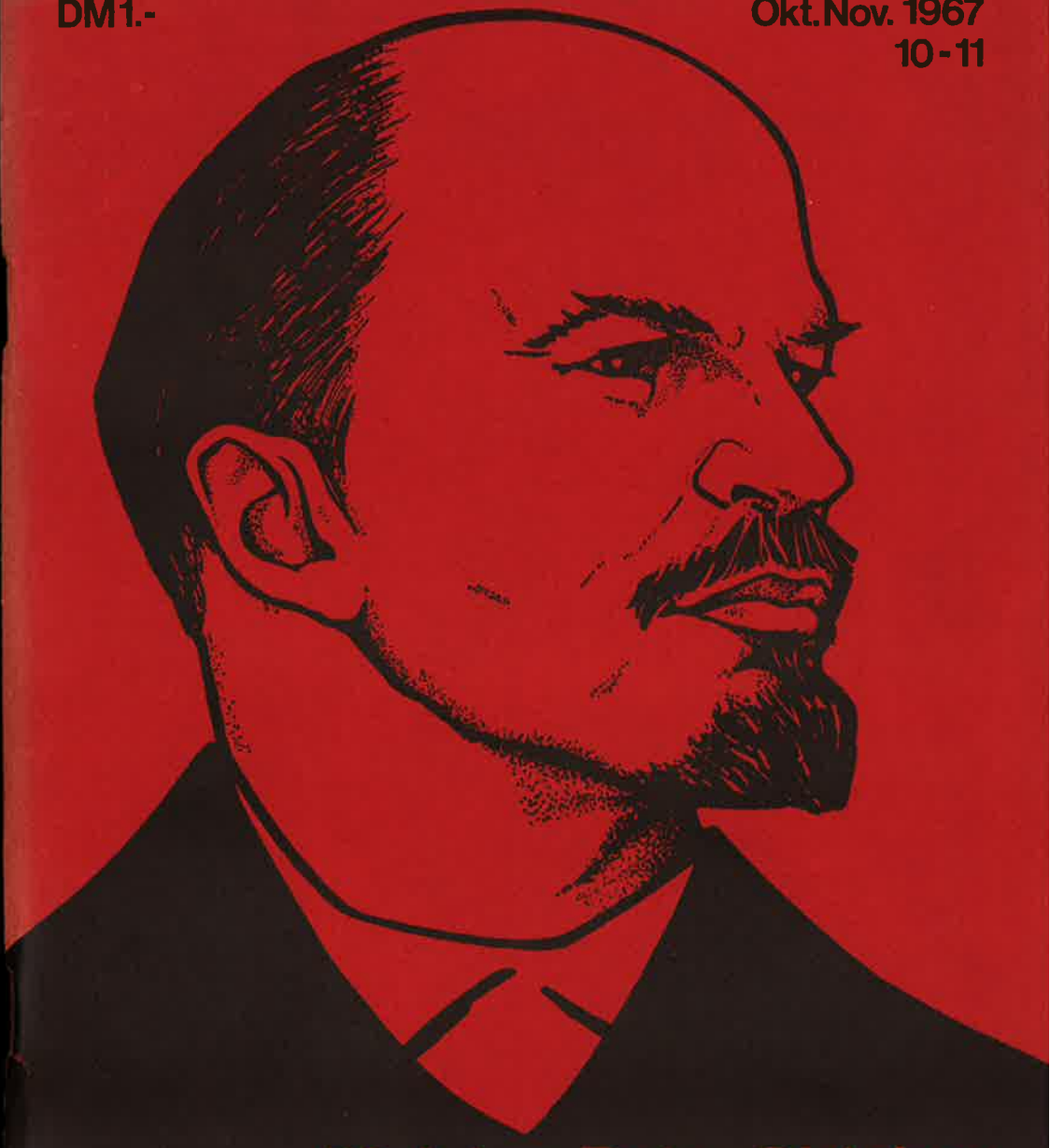
DM 1.-

Okt. Nov. 1967
10 - 11



50 Jahre Roter Oktober

cacit

Zum Thema

Die heftigsten Krisen des kapitalistischen Systems sind seine Kriege. In diesem Jahrhundert gingen bereits drei Weltkriege von ihm aus: 1914–1918, 1939 bis 1945 und heute in Vietnam; denn dort treffen die zwei herrschenden Gesellschaftsordnungen unversöhnlich aufeinander.

Daß der Kapitalismus sichtbar an seinen Krisen zu Grunde geht, ist nicht allein eine Frage des idealistischen Wollens seiner Gegner, auch nicht eine von Propheten, sondern Ausdruck eines historischen Prozesses, dessen bewußte Durchführung sich die sozialistiche Bewegung der Arbeiter und Bauern in allen Kontinenten zur Aufgabe gemacht hat.

Die kapitalistische Ordnung in ihrer modernen Form ist etwa 150 Jahre alt. Ihr Werden, ihren Aufschwung und Zerfall stellte Karl Marx in seinem Werk „Das Kapital" dar, das vor 100 Jahren erschien. „Das Kapital" war das Testament einer untergehenden Epoche, welches, noch zu ihren Lebzeiten geschrieben, 50 Jahre später durch die russische Oktoberrevolution in Lenin seinen ersten Vollstrecker fand. Der europäische Kapitalismus mußte am Ende des Ersten Weltkrieges das „schwächste Glied der Kette" aufgeben.

Doch sein Wesen war durch die Oktoberrevolution nicht zerstört, seine Hilfsquellen nicht verschüttet, seine Stärke, ein Jahrhundert alt, nicht zerbrochen, so daß er sich politisch durch den Faschismus zu revanchieren versuchte. Er konnte es; denn er vernichtete die sozialistische Bewegung in Deutschland, seinen gefährlichsten Widersacher. Em Ende des Zweiten Weltkrieges jedoch wurde trotz Faschismus ein Drittel der Menschheit sozialistisch und am Ende des Vietnam-Krieges werden es weitere Millionen sein: die Kette wird brüchiger.

Dieses Heft soll aus Anlaß der Jahrestage des Erscheinens des „Kaptals" und der Oktoberrevolution Aufklärung darüber geben, welche Funktion dem „Kapital" heute zukommt, in welchem Verhältnis sozialistische Revolutionen zu den Erhebungen in der „Dritten Welt" stehen und wie die Chancen des Sozialismus dort herangereift sind. Die Gegenüberstellung der Prinzipien der bürgerlichen Revolution von 1789 und der sozialistischen von 1917 verweist auf die Basis des heutigen Rußlands, und es wird demonstriert, was der Sozialismus an Kultur- und Erziehungsarbeit zu leisten imstande ist. Schließlich ergab sich die Notwendigkeit, offenzulegen, wie in Ablehnung des revolutionären Konzepts der Sowjets die deutsche Sozialdemokratie 1918 die alte kapitalistische Ordnung erneut stabilisierte, weil sie das reale materialistische Geschichtsbild von Karl Marx und Friedrich Engels verwarf.

Die Autoren blasen keine Fanfaren des Sieges. Die endgültige Testamentsvollstreckung läßt noch auf sich warten. Denn dem Sozialismus folgt erst ein Drittel der Welt.

Die Redaktion

Inhalt

	Zum Thema	Seite 2
Prof. Dr. Jürgen Kuczynski:	Karl Marx und kein Ende – Der 7. November 1917	Seite 4
	Die Internationale	Seite 5
Gerhard Bessau:	Das „Kapital" und die Emanzipation der Arbeiterklasse	Seite 6
Elvira Högemann:	Die Revolution erzieht ihre Kinder	Seite 12
Willi Meeger:	Die Französische Revolution und die sozialistische Oktoberrevolution – eine kurze Deutung ihres Klassencharakters	Seite 21
Erich Gerards:	Der 9. November 1918 in Deutschland – Mythos einer Revolution	Seite 25
Elisabeth Bessau:	Zwischen Revolution und Stagnation – Zu den Chancen des Sozialismus in der „Dritten Welt"	Seite 29
Slava Sestakovskij:	Begrüßungsworte im Namen des Studentenrats der UdSSR an die XXII. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS	Seite 35
Herbert Lederer:	Revolution ohne Vermittlung	Seite 39
Dokumente:	Fünfzig Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution – Thesen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion	Seite 42
Student und Politik:		Seite 47
Bücher:	Besprochen werden: Stefan T. Possony: „Lenin – eine Biographie" – „Essays über das ‚Kapital' von Karl Marx" – „Das Kapital 1967" (Sonderheft der „Marxistischen Blätter") – Gäng/ Reiche: „Modelle einer Kolonialen Revolution"	Seite 50
Zeitschriftenüberblick:	Juni bis September 1967	Seite 54
Literaturhinweise:	Literatur zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914–1934	Seite 62
Bertolt Brecht:	Über die Freiheit in der Sowjetunion	Seite 68

Karl Marx und kein Ende – Der 7. November 1917

von Prof. Dr. Jürgen Kuczynski

„Es ist über Shakespeare schon so viel gesagt, daß es scheinen möchte, als wäre nichts mehr zu sagen übrig; und doch ist dies die Eigenschaft des Geistes, daß er den Geist ewig anregt... Shakespeare gesellt sich zum Weltgeist; er durchdringt die Welt wie jener; beiden ist nichts verborgen. Aber wenn des Weltgeists Geschäft ist, Geheimnisse vor, ja oft nach der Tat zu bewahren, so ist es der Sinn des Dichters, das Geheimnis zu verschwätzen und uns vor oder doch gewiß in der Tat zu Vertrauten zu machen."

So Goethe vor rund 150 Jahren in „Shakespeare und kein Ende".

Marx war kein Dichter. Sein vor 100 Jahren erschienenes Hauptwerk, „Das Kapital", war der, wie die Engländer diese Wissenschaft so richtig nennen, Political Economy gewidmet. Die Aufgabe des Political Economist aber ist es nicht nur, die Geheimnisse dieser Welt „zu verschwätzen" – und wie hat Marx die Geheimnisse des Kapitalismus enthüllt! –, es kommt für ihn auch darauf an, die Welt zu verändern. „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern", heißt es in der XI. These über Feuerbach. Darum hat uns Marx „zu Vertrauten des Geheimnisses" gemacht, wie man die Welt verändert, hat uns die Bewegungsgesetze der Gesellschaft enthüllt.

Und so wird man in der Tat noch in 1000 Jahren, noch in der fernsten Zukunft sagen können: Karl Marx und kein Ende – denn stets wird die Menschheit die Welt verändern können und verändern auf Grund der Hinweise, die Marx uns gegeben.

Doch sprechen wir nicht nur von der fernen Zukunft.

Vor 50 Jahren begann in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution die größte Veränderung, die die Welt je erfahren. Die Menschheit schlug das zweite Kapitel der Weltgeschichte auf, geschrieben mit dem Blute der Helden des revolutionären Kampfes der Unterdrückten Rußlands, geschrieben im Geiste von Marx und in der Hand von Lenin.

Damals, mitten im ersten Weltkriege, war unsere Erde noch so voll so vieler Analphabeten, die in diesem zweiten Kapitel der Weltgeschichte nicht einmal lesen konnten. Heute schreiben an seiner Fortsetzung Hunderte von Millionen Menschen in allen Kontinenten der Welt.

Und immer wieder taucht ein Name auf...

Karl Marx – und kein Ende.

Die Internationale

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht, wie Glut im Kraterherde,
nun mit Macht zum Durchbruch dringt!
Reinen Tisch macht mit dem Bedränger,
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger!
Alles zu werden, strömt zu Hauf!
Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen,
können wir nur selber tun!
Leeres Wort: Des Armen Rechte!
Leeres Wort: Des Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte!
Duldet die Schmach nun länger nicht!
Völker, hört die Signale
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n.
Die Müßiggänger schiebt beiseite!
Diese Welt muß unser sein!
Unser Blut sei nicht mehr der Raben
und der nächt'gen Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben,
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß!
Völker, hört die Signale!
Auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

(1871)

Das „Kapital"
und die Emanzipation der Arbeiterklasse

von Gerhard Bessau

Politisches Handeln, das sich nicht als geschichtliches begreift, verliert unabwendbar seinen verändernden Impuls. Was bleibt? Nur dies: den Sozialisten Resignation, Anpassung, Unterwerfung; der Bourgeoisie Reaktion, Faschismus, Krise, Krieg. Als Resultate einer gewollten und zäh verteidigten Gesellschaftsordnung sind diese zugleich Ausdruck der Kapitulation ihrer Gegner. Strecken sie die Waffen, fordert das an sich blinde Walten der kapitalistischen Ökonomie mit Notwendigkeit seinen Tribut. Ohne Belang bleibt dabei, ob es Schiller heute gelingt, drohende Eruptionen am Ausbruch zu hindern, doch staut sich so nur deren Gewalt, um morgen dafür elementarer noch das dünne Netzwerk von Gesetzen und Verordnungen, Abmachungen und Verträgen zu zerreißen und um das, was mit Not zusammengehalten werden sollte, zu zerstören. Nicht, daß diese bewußtlose Dämonie jeweils unvermittelt die Gegenwart anspringt, nicht, daß ihre Drohung nicht registriert werden könnte. Wohl kündigt sie sich schon frühzeitig an, doch nur jenen verhüllt sie wachsende Kraft und zunehmende Bewegung, denen der letzte Grund ihrer Dynamik qua Wissen und Erkenntnis verschlossen bleibt. Während das kommerzielle Denken diese geschichtliche Dimension nicht zu erfassen vermag, da es der Manipulation um maximalen Profit verhaftet ist, während es rechnen und astrologische Intuition entfalten muß, um im Kampf ums Dabeisein zu bestehen, ist geschichtlicher Theorie, nicht Beschreibung, dieser Blick noch offen. Jedenfalls birgt sie in sich die Chance, dem eigentümlichen ökonomischen Prozeß auf die Spur zu kommen, der, einmal in Gang gesetzt, sich stets dem Willen und der Tätigkeit der herrschenden Gesellschaft entzieht. Die Chance vorerst; denn ob die Vivisektion gelingt, ist an zwei Bedingungen unauflösbar gebunden: wer die Ökonomie verändern will, kann dies nur praktisch tun, daher bedarf der Theoretiker des direkten politischen Einsatzes. Pure Aktion dagegen ohne dieses Ziel gerinnt, so von Links zum Klamauk, doch von Rechts zur Bestialität. Die Erfahrung einer Generation ist Beweis genug und ohne viele Worte zu erbringen: Veränderungen der Basis in Rußland, China, Kuba; Revolte in ihrem Einverständnis in Italien, Spanien, Deutschland; aber tumultöse Rhetorik allein das sind Dutschkes Balladen vom Übel dieser Welt, die lediglich an ihren Institutionen zu kranken scheint.

Die zweite Voraussetzung ist nicht minder wissenschaftlich: wer Politik und Wirtschaft, Kultur und Bewußtsein als Einheit begreifen will, muß die materiellen Interessen ihrer Träger entdecken. Er kann dieses nur, wenn er ihre materielle Geschichte hervorhebt; denn nur der Zusammenhang von Gegenwart und historischer Entwicklung, beide verbunden durch das „ökonomische Prinzip", geprägt als kapitalistische Epoche, als inhumaner Kampf um das Eigentum, verweist auf zukünftige Realitäten. Zwar können diese in sozialistischen Lösungen bestehen, sind jedoch niemals durch sie determiniert. Naiver Glaube verzieht sich gern in die Hülle eines praxisfernen Optimismus, der sich wie ehedem auf der Woge unausweichlicher Abläufe wähnt. Ihr Schicksal, so wird beschworen, sei der Friede, während zur gleichen Stunde in Vietnam dreitausend Bomber auf dem amerikanischen Verlustetat stehen, Völker in Aufruhr gären, Reaktionäre wie Revolutionäre zehntausendfach ihr Leben im Weltkrieg der Klassen verlieren.

Ist es wirklich die innere, boshafte Natur des Menschen, die sie zum Kampf treibt, wie es die Auguren einer verweltlichten Theologie als Fatum predigen? Oder ist es Anarchismus, „Kampf den Institutionen", radikale Aggression gegen die Einrichtungen von Unterdrückern, welche durch ihre bloße Existenz zum Widerstand reizen? Die Moral der Protagonisten beider Überzeugungen mag ihren Glauben beflügeln, gleichwohl hätte sie allein den Revolutionen der letzten Epochen nicht zum Sieg gereicht. Nicht Demiurgen stürzten festgefügte Ordnungen,

Georg Polikeit

DIE SOGENANNTE DDR

Ein Sachbuch für politisch Interessierte, die sachliche Informationen jenseits der Propagandaschlachten des kalten Krieges wünschen.

Ein Nachschlagewerk mit detaillierten Einzelheiten über Wirtschaft, Politik, Kultur und geschichtliche Entwicklung der DDR und entsprechende Vergleichszahlen aus der Bundesrepublik.

Keine kommentierenden Wertungen des Verfassers, sondern reine Tatsacheninformation. Die Wertung bleibt dem Leser selbst überlassen.

Paperback, 328 Seiten, mit ausführlichem Inhaltsverzeichnis
Preis: DM 13,70

Anschrift für Bestellungen:

Weltkreis-Verlags-GmbH
6104 Jugenheim/Bergstraße, Alsbacher Str. 65

PS. Weitere Vorschläge aus unserem Verlagsprogramm:
H. Rödl: „Vietnam – Hintergründe, Zusammenhänge, Lösungen", DM 1,50

K. H. Schröder: „Völkerrechtliche Probleme des Vietnam-Krieges", DM 1,50

Arno K. Reinfrank: „Auf unserem Stern", Gedichtband, DM 5,–

Leo Weismantel: „Veit Stoss", DM 8,75

sondern Praktiker, die um die historischen Gesetze wußten, unterwarfen planloses Walten ihrem kalkulierenden Willen. Die auf die Veränderung des Bestehenden gerichtete Wissenschaft konkretisierte dies zum Programm der „Einheit von Theorie und Praxis", und es ist erforderlich, ihr dialektisches Verhältnis unter den heutigen Bedingungen zu zeigen.

Was Marx in seinem vor hundert Jahren veröffentlichten ersten Band des „Kapitals" über den Mehrwert abhandelte, war bald danach der großen Masse der Arbeiter dem Prinzip nach wohl bewußt. Sie konnte es nachvollziehen, wie sich das von ihnen geschaffene Mehrprodukt in Mehrwert verwandelte, ihr blieb es nicht verborgen, wie dieser Mehrwert als Profit privat angeeignet wurde auf der Basis des „gleichen Rechts" für alle, welches keinen Unterschied kannte zwischen Eigentümern an Produktionsmitteln und ihr, die nur über ihre Arbeitskraft verfügte. Sie war sich klar darüber, daß unter diesen Verhältnissen keine Gleichwertigkeit herrschen konnte. Instinktiv erfaßte sie damit ihre geschichtliche Lage: in dem Maße, wie Mehrwert Kapital akkumuliert, akkumuliert sich auch ihre Abhängigkeit vom kapitalistischen Unternehmer. Ihre Existenz als Klasse erschien ihr somit besiegelt, solange das Kapital als soziale Macht ihren Status diktierte. Und es mußte als soziale Macht fungieren, da privates wirtschaftliches Eigentum den Mehrwert als seinen einzigen Lebensquell verlangt, dessen Versiegen – wenn nötig mit Gewalt – verhindert werden mußte. Leuchtete dies der Arbeiterschaft ein, so auch ein anderes: je mehr menschliche Arbeit im Produkt steckt, desto größer der daraus zu ziehende Mehrwert. Sinkt der Anteil menschlicher Arbeit zugunsten des Anteils der Maschinen und Automaten, fällt der realisierbare Mehrwert und die Profitrate zeigt eine abfallende Tendenz. Nicht unternehmerisches Fortschrittsbewußtsein, die Konkurrenz erzwang dieses fatale Ergebnis, das unaufhörlich jene zum Konkursrichter führte und führt, bei denen Profit den Nullpunkt erreicht, Kapitalmangel jedwede Stabilisierung verhindert. Das ist das eine inhärente eherne Gesetz jeder kapitalistischen Produktionsweise. Ihr anderes folgt daraus mit gleichfalls unentrinnbarer Konsequenz. Es ist das der zyklischen Krisen, die dann auftreten, wenn der steigende Ausstoß von Produkten infolge ständiger Technisierung der Produktion nicht mehr abgesetzt werden kann. Was ist der Grund dafür? Das akkumulierte Kapital wird, um profitabel sein zu können, täglich geteilt. Der konstante Teil ist der sichtbare, ihn repräsentieren Maschinen, Bauten, Fuhrparks, der variable dagegen stellt den Lohn- und Gehaltfonds dar. Daraus ergibt sich nolens volens ihr Verhältnis; denn die schärfer und schärfer werdende Konkurrenz bindet immer höhere konstante Kapitalanteile, die variablen bleiben relativ zurück, obwohl sie sich absolut erhöhen. Die Kaufkraft hält immer langsamer Schritt mit der zunehmenden Warenmenge bis die Lager überfüllt sind, eine weitere Produktion sinnlos wird, Einschränkungen stattfinden und Entlassungen, Lohn- und Gehaltausfall nicht ausbleiben, was erneute Arbeitslosigkeit hervorrufen muß. Allein die Wirkung des Wertesetzes setzt eine Kettenreaktion in Gang, deren Ablauf keineswegs eine periodische Funktion der Zeit ist. Zwar kann er zu langen Zyklen gestreckt werden, sein Rhythmus ist durchaus manipulierbar, aber dennoch ist er nicht aufzuheben. Das Wertgesetz ist Ausdruck einer Kraft, die sich unabhängig von den kapitalistischen Unternehmern entfaltet und gegen ihren Willen durchsetzt als zwangsläufiges Wirken einer auf privatem wirtschaftlichen Eigentum errichteten sozialen Ordnung.

Sozialistische Theorie ist sowohl den Intentionen ihrer Schöpfer nach als auch von ihrem Sachzusammenhang her gesehen keine erklärende Lehrmeinung, sie ist Instrument zur Änderung der Verhältnisse von Grund auf. Als „politische Ökonomie" beansprucht sie notwendigerweise, Theorie und Praxis als untrennbare Bestandteile im bewußten Nachvollzug eines als solchen bewußtlosen Geschichtsprozesses zu sehen. Wertbewegung, ständiger Druck auf die Profitrate, mit beiden verknüpft das Auftreten zyklischer Krisen bilden als Kompositum das dem Kapitalismus innewohnende Kreislaufsystem. War ein Kollaps in seinem früheren Stadium noch zu verkraften, wurde jeder weitere bei zunehmendem Alter lebensgefährlich. Die Gefahr wuchs von außen wie im Innern: die ausländische Konkurrenz und die für ein sozialistisches Gesellschaftssystem kämpfende Arbeiterklasse bedrohten Profit und Eigentum gleichermaßen. Stabilisierende Maßnahmen mußten getroffen werden, Institutionen wie Staat, Parlament, Parteien und Gewerkschaften wurden systematisch aus-

und umgebaut in der Hoffnung, die abstrakt erscheinenden Gesetze planvoll regulieren zu können. Monopolistische Unternehmensformen wurden geschaffen, mit ihnen offene und versteckte Zwangsorganisationen, denen mehr und mehr öffentlich-rechtliche Bedeutung zukam, während Parlament und Parteien die Funktion zugewiesen wurde, für die ideologische und verfassungspolitische Absicherung der immer anfälliger, da komplizierter werdenden Maschinerie zu sorgen. Das verlangte auf der anderen Seite, die inneren Krisen nach außen abzuleiten und dort hervorbrechen zu lassen. Insofern sind Kriege im Kapitalismus normale, also aus dem Seinsgesetz der Produktionsweise entspringende ökonomische Konvulsionen. In zwar unregelmäßigen, aber immer doch überschaubaren Abständen treten sie auf, sich durch massive Rüstungen ankündigend. Eins greift ins andere. Rüstung muß finanziert werden. Als Kompensation der ausfallenden Nachfrage wird der „Staat" ins Geschäft gebracht, aber um den Preis von Inflationen. Die Wirtschaftspolitik muß daher findig sein; Stabilisierungs- und Kreditsicherungsgesetze, Kapitalbewegungsverbote, horrende Steuerlasten werden aufgeboten, die anschwellenden Geldströme unter Kontrolle zu halten. Auf die Dauer ein vergebliches Bemühen; sie multiplizieren sich selbst, sprengen die aufgerichteten Dämme. Die Frage wird aufgeworfen und entschieden: jetzt keine Rüstungssteigerung mehr, dafür aber Arbeitslosigkeit von einer halben, später einer Million und mehr. Wieder ein Nachfrageausfall, Produktionseinschränkungen, Betriebsstillegungen, Konkurse. Den Monopolen springt der „Staat" bei: Investitionsförderungsgesetz, Steuervergünstigungen, Konjunkturhilfegesetz, Deficit spending. Es wird deutlich, die Krise innerhalb der Produktion ist von Zeit zu Zeit verhüllt, letztlich indes nicht zu ersticken: wird sie in den Finanzbereich verlagert, fällt der Geldwert, wird sie in die Produktionssphäre zurückgenommen, macht sich fortan das Wertgesetz direkt bemerkbar. Die politische Ökonomie erst offenbart diese Wechselhaftigkeit und klärt über den einheitlichen Charakter kapitalistischer Machinationen auf, weil sie auf ununterdrückbaren Prozessen basieren, die an die Lebensdauer des Systems gebunden sind. Die exakte Anwendung der politischen Ökonomie gemäß einer strengen Methode, deren Kategorien die Wirklichkeit selbst liefert, gibt dafür den nötigen Beweis, daß die Institutionen, daß Staat, Parlament, Parteien, Gewerkschaften und Verbände abgeleitete Gebilde sind, ihre Größe und Funktion jeweiligen Stufen der kapitalistischen Produktion zugeordnet. Staat, Parlament und Parteien hatten andere Strukturen vor hundert Jahren als heute, wo wachsende Schwierigkeiten umfangreichere Apparate exekutiver Natur hervorrufen. Infolgedessen ist Kampf ausschließlich den Institutionen ein Unterfangen, das an der Oberfläche haftet. Würde es geschichtliche Erfahrung in sich aufnehmen, müßte es sich bald aufgeben; denn selbst dann, als sich die Institutionen in ihren alten Formen auflösten wie 1918 oder 1933, traten an ihre Stelle schlagkräftigere, effektivere, sich noch unnachsichtiger gegen die Feinde des Systems wendende, um es für weitere Generationen zu stützen.

Das „Kapital" birgt ein weiteres Kriterium, „Einheit von Theorie und Praxis" als einzige Möglichkeit geschichtlicher Umwälzungen bestehen zu lassen. Danach ist sozialistische Theorie als materialistische Soziologie nicht darauf aus, unmittelbar Hervortretendes fixierend abzubilden, sondern historischen Wandel in seiner Einheitlichkeit zu erkennen. Zu sprechen ist hier von der „Einheit im Widerspruch". Den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entspricht die bürgerliche Sozialordnung. Ihrem Ruf nach „Gleichheit" folgt die Ablehnung der „Gleichwertigkeit" aller unter dieser Gesellschaftsform Tätigen. „Gleichwertigkeit" ist ökonomisch bedingt und fordert die faktisch gleiche Stellung zu den Produktionsmitteln, „Gleichheit" ist ideologische Verbrämung, um die Existenz der Arbeiterklasse, damit des privat angeeigneten Mehrwerts zu verewigen wie zu rechtfertigen. Denn da ohne die Arbeiterschaft kein privates wirtschaftliches Eigentum existieren könnte, muß seine Negation in die bürgerliche Ordnung eingeschlossen werden, damit sie als Einheit funktionsfähig ist. Dieser Grundwiderspruch reproduziert alle weiteren: den zwischen Verfassungsform und sozialer Realität, den zwischen vorgegebener Demokratie in den Parteien und tatsächlicher Autokratie des politischen Managements, den zwischen „offener" Gesellschaft und bestehender Oligarchie der als staatsmonopolistischer „Einheitspartei" fungierenden Parteikader, hier der SPD, CDU, FDP mit der Folge

des Parteienverbots der Klassenopposition und Verfolgung ihrer Mitglieder und Anhänger, den zwischen Objektivität und wissenschaftlichem Dogmatismus, zwischen „Wertfreiheit" und akademischem Nepotismus. Materialistische Soziologie allein deckt auf, aus welchem Grund der Fundamentalwiderspruch alle anderen hervorbringen muß: eine zutiefst widerspruchsvolle Ordnung ist gezwungen, ein ihr gemäßes falsches Bewußtsein zu erzeugen, da die ökonomische Basis unablässig ihrer ideologischen Rechtfertigung bedarf. Sie hat darauf angelegt zu sein, das schlechthin Irrationale als logisch, vernünftig und geschichtslos auszugeben, als human, wobei die krasseste Unmenschlichkeit zwar als ethisch verwerflicher, aber nichtkalkulierbarer Persönlichkeitsdefekt ausgegeben wird. Die Ideologie wird intensiver, terroristischer je kraftvoller sich das sozialistische Weltsystem entwickelt, je zahlreicher das Proletariat wird, je offener der Zyklus Konjunktur-Krise-Krieg die bürgerliche Ordnung in eine militaristische umwandelt, je herausfordernder sich Monopole und Oligopole zu den bestimmenden wirtschaftlichen und politischen Zentren entwickeln. Geht der Staat mit ihnen eine Einheit ein, werden den Parlamenten die Entscheidungen entzogen, müssen Staat und Parlamente mystifiziert werden, Ursprung des Bekenntnisses zur „freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Materielle Interessen produzieren und tragen die Ideologie, den Überbau, der fortwährend auf die Basis zurückfällt und sie scheinbar in Gang setzt und hält.

Vom Widerspruch auszugehen, von der Basis zu operieren, ist die unauswechselbare Funktion der Arbeiterklasse. Sie ist zur Emanzipation verurteilt, soll kein Chaos die Zivilisation vernichten. Ihre Waffe ist die Theorie, zur Schärfe geschmiedet im „Kapital". Es ist somit Ausdruck der intellektuellen Emanzipation der Arbeiterschaft. Und es gilt nach wie vor: die Theorie wird dann zur materiellen Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Dies zu vereiteln ist letztlicher Sinn der bürgerlichen Ideologie, die sich dazu mit dem Gewand schillernder Wissenschaftlichkeit umgibt, Wahrheit und Wirklichkeit verhüllend. Ihr Glaube, so problemlos er scheint, so gefahrvoll für die menschliche Gesellschaft überhaupt, konzentriert sich in dem Satz: Die sozialistische Theorie sei hoffnungslos überholt. Ihr Argument lautet: das „Kapital" gehe von der „Verelendungstheorie" aus, von „Verelendung" des Arbeiters könne heute nicht mehr gesprochen werden. Dieser grobe Angriff ist durch das entscheidende Zitat von Marx selbst widerlegt: „Wir sahen: innerhalb des kapitalistischen Systems vollziehen sich alle Methoden zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit auf Kosten des individuellen Arbeiters; alle Mittel zur Entwicklung der Produktion schlagen um

WENN Ihnen die BILD-Zeitung genügen würde und Sie die politische Meinungsbildung nur „denen da oben" überlassen möchten — dann wäre es sicher vergebliche Mühe, Ihnen eine politische Wochenzeitung wie die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG zu empfehlen.

WENN Ihnen jedoch an Informationen und Argumenten gelegen ist, die eine sachliche Beurteilung des politischen Geschehens erleichtern,
wenn Sie — wie wir — die Demokratie nicht durch Notstandsgesetze gefährdet sehen wollen,
wenn Sie konkrete Vorschläge zur Sicherung der Arbeitsplätze und der Währung erfahren möchten,
wenn Sie die Verringerung der Rüstungskosten für notwendig halten,
wenn Ihnen die DDR nicht nur „ein Dorn im Auge" ist,

DANN sollten Sie die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG einmal kennenlernen!
Auf unsere Kosten!
Fordern Sie unverbindlich Probe-Exemplare an!
Postkarte genügt!

Deutsche Volkszeitung
4 Düsseldorf, Oststraße 154
Postfach 2726

in Beherrschungs- und Exploitationsmittel des Produzenten, verstümmeln den Arbeiter in einen Teilmenschen, entwürdigen ihn zum Anhängsel der Maschine, vernichten mit der Qual seiner Arbeit ihren Inhalt, entfremden ihm die geistigen Potenzen des Arbeitsprozesses, im selben Maße, worin letzterem die Wissenschaft als selbständige Potenz einverleibt wird; sie verunstalten die Bedingungen, innerhalb deren er arbeitet, unterwerfen ihn während des Arbeitsprozesses der kleinlichst gehässigen Despotie, verwandeln seine Lebenszeit in Arbeitszeit... Aber alle Methoden zur Produktion des Mehrwerts sind zugleich Methoden der Akkumulation und jede Ausdehnung der Akkumulation wird umgekehrt Mittel zur Entwicklung jener Methoden. Es folgt daher, daß im Maße wie Kapital akkumuliert, die Lage des Arbeiters, welches immer seine Zahlung, hoch oder niedrig, sich verschlechtern muß."

Das ist die Entschleierung eines Systems, welches seinen Inhalt bis heute nicht verändert hat. Wer kann leugnen, daß die psychische, physische, kulturelle Verlendung, unabhängig von der Entlohnung, den Menschen total denaturiert hat, wer die unaufhörliche Zersetzung durch Kriminalität, Neurosen, Brutalität und geistige Stupidität verkennen? „Verelendung" — das bedeutet heute auch die Zertrümmerung des Klassenbewußtseins, die den Arbeitenden in die soziale Isolierung drängt und ihn somit als Sache und Bestandteil kapitalistischer Produktion und Maschinerie zu behandeln vermag.

Es gibt Lehrauffassungen, die Bestürzung über die Entmenschlichung äußern. Am sozialistischen Menschenbild ausgerichtet, begreifen sie sich als „marxistische". Revolution ist ihnen primär ein intellektueller Akt, ist „Befreiung des Bewußtseins". Sie geraten angesichts der sozialistischen Praxis in Zweifel. Die bloße Optik des Nachkriegskapitalismus verstellt ihnen den Sinn für eine geschichtliche Einschätzung der Verhältnisse. So verfallen sie hoffnungslos der Konsumentenideologie und schreiben im Habitus des Adepten: Über die „Reproduktionskosten" der Ware Arbeit hinaus würde heute schon die Lohnhöhe liegen, ergo sei die Arbeitswertvorstellung „bloßer gedanklicher Hilfsbegriff". Doch was vermag der Arbeiter immer noch nicht, mehr als seine Arbeitskraft zu erneuern? Kann er wirtschaftliches Eigentum bilden, kann er Vermögen erwerben? Kann er sich mit seinem Lohn oder Gehalt individuell emanzipieren? Wird — sollte es ihm hier und dort doch gelingen — dadurch die Klassengesellschaft zur klassenlosen? Eine solche Annahme hat zur Konsequenz, das gesamte Wertdenken der sozialistischen Theorie ad absurdum zu führen, um die gesellschaftliche Wirklichkeit ökonomisch als unveränderlich anzusehen. Und daran schließen sich Adepten an, die ideologisch folgerichtig schreiben: Emanzipation, nur von einer Klasse ausgehend, sei ahistorisch; denn diese befinde sich über die gesamte Gesellschaft „verstreut". Doch schafft heute nicht der größte Teil der Gesellschaft Mehrwert, der einseitig durch das Unternehmertum akkumuliert wird? Das Bewußtsein Millionen Arbeitender mag nicht einheitlich sein, mehr oder weniger revolutionär oder mehr oder weniger „verstreut", sie umfassen den-Noch die Gesellschaft im einfachsten Sinne dieses Begriffs. Ihnen den Grund zur sozialen Emanzipation, zum Aufbau einer neuen Ordnung absprechen zu wollen, verstellt den Weg zum Ziel, das auf diese Weise nur propagandistisch erleuchtet wird, als Befreiung des Individuums durch sich selbst. Bestenfalls kann eine praktische Empfehlung dafür heißen: zwar jeder für sich, aber Gott mit allen!

Den Adepten mangelt es an der Einsicht in den historischen Materialismus. Auch Sozialisten fallen ihrer „kritischen" Ideologie zum Opfer; doch sie haben damit ihren Anspruch aufgegeben, verändernd wirken zu wollen. Als Sozialisten nurmehr dem moralischen Bekenntnis nach versagen sie vor der Forderung der „Einheit von Theorie und Praxis". Denn Praxis ohne Theorie ist ziellose Aktion, verfällt der bequemen, da unverbindlichen Anpassung an das allemal Bestehende, Theorie ohne Praxis ist Weltanschauung ohne Klassenbezug.

Erst ihre Vermittlung löst die Organisation von Bewußtsein und damit der Klasse aus, einzige Möglichkeit, um die Gesellschaft aus dem Reich der Notwendigkeit, des ökonomischen, politischen, sozialen Zwangs in das der Freiheit, in das der planvollen Beherrschung der wirtschaftlichen und sozialen Prozesse zu führen, Voraussetzung dazu, reales Menschsein zu verwirklichen.

Die Revolution erzieht ihre Kinder

von Elvira Högemann

In der Publizistik der Bundesrepublik bieten sich im Grunde nur zwei Methoden an, innere Entwicklungen der Sowjetunion zu beschreiben und zu kommentieren. Die erste ist die der sowjetologischen Sterndeuter (z. B. W. Leonhard), die von Berufs wegen „wertfrei" – i. e. auf der Grundlage der offiziell normierten antikommunistischen Wertvorstellungen – Material zur Ostpolitik der Regierung liefern. Die andere Position – eine mehr feuilletonistische – versucht, ausgehend von allgemeiner Sympathie für die russische Kultur und einen aus ihr abstrahierten gütigen und geduldigen Menschentypus, die Entwicklung dieser Kultur wohlwollend zu verfolgen und dabei sich aus den gesellschaftlich-politischen Fragestellungen hinauszuwinden – sowohl aus der prononciert antikommunistischen hier wie der immanent sozialistischen dort.

Beide Positionen sind nicht geeignet, einen Weg zum Verständnis der Bewußtseinsprozesse in der UdSSR zu bieten: erst wenn man die Ansprüche, die diese Gesellschaft an sich selbst stellt, zur Grundlage der Betrachtung macht, ihre Leistungen an diesen Ansprüchen und eigenen Aufgaben prüft, wird man zu einem gerechten und differenzierten Urteil kommen. Die Auswahl der Informationen des Artikels ordnet sich diesem Gesichtspunkt unter; die Meinungen aus der Sowjetunion – des ZK der KPdSU, einzelner Wissenschaftler, der Zeitung „Pravda" – sollen häufig zitiert werden, um einen Eindruck der besonderen Fragestellungen zu vermitteln.

I.

Die sowjetische Gesellschaft stellt sich heute die Aufgabe, einen historischen Sprung zu vollziehen, der in seinen Ausmaßen nicht geringer ist als der nach der Oktoberrevolution vollbrachte. Der bisher zurückgelegte Weg ist auszumessen als die Entwicklung eines halbfeudalen schwach entwickelten Landes zu einem fortgeschrittenen Industriestaat mit umfassenden und gefestigten sozialistischen Eigentums- und Produktionsverhältnissen. Die bieten heute, so schätzt es das Zentralkomitee der KPdSU ein, „die ökonomischen, sozialen, politischen und geistigen Voraussetzungen für den Übergang zum Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft."[1]) Damit wird ein Gesellschaftszustand real ins Auge gefaßt, der nicht nur die private exklusive Aneignung des von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung Produzierten endgültig abgeschafft hat, sondern in dem die nun nicht mehr vom Eigner der Produktionsmittel abhängigen Produzenten genügend Überfluß hervorbringen, um nach ihren sich entwickelnden Fähigkeiten und Bedürfnissen leben und den weiteren historischen Prozeß bewußt lenken zu können. Aus dieser Zielsetzung ergibt sich, daß die materiellen Voraussetzungen nur e i n Faktor der Entwicklung sind: „... der Kommunismus entsteht nicht elementar, sondern ist Resultat der bewußten Anstrengungen des ganzen Volkes, des beständigen Forschens nach der richtigen Lösung der durch das Leben gestellten Probleme. Der Kommunismus kann nur aufgebaut werden als Ergebnis des lebendigen Schaffens der arbeitenden Massen selbst, geführt von einer marxistisch-leninistischen Partei." In zweierlei Hinsicht wird das Bewußtsein hier als Faktor der historischen Entwicklung wichtig: aus der Erkenntnis, daß die kommunistische Gesellschaft nicht erreicht werden kann und nicht funktionieren wird ohne das bewußte Sein, die nicht abreißende Initiative aller Arbeitenden, stellen sich direkt und unabweisbar Aufgaben der Veränderung der Menschen selbst, Aufgaben einer Erziehung, die nicht nur abstrakt und moralisch zu sein hat, nicht nur etwa das Bildungssystem und alle Formen des geistigen Konsums betreffen, sondern besonders aktuell die Frage der praktischen Möglichkeiten gesellschaftlicher Tätigkeit von möglichst vielen Menschen aufwerfen, damit die Frage nach der Wirksamkeit etwa der Sowjets und der gesellschaftlichen Organisationen. Zum anderen beinhaltet der Hinweis auf

[1]) „Thesen des ZK der KDdSU – 50 Jahre Große Sozialistische Oktoberrevolution".

die Rolle der marxistisch-leninistischen Partei den Anspruch, die gesellschaftlichen Prozesse schon jetzt wissenschaftlich fundiert zu steuern. Ausgehend von den Klassikern des wissenschaftlichen Sozialimus muß also eine Analyse der heutigen sowjetischen Gesellschaft geleistet werden, auf deren Grundlage eine reale Aufgabenstellung im oben angegebenen Sinn erst möglich ist.

In den Äußerungen der KPdSU der letzten Zeit – besonders seit dem 23. Parteitag – fällt auf, daß dieser Grundsatz der Wissenschaftlichkeit unterstrichen und auf viele Gebiete des gesellschaftlichen Lebens angewandt, dabei zwei historischen Erfahrungen entgegengesetzt wird: dem Dogmatismus und Administratorentum der Stalinzeit einerseits und dem „Subjektivismus" der Regierungszeit Chruščevs andererseits.

II.

Als erstes zeigt die Praxis der Wirtschaftsführung in den 50er Jahren, daß man mit den bisherigen Methoden der zentralen Anleitung, der weitgehend administrativen Lösung ökonomischer Probleme dem wiederaufgebauten komplizierter gewordenen Wirtschaftsmechanismus nicht mehr gerecht wurde und daß sie eine optimale Weiterentwicklung nicht mehr gewährleisteten. Dies nicht nur materiell: da es keine unmittelbar wirksamen materiellen Klammern zwischen gesamtgesellschaftlichen und individuellen ökonomischen Interessen gab, bestand auch – außer in einer hohen Arbeitsmoral und patriotischen Hingabe für die Ziele des Aufbaus – wenig handgreiflicher Grund zum gesellschaftlichen Interesse und Engagement des Einzelnen. Die administrativ geprägte Praxis zehrte mehr vom historischen Kapital des hohen gesellschaftlichen Bewußtseins der Träger der Revolution, von dem Elan, der von einigen großen Aufbauprojekten ausging, und der moralischen Anstrengung zur Verteidigung der sozialistischen Heimat, als daß sie selbst Anlässe bot, die Bewußtwerdung breiter Massen zu fördern. Initiativen auf mittlerer und unterer Ebene konnte sie kaum verwerten. Sie mußte sogar, je länger, um so mehr, den Regungen von unten entgegenwirken, die andererseits durch die Grundkonstruktion der sozialistischen Gesellschaftsordnung immer wieder hervorgerufen wurden. Die

Sokrates sagt:

Wer Hunger hat,
kann zu jeder Zeit essen,
wer Durst hat, zu jeder Zeit trinken.

8033 C

Ein großer, ein geradezu sokratischer Gedanke — würdig, bei einer Flasche köstlich-kühlem „Coca-Cola" bedacht zu werden. Durst kennt tatsächlich keine Tageszeit. Jeder Augenblick ist richtig, um prickelnd-frisches „Coca-Cola" zu trinken.

Mach mal Pause . .

Normal-flasche Familien-flasche

. . . das erfrischt richtig

„Coca-Cola" ist das Warenzeichen für das unnachahmliche koffeinhaltige Erfrischungsgetränk der Coca-Cola G. m. b. H.

ökonomischen Reformen enthalten schon im Ansatz Möglichkeiten zur Verbreiterung des gesellschaftlichen Bewußtseins, die sich zeigen in der Dezentralisierung von Entscheidungen, in einer neuen Interessiertheit der Betriebsmitglieder an überindividuellen – betrieblichen und weitergehenden – Angelegenheiten.

Um die Entwicklung der Gesellschaft heute wissenschaftlich in den Griff zu bekommen, müssen alle Gebiete des Lebens einer neuen Prüfung unterzogen werden, einer realistischen Bestandsaufnahme, die theoretisch verarbeitet werden muß. Die Bestandsaufnahme kündigte sich schon vor Jahren an mit einer Förderung der Soziologie, die bis dahin als entbehrliche bürgerliche Scheinwissenschaft abgetan worden war. Inzwischen liegen einige Ergebnisse vor, gleichzeitig ist aber auch das Ausmaß der Aufgaben gewachsen. So formuliert die „Pravda" das dringende Bedürfnis nach Forschung über die Gesetzmäßigkeiten der Etappen des sozialistischen Aufbaus. Die Führung der KPdSU fordert und fördert ein höheres Niveau der Gesellschafts- und Geisteswissenschaften. Über den jetzigen Zustand äußert sich ein Leitartikel der Prawda schonungslos: „In den wissenschaftlichen Forschungen der gesellschaftswissenschaftlichen Institute... wird nicht immer eine tiefgreifende Analyse der realen Prozesse des gesellschaftlichen Lebens gegeben..." Nach einer Kritik des Niveaus der politischen Ökonomie und der Philosophie fährt der Artikel fort: „Wenig Aufmerksamkeit wird der Ausarbeitung der Probleme der Sozialpsychologie, von Kollektiv und Persönlichkeit, Gesellschaft und Staat, der Entwicklung der sozialistischen Demokratie unter den Bedingungen des Aufbaus des Kommunismus geschenkt. Konkrete soziale Forschungen sind nicht in genügendem Maß entwickelt. Viele Arbeiten enthalten keine neuen Ergebnisse, Verallgemeinerungen und Empfehlungen. Einer Reihe von Forschungen mangeln Schärfe und Tiefe in der Kritik der bürgerlichen Ideologie, des modernen Antikommunismus, des rechten und „linken" Revisionismus. Es erweist sich als negativ für die Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften, daß in einer Reihe wissenschaftlicher Institute selten fruchtbare Debatten und Diskussionen stattfinden, daß Kritik und Selbtkritik schwach entwickelt sind." [2]) Das anvisierte höhere Niveau kann nur in einem langanhaltenden Qualifikationsprozeß erreicht werden; die Ansätze dazu müßten anhand der einzelnen Wissenschaften untersucht werden, was hier nicht geschehen kann. Der Beschluß des Zentralkomitees will bessere Voraussetzungen für eine umfassende Qualifikation schaffen: er enthält Maßnahmen zur gezielten Verteilung von Mitteln und fordert z. B. auch eine Verbesserung der Statistik. Vor allen Gliederungen des Bildungssystems steht die Aufgabe, ihre Effektivität und Qualität zu erhöhen.

Der wissenschaftlichen Vorbereitung der Planung, der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und der sozialen Prognostik gilt unter diesen Umständen besonderes Interesse. Drei Wissenschaftler, darunter der Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Rumjancev, geben einen Überblick über den Forschungsstand auf diesem Gebiet [3]): Gegenüber den anderen Gebieten mit ihrer realtiv gut ausgearbeiteten Methodik bleibe die soziale Prognostik noch zurück. Zwar werden Untersuchungen über Einzelfragen wie „demographische und ethnische Prozesse, Städtebau, Folgen des technischen Fortschritts, Veränderungen der Sozialstruktur angestellt, jedoch werde der allgemeine Forschungsstand gerade den komplexen Aufgaben dieser Disziplin nicht gerecht, was zu ändern sei.

Es bleibt zu fragen, wie weit diese Ansätze einer wissenschaftlichen Betrachtungsweise, der breit angelegte wissenschaftliche Vorlauf der künftigen gesellschaftlichen Entwicklung, heute schon in die Praxis eingehen. Rumjancev und seine Kollegen geben zu erkennen, daß sie keineswegs beabsichtigen, als aufgeklärte eggheads in einer abgeschlossenen Sphäre die Gesellschaft von morgen zu projektieren. Vielmehr schließt ihre Darstellung mit der Forderung, die Probleme der Prognostik in der Sowjetunion durch in hoher Auflage erscheinende Periodika bekannt zu machen, um so möglichst vielen Beteiligten die Diskussion zu ermöglichen. Eine breite und freimütige Diskussion scheint auch der Pravda das Gebot der Zeit: sie setzt sich in ungewohntem Maße mit den Zuschriften der Leser auseinander und führt über gesellschaftliche Mißstände eine klare Sprache. Als die wohl am stärksten meinungsbildende Zeitung des Landes zeigt sie – und ermuntert gleichzeitig – eine zukunftweisende Art, an die Lösung gesellschaftlicher Probleme heranzugehen.

Praxis sind inzwischen auch die in 5000 Betrieben und Zusammenschlüssen von Betrieben eingeführten ökonomischen Reformen. Prof. Glezerman berichtet darüber: „... Die Erfahrung mit der Arbeit auf die neue Weise zeigt, daß die Einführung einer größeren Selbständigkeit der Unternehmen und die Verstärkung der ökonomischen Interessiertheit bei den Menschen die bewußte wirtschaftliche Beziehung zur Produktion verstärken, die Entwicklung der eigenen Initiative und das Gefühl der Verantwortlichkeit herbeiführen." [4])

Die Wechselbeziehung von seit je lebensnotwendiger gesellschaftlicher Tätigkeit – Arbeit – und bewußter Teilnahme an der Entwicklung der Gesellschaft spielt in schon relativ fortgeschrittener Form innerhalb der „Brigaden der kommunistischen Arbeit" eine Rolle. Diesen Titel erwarben seit dem Anfang der 60er Jahre Arbeiterkollektive, die sich nicht nur durch hohe Produktionsleistungen auszeichneten, sondern die sich auch zu gesellschaftlich vorbildlichem Verhalten verpflichteten, wie zum Beispiel: in der Gewerkschaft zu arbeiten, sich weiter zu bilden, im persönlichen Handeln Vorbild der Kollegen zu sein. Für Zurückbleiben eines Einzelnen ist die Brigade im Ganzen verantwortlich. Nimmt man die Anforderungen an solche Brigaden ernst, wie Fälle von Aberkennung des Titels bei gleichbleibend guten Produktionsleistungen zu beweisen scheinen, dann müssen die Beziehungen der Brigademitglieder untereinander weit über die üblichen hinausgehen und sie veranlassen, sich gegenseitig zu Menschen mit hochentwickeltem gesellschaftlichen Bewußtsein zu erziehen.

III.

Wenn man einiges über den allgemeinen Bewußtseinsstand in der Sowjetunion erfahren will, bietet die politische Massenbildung ein aufschlußreiches Feld. Das politische Bewußtsein entwickelt sich in Kontakt mit der Praxis, unter anderem in der gesellschaftlichen Tätigkeit in Organisationen wie den Gewerkschaften oder Institutionen wie den Sowjets. Mit

80 Millionen Mitgliedern sind die Gewerkschaften unter den sowjetischen Organisationen die größte und bieten mit ihren vielfältigen Kompetenzen reiche Gelegenheit zur gesellschaftlichen Arbeit: Sie können Gesetze einbringen, leiten die Sozialversicherung, kontrollieren die Arbeitsnormen, die Arbeitsausrüstung und die Einhaltung der Arbeitsgesetzgebung. Sie müssen sich um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen kümmern und haben für verschiedene Einrichtungen des täglichen Lebens und Freizeiteinrichtungen zu sorgen.

Züge staatlicher und gesellschaftlicher Organe zeigen die Sowjets. Gerade ihre praktische Funktion macht sie geeignet, die in ihnen Arbeitenden nachhaltig zu verändern.

In der Revolution waren sie die Foren der politischen Auseinandersetzungen und Entscheidungen und – vor allem in den großen Städten – die demokratischen Träger der Revolution. In der Zeit der zentralgelenkten Industrialisierung, der mangelnden Diskussion und oft genug der Willkür haben sie viel von ihrer Lebendigkeit verloren. Dies aufzuholen und gleichzeitig den neuen Anforderungen bei der Mitwirkung in der Leitung einer komplizierter gewordenen Wirtschaft und Gesellschaft gerecht zu werden, zeigt sich heute als unabweisbare Entwicklungsaufgabe der sowjetischen Gesellschaft.[5]) Durchaus nicht selbstverständlich ist heute das Interesse breiter Massen für die Sowjets. Als Maßstab

---

2) Prawda, 23. 8. 67. Die Zeitung kommentiert hier einen Beschluß des ZK der KPdSU „Über die Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften und die Erhöhung ihrer Rolle beim Aufbau des Kommunismus".

3) Prawda, 17. 6. 67.

4) Prawda, November 66. Typisch ist sein Hinweis, daß die Qualität der theoretischen Erforschung der Wechselbeziehungen von „Persönlichkeit, Gesellschaft und Kollektivismus" (gemeint ist eine neue Haltung und Denkweise des Einzelnen in der Gesellschaft) dringend verbessert werden muß.

5) In den Thesen zum 50. Jahrestag heißt es dazu allgemein: „... die Weiterentwicklung des sozialistischen Staates und der sozialistischen Demokratie ... drückt sich konkret aus in der Erhöhung der Rolle der Sowjets der Deputierten der Werktätigen, in der eVrstärkung der gesellschaftlichen Ansätze in ihrer Tätigkeit, dem Anwachsen der Rolle der Produktionskollektive und der gesellschaftlichen Organisation bei der Lösung der Fragen des wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Lebens."

dessen und gleichzeitig als Mittel der Änderung können die Wahlvorbereitungen gelten. Nach Berichten zu urteilen, müssen dabei noch viel formalistische Praktiken überwunden und neue Formen der politischen Diskussion gefunden werden. Als ein solches Beispiel empfehlen sich die großstädtischen „Wählerklubs". Ein Interesse an der Diskussion internationaler Fragen bescheinigt der Direktor der Gesellschaft „Znanie" (die Träger der Volkshochschulen ist) seinen Hörern. Auch dabei muß der Kampf mit dem Formalismus noch ausgefochten werden. Pravdaleser beklagen sich über die Agitatoren, die ihnen nichts weiter zu bieten haben als den lautgelesenen Leitartikel einer – nicht allzu alten – Zeitung: ein Relikt von Arbeitsmethoden aus der Zeit des Analphabetentums! Ausdrücklich wird bei dieser Kritik die vielseitigere Information und Ausbildung der Parteifunktionäre zu selbständigem Nachdenken über alle innen- und außenpolitischen Fragen auf die Liste der sehr dringenden Aufgaben gesetzt. Leserzuschriften an die Pravda fordern „Wahrhaftigkeit" der Argumentation, sowohl in der Darstellung der Erfolge wie der Fehlentwicklungen.[6]) Seit zwei Jahren wird die systematische politische Massenbildung nach einem neuen Modell betrieben, das selbst schon aus der Notwendigkeit entstand, die Fragen längst sehr viel qualifizierter ausgebildeter Leute qualifiziert zu beantworten. Im vergangenen Jahr haben über 13 Millionen Kommunisten und Parteilose an diesen Kursen teilgenommen. Die Anlage dieser Schulung ermöglicht belebende Diskussionen: auf der untersten und breitesten Stufe sollen Fragen der internationalen Politik und die wichtigsten Beschlüsse der Partei- und Staatsführung diskutiert werden. Gerade weil das „Lernpensum" gering ist, hängt viel von der Qualifikation des Kursleiters ab. Die zweite Stufe, die die Grundlagen des Marxismus-Leninismus vermitteln soll, verlangt von den Hörern intensiveres eigenes Studium. Dabei ist als neues Moment die verstärkte Beschäftigung mit den Quellen herauszustellen, die aber aufgrund der Gewöhnung an formelhaft aufbereitete frühere Lehrmaterialien nicht leicht zu verwirklichen ist.

Es folgt aus der gesellschaftlich-politischen Verfassung der UdSSR, daß zu den wichtigsten Gelenkstellen für den weiteren Fortschritt des allgemeinen Bewußtseins die unteren und mittleren Gliederungen der kommunistischen Partei gehören. Die Partei im Ganzen versteht sich als Motor der sozialistischen Entwicklung, die Kommunisten in allen Bereichen sind verpflichtet, die Politik des Staates zu vertreten und zu erklären, die Parteilosen von den Grundsätzen der Politik und den Parteibeschlüssen zu überzeugen und bei deren Verwirklichung voranzugehen. Die Fähigkeit, diese Arbeit zu leisten, kann nicht allein in individueller Bemühung um Information, politisches Urteilsvermögen und Arbeitsdisziplin erreicht werden; um sie zu erwerben, müssen die Mitglieder aller Ebenen an einem vielseitigen und qualifizierten Prozeß der Meinungsbildung innerhalb der Partei teilnehmen können. Wie die meisten Institutionen in der Sowjetunion sind z. Zt. auch die Gebiets- und Kreiskomitees der KPdSU auf der Suche nach einem realistischen und genauen Bild ihrer Arbeitsvoraussetzungen. Dabei werden soziologische Methoden angewandt, wenn auch das Ausmaß ihrer Brauchbarkeit unterschiedlich beurteilt wird. Ein Gebietssekretär aus Weißrußland z. B. gönnt den Erhebungen, Befragungen und soziologischen Experimenten nur einen untergeordneten Platz – als „Notizenmaterial" der politischen Analyse. Er meint, daß der wissenschaftliche Zugang zur Arbeit der kommunistischen Partei unzulässig vereinfacht wird, wenn man von der Soziologie die Lösung aller Probleme erwartet. Die Belebung der Diskussion in den Parteikonferenzen, die Qualifizierung und Auswahl der Kader erscheinen ihm ebenso wichtig. Es sei „nicht leicht, in den Apparat des Komitees ... Arbeiter aufzunehmen, die Neigung zu organisatorischer und erzieherischer Arbeit haben"[7]), die also nicht nur organisatorische Maßnahmen koordinieren und lenken, sondern die an der politischen Weiterbildung der Mitglieder ihres Arbeitsbereichs mitwirken und den Austausch zwischen den einzelnen Gliederungen nicht nur formal vermitteln.

IV.

Bei steigendem Bildungsniveau übt das sowjetische Bildungssystem einen gewichtigen Einfluß auf das gesellschaftliche Bewußtsein aus. Es leistet zugleich durch die Vielseitigkeit der Bildungsinhalte, die die Entwicklung vielseitiger Bedürfnisse bei immer größeren Schichten des Volkes begünstigen, eine der Vorarbeiten für die Überschreitung der spezialisierten Arbeits- und eingeschränkten Lebensbedingungen, die im Verlauf der nächsten Jahrzehnte beginnen soll. Die Abschaffung des Bildungsprivilegs gehörte zu den ersten Leistungen der sozialistischen Ordnung; die Sowjetunion hat den Unterschied des Bildungsgefälles in beispiellos kurzer Zeit verringert. Im Jahr 1906 schätzte eine Fachzeitschrift die Frist für die Überwindung des Analphabetismus – ceteris paribus, natürlich – auf 180 bis 300 Jahre. Heute sind die Likbez-Kampagnen[8]) der 20er Jahre von der Aura der Romantik umgeben, bis 1970 wird die allgemeine Mittelschulbildung (10 Jahre) eingeführt werden. Die Qualität der Bildung wird eben einer Revision unterzogen, die zu lösenden Qualifikationsaufgaben sind bereits sichtbar: verbesserte Ausbildung der Lehrer, wissenschaftlichere Pädagogik, verbesserte wissenschaftliche Grundlage der einzelnen Fächer, besonders der Gesellschaftswissenschaften u. a. m.

Im Hinblick auf die Besonderheiten des gesellschaftlichen Bewußtseins scheinen mir zwei Bildungsinhalte vor allem erwähnenswert: erstens die Erziehung zum Patriotismus, die sich als erklärtes Ziel durch alle Institutionen hindurchzieht. Ist das ein Fingerzeig für einen unterschwelligen russischen Nationalismus? In dem Staat der vielen Nationalitäten, denen erst in der Sowjetunion ihre nationale Existenz garantiert wurde, verbietet sich eine Berufung auf die „große" Geschichte des zaristischen Imperiums durch die Grundsätze dieses Staates selbst. Diese Grundsätze sind nicht immer eingehalten worden. In welchem Maße während der Stalinperiode das Ausspielen des russischen nationalen Stolzes unmittelbarer Ausdruck der falschen, die Rechte der sowjetischen Völker mißachtenden Nationalitätenpolitik war, ist in diesem Zusammenhang nicht weiter auszuführen. Heute werden die Beziehungen der Nationen der UdSSR untereinander unter dem Aspekt der nationalen Vielfältigkeit gesehen und offiziell als eine „Schule des Internationalismus" interpretiert. Die Einstellung gegenüber der Geschichte geht von sozialen Wertungen aus, von der Parteinahme in den Klassenkämpfen der Vergangenheit für die progressive, also meist nicht die zaristische Seite, was das Liebäugeln mit den „rein nationalen" Traditionen stark herabsetzt. Mit dem erwähnten Bildungsziel für alle Bürger der Sowjetunion ist sowieso ausschließlich der sowjetische Patriotismus gemeint. Dabei wird auf eine durchaus ungebrochene emotionale Beziehung der heranwachsenden und erwachsenen Bürger zu der 50jährigen Geschichte der UdSSR reflektiert. Die an Heroismus nicht arme Geschichte des Landes bietet Anlaß dazu. Im Unterschied zu der bürgerlichen Spielart werden die Anlässe des Stolzes und der emotionalen Identifika-

6) Vgl.: 17. 6. 67, Avtoritet slowa.

7) Vremja i stil' raboty, 24. 4. 67.

8) Kampagne zur Überwindung des Analphabetentums (likvidacija bezgramotnosti).

Hubert Freistühler
Versandbuchhandlung · Antiquariat
5840 Schwerte 1 · Postfach 124
Joseph-von-Eichendorff-Straße 1 · Ruf 3460
Interessenten erhalten kostenlos und unverbindlich meine Bücherlisten über Philosophie, Religionskritik, Freidenkertum, Atheismus, Marxismus, Sozialismus, Politik, Geschichte, Literatur und andere Wissensgebiete.

tion in den Kämpfen der Revolution und der Verteidigung gegen die imperialistischen Überfälle der 20er und 40er Jahre ebenso gesehen wie in der historisch kaum zu vergleichenden Aufbauarbeit des Volkes. Das Problem wäre einer genaueren Untersuchung wert, unter welchen Bedingungen, bei welcher Fragestellung, Tonart und Auswahl der vorbildlichen Taten eine Heranzüchtung blinder Gefühle und Schönfärberei ausgeschlossen und das Ergebnis der patriotischen Erziehung, „das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für das Schicksal des Landes" [10]) auch erreicht wird.

Als weiterer wesentlicher Bildungsinhalt zeigt sich die Bemühung, die Wirklichkeit der materiellen Produktion in die Schule und Hochschule hineinzuholen. Die polytechnische Erziehung bedeutet für die Gesellschaft wie für die Schüler einen Vorteil: unter relativ günstigen Bedingungen – nichtspezialisierte Arbeit, vergleichsweise feste und intensive kollektive Beziehungen – wird der Kontakt mit der Produktionssphäre vorweggenommen und ein Hilfsmittel für später – Grundsätze eines Berufs – erworben. Ähnliches gilt auch für die Einübung und Vorwegnahme gesellschaftlicher Betätigung der Schüler und Studenten in ihren eigenen Organisationen.

Die direkten Beziehungen der Studierenden zur materiellen Produktion sind anders: sie arbeiten produktiv. Hier ist weniger an die fachbezogenen Praktika gedacht als an die Bewegung „Studentisches Neuland", die seit 8 Jahren besteht und sich aus Bauabteilungen der Studenten zusammensetzt. Aus ihrer Arbeit läßt sich eine ansehnliche Bilanz ziehen: mehrere Tausend Wohnhäuser, Schulen und Wirtschaftsgebäude, Hunderte Kilometer Eisenbahngeleise und Überlandleitungen, ein paar Dutzend Brücken. So wie das Unternehmen angelegt ist, steckt darin ein gut Teil Romantik, ein Stück der Zeltlageratmosphäre der Kindheit; ausdrücklich wird kritisiert, wenn die Abteilungen aufgeteilt und räumlich voneinander getrennt arbeiten. Normalerweise leben die Studenten hier in ihren eigenen Gruppen unter einfachen, z. T. harten Bedingungen – unzweifelhaft soll hier Pioniergeist erzogen werden. Sie können die Bauten genau als Ergebnisse ihrer eigenen Arbeit identifizieren und sind in ihnen mit dem Aufbau des Landes verbunden. Gerade weil die Studenten meist weit weg vom gewohnten Umkreis arbeiten, kommt ihnen der „Unionsmaßstab" ihrer Arbeit zum Bewußtsein. Nebenbei behalten so die später in Leitungspositionen Tätigen bis ans Ende des Studiums eine Beziehung zur „einfachen", körperlich schweren Arbeit, ein Faktum, das die Trennung zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse in Lebensgewohnheiten und Denkweise überwinden hilft.

Ganz offenbar aber reicht diese Erfahrung mit der Arbeitswelt nicht aus, um aus den Ingenieuren, Volkswirten usw. gute Leiter sozialistischer Betriebe zu machen. So klagt ein Aspirant des Moskauer volkswirtschaftlichen Instituts: „Die Studenten lernen genau Technik und Technologie ... und sind, wenn sie das Diplom erhalten, in der Regel nicht schlecht vorbereitet, technologische Prozesse ... zu leiten. In den letzten Jahren hat sich auch die ökonomische Ausbildung der Studenten merklich verbessert. Aber wie werden sie auf die Arbeit mit den Menschen vorbereitet?" [11]) Der Verfasser des Artikels setzt einen Maßstab: die Stärke eines Leiters erweise sich darin, wie er die Bedingungen für die maximale Entwicklung der Initiative aller ihn umgebenden Menschen schaffen könne. Zu diesem Problem wurde eine Umfrage unter seit mehreren Jahren tätigen Betriebsleitern u. ä. durchgeführt. Sie gaben zu, daß sie erst nach langer Zeit sich in den sozialen Beziehungen ihres Betriebes zurechtgefunden hätten. Die besten (vielleicht auch nur: die einfachsten) Methoden des Umgangs mit dem Kollektiv der Arbeitenden mußten sie mit den Jahren selber herausfinden. In dem Bericht über die Umfrage heißt es, daß zwei Drittel der Befragten bejahten, ungenügend vorbereitet gewesen zu sein, das andere Drittel enthüllte bei den konkreten Fragen „ein ziemlich wirres Verständnis der Aufgaben eines Leiters und der Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen im Kollektiv".[11]) Daher wird jetzt eine wissenschaftliche Vorbereitung der Leiter auf die psychologischen und pädagogischen Probleme ihrer Tätigkeit verlangt. Die Forderung nach Wissenschaftlichkeit wird dabei zusätzlich so begründet: „Heute kann man Produktionskollektive nicht mehr auf alte Weise leiten. Das Anwachsen des materiellen Wohlstands der Menschen, ihrer Bildung und geistigen Interessen erfordert von einem Leiter, sich wissenschaftlicher, überprüfter Methoden der Leitung bedienen zu können; er muß Wissen über Sozialpsychologie, Pädagogik und Ethik besitzen." Zum vollen Verständnis des Problems muß man sich vor Augen halten, daß die Beziehungen der Betriebsmitglieder untereinander nicht nur der Bewältigung ökonomischer Ziele dienen, sondern daß in den Betrieben auch soziale und kulturelle Aufgaben von den Vertretungen der Arbeiter – meistens den Gewerkschaften – in eigener Regie mithilfe von Fonds des Betriebes gelöst werden.

[10]) Leitartikel der Prawda, 24. 11. 66.

[11]) Prawda, 4. 6. 67.

V.

Auszüge aus einem Artikel Dr. Kovalevs: „Die Kulturrevolution geht in verschiedenen Ländern unterschiedlich vor sich. Das betrifft ihr Tempo ... und ihre Formen ..." „Das Leben zeigt, daß die Kulturrevolution nicht eine reibungslose Transformation in der geistigen Entwicklung ist. Sie ist mit unnachgiebigem ideologischen Kampf verbunden, mit dem Zerbrechen reaktionärer Institutionen, mit der Nationalisierung der Medien der Kultur ... ihrer sozialistischen Umgestaltung, mit der Überwindung dem Volk feindlicher Ideen und Meinungen. Sie kann sich nicht im Selbstlauf vollziehen, sondern fordert eine bewußte Leitung von Seiten der Kommunistischen Partei. Gleichzeitig ist die Kulturrevolution kein einmaliger Sprung, sondern, nach den Worten Lenins, eine ganze Etappe der Kulturentwicklung der Volksmassen. Als Bedingung der Herausbildung eines neuen Menschen erscheint nicht das sinnlose mechanische Brummeln irgendwelcher Zitate, sondern die tiefgreifende Umgestaltung der gesamten geistigen Physiognomie der Arbeitenden, die im Kampf für die neue Gesellschaft sich vollzieht. Ohne die Aufnahme der besten Errungenschaften der Vergangenheit, ohne die Beschäftigung der Spezialisten, die diese Kultur beherrschen, sind keine ernsthaften Veränderungen in der geistigen Entwicklung der Gesellschaft möglich."

An welcher Stelle befindet sich heute, auf den Durchschnitt des Volkes gesehen, die Umgestaltung der Kultur in der Sowjetunion? Die privatwirtschaftliche Verfügung über die Mittel der Verbreitung der Kultur ist längst historisch geworden, das Bildungsprivileg abgeschafft, und Kulturgüter wie etwa die klassische Literatur in bisher nicht gekanntem Ausmaß verbreitet. Der tiefe Bruch zwischen „seriöser" und Ersatzkultur, den „guten" Büchern für die auserwählten Intellektuellenkreise und dem auf banaler Täuschung beruhenden Illusionshandwerk der Massenmedien hat hier nicht stattgefunden. Natürlich gibt es auch eine sowjetische Trivialliteratur, jedoch ist sie völlig ungeeignet, realitätsfremde Traumwelt zu erzeugen und dem Leser die aktive Beschäftigung mit der Umwelt abzugewöhnen. Eher kann man ihr umgekehrt Penetranz der erzieherischen Absichten nachsagen. Eine Vorstellung von den Dimensionen der Massenwirksamkeit der Kultur gibt eine Kritik an den Zeitschriften „Die Arbeiterin" und „Die Bäurin", in der ihnen vorgeworfen wird, Gedichte der besten sowjetischen Dichter fast nicht zu publizieren. Auf ihre Verpflichtung bei der ästhetischen Erziehung ihrer Leserinnen weist der Kritiker Narovčatov in diesem Zusammenhang wie selbstverständlich hin. Wenn er das Ersetzen guter Gedichte durch „poetische Surrogate" für „unzulässig" erklärt, hat dies Urteil nach Lage der Dinge eine Verbindlichkeit, von der westliche linke Kulturkritiker, jeden Einflusses auf den Massenkitsch beraubt, allenfalls träumen.

Die beiden Zeitschriften erscheinen mit Auflagen von 10 Millionen bzw. 5,2 Millionen Exemplaren, was ungefähr mit der Verbreitung von „Hör zu" vergleichbar ist. Natürlich hat dieser Fall nur Symptomwert und für die Überwindung des Bedürfnisses nach ideellen Surrogaten nur sehr begrenzte Auswirkungen. Überwunden wird dieses Bedürfnis letztlich erst mit dem steigenden materiellen und geistigen Niveau aller; die Frage führt auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung zurück.

Die erzieherische Funktion der Literatur und anderer Künste ist sicherlich der häufigste und häufig auch schwerwiegendste Aspekt, unter dem Kunst in der Sowjetunion diskutiert und bewertet wird. Das hat, wie bekannt, zur Vernach-

lässigung der ästhetischen Entwicklungsprobleme der Künste geführt. Trotz der immer noch zahlreichen leeren Worte und Appelle an die hohe Berufung der Kunst, zur Schaffung beispielhafter Helden, Taten usw., kann sich auch dieses Gebiet dem allgemeinen Zug zu einer genaueren Problemstellung nicht entziehen. In einer kritischen Würdigung der führenden literatur-theoretischen Zeitschrift Voprosy literatury fallen harte Worte: die Zeitschrift wird aufgefordert, aktiver gegen die „Ideenlosigkeit, Grauheit und wissenschaftliche Schwunglosigkeit" in den Literaturwissenschaften vorzugehen. Der Beschluß des ZK der KPdSU rechnet auch dieses Gebiet unter die entwicklungsbedürftigen Disziplinen. Der fruchtbare Streit der Ansichten, den Solochov in seiner Rede auf dem IV. Schriftstellerkongreß so vermißte, wird ausbrechen, wenn die in dieser Weise Ermunterten inhaltlich neue Ergebnisse publizieren.

Der Sozialwissenschaftler Charčev steuert seinerseits eine Einsicht dazu bei: „Je höher die ästhetische Kultur eines Menschen, um so geringer ist die Rolle der Nachahmung bei der Aufnahme einer künstlerischen Produktion." [13])

13) Prawda, 23. 11. 66.

Eben diese Erhöhung nicht nur des ästhetischen Niveaus, sondern ursächlich dafür des gesamten Bewußtseinsstands, der Kultur im weitesten Sinn wird in der zukünftigen Entwicklung der sowjetischen Gesellschaft angestrebt. Die schon geschehenen und noch bevorstehenden Änderungen in der Sozialstruktur sind ein Indiz für diesen Prozeß, der, dem Schlagwort nach, den Unterschied zwischen dem Leben in der Stadt und auf dem Land, zwischen dem der körperlich und der geistig Arbeitenden beseitigen soll. Die bisherige Zeit der „Revolution in der Kultur" brachte eine neue Schicht der Intelligenz hervor, die zu 40 bis 50 Prozent aus der Arbeiterklasse kommt. Dies muß in Beziehung gesetzt werden zu der allgemeinen Erhöhung des materiell-geistigen Standards seit 1917.

Der heutige Stand der noch unterscheidbaren Schichten (im wesentlichen: Arbeiter, Bauern, Intelligenz) soll aufgehoben werden in einer den materiellen und kulturellen Bedingungen nach auf gleicher Stufe stehenden Gesellschaft, deren Mitglieder alle in der Lage sind, die wirtschaftliche, technische und gesellschaftliche Entwicklung ihres Landes bewußt und verantwortlich zu lenken. Das kann nur in einem allseitigen und ehrgeizigen Qualifizierungsprozeß erreicht werden, an dessen Beginn sich die UdSSR heute sieht.

Ein Begriff für Studierende

FAHRSCHULE

HELMIN

Köln · Roonstraße 84 · Ruf 23 81 16

Grundgebühr 80,– bis 10 Fahrstunden

45 Minuten DM 9,50

Die Französische Revolution und die sozialistische Oktoberrevolution

Eine kurze Deutung ihres Klassencharakters

von Willi Meeger

„Das Eigentumsrecht besteht darin, daß jedermann die freie Verfügung über seine Habe, sein Kapitalvermögen, seine Einkünfte und seine gewerbliche Tätigkeit hat."
(Aus: Deklaration der Rechte der Verfassung von 1791 und 1793)

„Die Konstituierende Versammlung, die ihre Hauptaufgabe in der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen sieht, ... beschließt:

1. *Das Privateigentum am Grund und Boden wird aufgehoben ...*
2. *Zur Sicherung der Herrschaft des werktätigen Volkes über die Ausbeuter und als erster Schritt zum völligen Übergang der Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates wird das Sowjetgesetz über die Arbeiterkontrolle ... bestätigt."*

(Aus: Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes vom 4. Januar 1918)

I.
Ihrer objektiven Kategorie nach ist die Französische Revolution eine bürgerliche, dem Bewußtsein der Handelnden ist ihr Klassencharakter verborgen geblieben.

Die Sozialistische Oktoberrevolution ist die kollektive Aktion der klassenbewußten Arbeiter, Bauern und Soldaten unter Führung einer revolutionären Partei mit keiner geringeren Intention als der Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung. Die junge Bourgeoisie der Französischen Revolution zehrte von der – subjektiv ehrlichen – Illusion der Aufklärung, wonach die Gesellschaft nur dem Zwang der moralisch-vernünftigen Gesetze unterworfen zu werden brauche, um sich im Sinne des Tugendideals als eine glückliche zu etablieren.

Das revolutionäre Proletariat der Oktoberrevolution verzichtet auf derlei Illusionen: unter Führung der Partei als Träger und Gestalt des Klassenbewußtseins zerreißt es mit einem Schlage das Dilemma der Ohnmacht: das Dilemma vom Fatalismus der reinen Gesetze und von der Ethik der reinen Gesinnung. (Lukacs)

Die Perspektive der bürgerlichen Vorhut der Französischen Revolution ist eine beschränkte: beschränkt in dem Sinne der historischen Begrenzung des Bewußtseins und des Klassenegoismus, die, wenn keine falsche, so doch nur eine Teilperspektive des gesamtgesellschaftlichen Prozesses vermitteln.

Das revolutionäre Proletariat aber handelt weder aus Klassenegoismus noch in Unkenntnis seiner historischen Funktion. Mit der Zerstörung des Systems der kapitalistischen Ausbeutung hat es nicht weniger als die Aufhebung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen im Sinne. Insofern hat die russische Revolution das idealistische Pathos der Aufklärung in jene nüchterne Sprache revolutionärer Notwendigkeiten übersetzt, welcher es bedarf, die Utopie der falschen Versprechungen auf ihre konkrete Verwirklichung zu reduzieren.

II.
Die Große Französische Revolution hat erst in der sozialistischen Geschichtsschreibung und Theorie die Würdigung ihrer historischen Bedeutung erhalten, die ihr als dem Kampf des Bürgertums gegen Feudalstaat und Absolutismus im Rahmen der großen Emanzipationsbewegung der Menschheit zusteht. Wenn der Versuch der Protagonisten der Revolution, über

Stop US-Aggression in Vietnam

Seit über 100 Jahren kämpft das vietnamesische Volk gegen Unterdrückung und Fremdherrschaft. Mit dem Sieg über die französische Kolonialmacht in der Schlacht um Dien Bien Phu und den folgenden Genfer Verträgen schien es endlich seine nationale Selbständigkeit erreicht zu haben. Doch die USA verhinderte dies, indem sie die diktatorische Regierung Diem unterstützte. Nicht die von der amerikanischen Regierung angedeutete kommunistische Aggression in Vietnam, sondern die Nichterfüllung der nationalen Hoffnungen, der Terror und die Korruption der südvietnamesischen Regierung und ihre Unfähigkeit die notwendigsten sozialen Reformen durchzusetzen, führten zu diesem Bürgerkrieg, den die USA heute durch die Aufbietung all ihrer militärischen Macht blutig zu unterdrücken suchen. Der soziale Bezug dieses Konfliktes wird an folgendem Zahlenbeispiel deutlich: In Südvietnam nennen 2 % der Grundbesitzer 45 % des Landes ihr Eigentum, während 75 % der Bauern nur 15 % besitzen.

Die amerikanische Regierung will ein Exempel statuieren: Es soll dort mit dem Einsatz der mächtigsten Militärmaschinerie der Welt gezeigt werden, daß es keinem Volk im Machtbereich der westlichen Welt möglich ist, soziale oder nationalen Ziele gegen den Willen der USA durchzusetzen.

Dieses Exempel hat, wie heute bereits offen erörtert wird, besondere Bedeutung für die Interessen der USA in Lateinamerika, wo die chaotischen Verhältnisse zu sozialen Veränderungen drängen. Deshalb haben die USA ihren militärischen Einsatz ständig gesteigert und ausgeweitet.

Die weltweiten Proteste gegen diesen Krieg, wie sie sich in den Kundgebungen und Demonstrationen am 21. Oktober zeigten, dürfen nicht mehr abreißen. Die Kampagne für Abrüstung, Ausschuß Köln, ruft Sie deshalb zur Unterstützung und Vorbereitung einer großen Vietnamdemonstration in Köln auf. Weitere Informationen erhalten Sie über folgende Anschrift:

Kampagne für Abrüstung c/o Jürgen Laimer, 5 Köln-Vingst, Homarstraße 16, Telefon: 87 77 12.

Vietnam-Demonstration

Donnerstag, 14. Dezember 1967

19 Uhr, Neumarkt

die objektiven Gesetze einer klassengebundenen Wirklichkeit hinwegzuschreiten, sich als Selbsttäuschung erwies, so ist ihnen dies von sozialistischer Seite nie zum Vorwurf gemacht worden. Im Gegenteil: die Erkenntnis des klassengebundenen Charakters der Französischen Revolution mit Hilfe des geschärften Instrumentariums historisch-materialistischer Geschichtsbetrachtung vermittelte den Revolutionären des Roten Oktober den .Blick für die historischen Grenzen der bürgerlichen und die Möglichkeiten und Notwendigkeiten der proletarisch-sozialistischen Revolution.

Objektive Aufgabe einer bürgerlichen Revolution kann nur – solange die Bourgeoisie als fortgeschrittenste Klasse ihrer Zeit die Macht hat (bis zur Emanzipation des Proletariats also) – das unbehinderte Wachstum der bürgerlichen Gesellschaft und des sie konstituierenden Kapitalismus sein. „Jede bürgerliche Revolution, die diese Aufgabe erfüllt, erfüllt alles, was man von ihr fordert".[1]) Insofern ist die Französische Revolution konsequent fortgeschritten, als sie „... das feudale Eigentum zerschlug – allerdings nur, um das bürgerliche zu retten".[2]) Eigentum ist mithin nicht generell heilig: das eine ist Verbrechen, das andere Menschenrecht: als solches ist es selbst unter der demokratischen Jakobinerdiktatur nicht angetastet worden, sondern im Gegenteil in der Verfassung von 1793, dem fortschrittlichsten Dokument der Französischen Revolution noch einmal ausdrücklich bestätigt worden.

Dieses Festhalten am Eigentum bürgerlichen Rechts (Art. 17 der Verfassung) verweist die Deklaration von Freiheit und Gleichheit in den formalen Bereich der bloßen Deklamation, das große Wort von der Volkssouveränität – damals Ausdruck eines jungfräulich-naiven bürgerlichen Optimismus – ist Volksbetrug, solange die Gewaltenteilung der herrschenden Klasse Reservate schafft. Wenn Jacques Roux, der „rote Priester" der Revolution, klagt, daß die Freiheit nur ein Phantom sei, „wenn eine Klasse imstande ist, die andere auszuhungern, wenn der Reiche durch sein Monopol das Recht auf Leben und Tod des Armen hat, das Eigentum der Schwindler heiliger (ist) als das Leben der Menschen"[3]), so wird hier am Rande der Revolution eine Einsicht vermittelt, die – ihrer Zeit und deren Möglichkeiten um 50 Jahre voraus – gleichwohl den Verfechtern der Heiligkeit des Privateigentums gefährlich genug schien, um die Anhänger einer Kollektivierung des Grund und Bodens dem Schafott zu überantworten. Dem Terror der Revolutionsregierung läßt sich also ein doppelter Aspekt abgewinnen: als revolutionäre Maßnahme gegen inländische und ausländische Reaktion und Konterrevolution entspringt er der verspäteten Einsicht, daß der Klassenkampf nicht mit Hilfe einer „vernünftigen", an der naturrechtlichen Gleichheitsfiktion orientierten Gesetzgebung in jenes Reich paradiesischer Brüderlichkeit und allgemeinen menschlichen Wohlverhaltens zu überführen sei, der Bürgerkrieg mit anderen Mitteln gewonnen werden müsse. Als Unterdrückung des gerade in den Ansätzen sich herausbildenden vierten Standes und seiner Sprecher richtete er sich gegen die Forderung einer noch unfertigen Klasse, die im Tugendverständnis der Revolutionsregierung als mit der „volonté générale", dem allgemeinen Nutz und Frommen unvereinbares Sonderinteresse erscheinen mußten.

Diejenigen, die den Terror an die Stelle einzulösender Versprechungen setzten, haben seine geschichtlich begrenzte Notwendigkeit nicht gesehen. Saint-Justs Aussage, daß „diejenigen, die Revolutionen nur zur Hälfte gemacht (haben), sich nur ihr eigenes Grab gegraben haben", fällt auf jene Illusionäre zurück, die glauben, daß die Ungleichheit des Besitzes, die historische Quelle aller Verbrechen, vom Tugendzwang der reinen Vernunft ausgeglichen werden könne.

III.

Zehrte die fortgeschrittenste Position der Französischen Revolution in erster Linie vom Staatsbürgerideal der Aufklärung und richtete sich ihre Politik in Ermangelung eines fest umrissenen revolutionären Programms nach den Erfordernissen des Tages, so konnte das Proletariat un-

1) Lenin: Rede über Krieg und Frieden, in: Sämtliche Werke, Bd. XXII, S. 345.

2) Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in: Marx/Engels, Ausgewählte Schriften, Bd. II, Berlin 1962, S. 250.

3) J. Roux: zit. nach M. Beer, Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe, Berlin 1929, S. 473 f.

ter gänzlich anderen historischen Bedingungen den Klassenkampf führen: mit Marx und Engels hat der wissenschaftliche Sozialismus aus der Analyse der Wirklichkeit und der historischen Bewegungsgesetze eine Gesellschaftstheorie entwickelt, die dem Proletariat als der Klasse der Zukunft die historische Funktion zuwies, mit seiner eigenen Befreiung als Klasse Unterdrückung und Ausbeutung schlechthin aufzuheben. Der Marxismus trat der Gesellschaft nicht mit einer spekulativ ersonnenen Utopie gegenüber: aus der Wirklichkeit selber entwickelte er Idee und Gesetz. Für ihn war das Elend der Massen nicht begründet in der moralischen Konstitution der Menschen, ihrer Unwissenheit und den schlechten Gesetzen der Regierung. Die Französische Revolution hat „die bürgerliche Illusion, daß Wahrheiten, wenn sie ausgesprochen, unwiderstehlich sind, widerlegt. Es kommt darauf an, die faktischen Bedingungen zu erkämpfen, unter denen die (historische) ‚Wahrheit' zu wirken vermag".[4])

Dieser Aufgabe, die historischen und faktischen Bedingungen der Verwirklichung von Freiheit zu schaffen, hat sich das russische Proletariat in der Oktoberrevolution unterzogen, indem es jene „égalité de fait", jene materielle Gleichheit geschaffen hat, die den bürgerlichen Revolutionären stets hinter der „égalite de droit", der ideologischen Rechtsgleichheit gestanden hat.

Auch für die proletarische Revolution ist die Eigentumsfrage von entscheidender Bedeutung: nur wird sie von ihr anders gelöst. Nicht mehr geht es darum wie in der Französischen Revolution – und allen Revolutionen vorher – eine Eigentumsform durch eine andere zu ersetzen, sondern die private Verfügungsgewalt über das Eigentum (an Produktionsmitteln) schlechthin aufzuheben. Hinsichtlich der Durchsetzung ihrer Ziele haben sich die russischen Revolutionäre von vorne herein keinen Illusionen hingegeben: schon Marx hatte darauf hingewiesen, daß das Proletariat sich bei seinem Kampf nicht unbedingt der bürgerlichen Gesetzlichkeit verpflichtet fühlen würde.[5])

So haben die Bolschewiki ebenfalls die „terreur a l'ordere du jour" erklärt, den roten Massenterror dekretiert, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen: insofern ist er „bewußter Ausdruck geschichtlich berechtigter Klasseninteressen"[6]), und wird ihm nur eine Übergangsberechtigung zugebilligt. Entsprechend kann das Verhältnis von Staat und Revolution auf eine qualitativ neue Basis gestellt werden: beschränkte sich die bürgerliche Revolution darauf, die Ausbeutung in ihre eigenen Hände zu nehmen und konnte sie deshalb auf die Zerschlagung des alten Staatsapparats verzichten, muß das Proletariat mit der Aufhebung der bürgerlichen Klassenherrschaft auch die bürgerliche Staatsmaschinerie zerstören. Die Diktatur des Proletariats als Herrschaftsform der Proletarischen Klasse zeichnet sich gegenüber aller historischen Klassenherrschaft durch ihre Vorläufigkeit aus:

die Grenzen der Diktatur des Proletariats setzt die Dauer des Klassenkampfes.

Ihr Ziel ist die Etablierung und Sicherung der sozialistischen Gesellschaft.

An ihrem Anfang aber stand die Sozialistische Oktoberrevolution.

---

4) H. Klenner: Zur ideologischen Natur des Rechts, in: Staat und Recht im Lichte des Großen Oktober, Berlin 1957, S. 93.

5) Vgl. Marx/Engels: Die Revolution von 1848, Berlin 1953, S. 272.

6) Vgl. H. Klenner, S. 91.
Ferner:
W. Markov: Grenzen des Jakobinerstaats, in: Grundpositionen der Französischen Aufklärung, Berlin 1955.
Lenin: Kann man die Arbeiterklasse mit dem Jakobinertum schrecken?, in: Sämtliche Werke, Bd. XX, 2. Halbband, S. 214.

Die Fundgrube für den Bücherfreund ist die

ANTIQUARIATSBUCHHANDLUNG J. HÖFS

Köln · Gertrudenstraße 33 · Telefon 23 28 77

Ungestörtes Stöbern · Bedienung nur auf Wunsch

Ankauf von Büchern

Der 9. November 1918 in Deutschland – Mythos einer Revolution

von Erich Gerards

Daß in Deutschland zwar die konsequentesten revolutionären Ideen entwickelt, dennoch keine von ihnen real verwirklicht wurde, avancierte seit Heinrich Heine zur Standardsentenz liberaler wie sozialdemokratischer Geschichtsschreibung. Aus welchen Gründen sie dennoch das schwächliche Aufbegehren bürgerlicher Bataillone 1848 und räterepublikanisch orientierter Arbeitergruppen 1918 als „Revolution" postulierte, hat ideologische Ursachen. Während den Liberalen ihr historischer Anspruch, Erbe der deutschen 48er zu sein, infolge ihrer ökonomischen Dezimierung durch Krisen und Kriege zur blassen Wahlkampfphrase ideenloser Parteimanager zerrann, erlaubte es die Existenz eines wachsenden Proletariats den sozialdemokratischen „Volksfreunden", um den 9. November 1918 einen zählebigen tragischen Mythos zu errichten. Die russische sozialistische Oktoberrevolution zerbrach ihren Glauben an eine solidarische Gesellschaft, und die Bruchstücke setzten sich zu einem schartigen Raster zusammen, der sich aber als fein genug erwies, den Kommunismus als inhuman, terroristisch und in letzter Instanz als unmoralisch zu stigmatisieren. Als Scheidemann am 9. November 1918 vom Balkon des Reichstags in Berlin die „deutsche Republik" ausrief, geschah dies mit dem Blick auf Lenin und den jungen Sowjetstaat. Er wollte, aufgefordert zu den Tausenden zu sprechen, nicht reden, wie er selbst bezeugte. Müdigkeit, Hunger und geistige Apathie verwehrten auch dem allerersten Sozialdemokraten die Lust zur Demagogie. „Intuitiv" raffte er sich erst dann auf, als ihm gesagt wurde, Liebknecht spreche vom Schloß zu den Massen und sei im Begriff, die deutsche Sowjetrepublik zu verkünden. Das mußte verhindert werden, so meinte er; denn nach all der Not, die Krieg und und militärischer Zusammenbruch hinterließen, alles, nur den Kommunismus nicht. So mußte ein Mythos entstehen: das Rededuell Scheidemann–Liebknecht, dieser vom Schloß den Sozialismus ausrufend, die Forderung, „alle Macht den Räten", nicht minder wortgewaltig wie jener, der, von der „Stätte der Legalität" agierend, zur „Ordnung", zur „Ruhe", an „Loyalität" und „Besonnenheit" appellierte wobei „Legalität" und „Ordnung" überzeugender wären als die „Diktatur des Proletariats". Auf jeden Fall: Geburtsstunde des Antikommunismus. Ein Mythos wird dort gewoben, wo die wirkliche Macht im Dunkeln bleiben muß. Hätte diese sich im November 1918 den Massen gestellt und nicht mit der republikanischen Phrase in Gestalt Eberts, Scheidemanns und Noskes den klassenpolitischen Willen der Arbeiterschaft auf das Parlament gelenkt, um ihn dort vollends versickern zu lassen, so wäre der 9. November ein revolutionäres Datum geworden. Die wirkliche Macht, das war die wirtschaftliche, die der monopolistischen Bourgeoisie. Was bis zum 9. November 1918 dafür ausgegeben wurde, war die ideologische, die politische des bankrotten Feudalismus. Und hierin lag das Wesen der deutschen Klassengesellschaft bis 1918 begründet, daß Bürgertum und Feudaladel Jahrzehnte zuvor, 1848, den Kompromiß geschlossen hatten, der dem deutschen Kapitalismus bis heute seine Existenz sicherte. Vor der rasch zum Klassenkampt erstarkenden Arbeiterschaft mußten wirksame ideologische Dämme errichtet werden, nachdem Marx und Engels den ökonomischen Mechanismus der Ausbeutung unwiderruflich decouvrierten. Dieser Kompromiß blieb der politischen Arbeiterbewegung verborgen. Weil die feudale Klasse über die Institutionen verfügte, die ihr eine noch schwache, im Konkurrenzkampf zersplitterte Bourgeoisie überließ, nur um sich ungestört auf ihre ökonomische Entfaltung zu konzentrieren, sahen die dem materialistischen Denken entwöhnten Arbeiterführer in den jovialen Unternehmern politisch ihre langfristigen Bündnispartner. So konnten sie ihr Klassengewissen damit beruhigen, ökonomisch nach den Lehren von Marx und Engels zu

verfahren, politisch aber die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848 nachvollziehen zu müssen und Vorhut liberaler Demokratie zu sein, die als Voraussetzung einer sozialistischen Umgestaltung deklariert wurde. Der Zug in die Parlamente war unaufhaltsam, allerdings erst nach 1890, nach Aufhebung des ersten deutschen Parteienverbots, des „Sozialistengesetzes", als die Bourgeoisie ihren organischen Aufbau einleitete, der sie unabhängig vom „Markt der Meinungen" machte. Zugleich setzte die „Revision" der Theorie ein, da die Lohnhöhe über die angeblich von Marx und Engels als „ehern" bezeichnete Grenze hinaus stieg. Der Sozialismus wurde seines Ziels beraubt, nachdem die Bewegung, die Evolution, das friedliche Hineinwachsen des Konkurrenzkapitals in gesellschaftliches zum politischen Lebensgesetz erhoben wurde. Der „Revisionismus", das war die sozialdemokratische Version irrationaler Lebensphilosophie, ein élan vital, der sich an der Eroberung von Mandaten, Funktionärsposten in Partei und Gewerkschaften, Positionen in der untergeordneten Verwaltung berauschte, in deren Umgebung der ohnehin durch die Nation und Kaiser verherrlichende Erziehungsdiktatur zerbrochene Intellekt zum primitiven Selbsterhaltungstrieb degenerierte. War das Ziel nichts, die Bewegung einer Millionenpartei aber alles geworden, konnte der chauvinistischen Ideologie bald keine Alternative mehr entgegengehalten werden. Eine „doppelte Loyalität" begann das Bewußtsein des sozialdemokratischen Arbeiters auszufüllen und immer tiefer zu spalten. Auf der einen Seite stand der Staat, der den sozialen Stolz national reklamierte und Unterordnung verlangte, auf der anderen Seite mußte ein positives Verhältnis zur Partei, den Gewerkschaften und ihren Führern hergestellt werden, denen man Sicherheit für sich und die Familie zu verdanken glaubte. Diese Einstellung reduzierte den Klassenkampf auf eine Automatik, welche von den Massenorganisationen in Gang gehalten wurde. Ihnen vertraute der Großteil der Arbeiterschaft, beeindruckt von ihrer numerischen Größe, aber mehr noch durch ihren bürokratischen Apparat, der die geistige Anstrengung eines individuellen Klassenbewußtseins, das geschichtlich zu sein hat und daher umwälzend, sichtlich stagnieren ließ und durch einen puren disziplinären Anspruch an seine Zwecke zu binden trachtete. Das mechanistische Geschichtsbild des an Einfluß gewinnenden „Revisionismus", unterstützt durch einen seit 1890 anhaltenden relativen Aufschwung der großen Industriezentren, erlaubte schließlich ideologische Zugeständnisse an die herrschende Ordnung, die zuvor undenkbar gewesen wären. Der Masse der Mitglieder als Taktik interpretiert, mußten sich die karrieristischen Manager vor allem in nationaler Hinsicht äußerstes Wohlverhalten attestieren lassen, da die Kampagne gegen die „vaterlandslosen Gesellen" ihrem sozialen Aufstieg hinderlich war. Erst einmal so weit, konnte die Verbindung mit nationalistischen Doktrinen einer aggressiven Außenpolitik nicht ausbleiben. Es war mehr als ein Symptom, daß selbst ein kritischer Arbeiterführer wie Bebel keine größere Katastrophe fürchtete als eine militärische Niederlage Deutschlands. Aus dieser Überzeugung heraus war die Bewilligung der Kriegskredite während des ersten Weltkrieges nur noch eine Formsache, und Äußerungen, wie diese eines sozialdemokratischen Redakteurs im Jahre 1916: „In diesem Krieg haben wir aufs neue gelernt, was wir fast völlig vergessen hatten: das außer allen Klassenkonflikten allen Klassen dieser Nation etwas gemeinsam ist. Wir deutschen Sozialdemokraten haben in diesem Krieg gelernt, uns als Teil, und sicher nicht der schlechteste Teil, der deutschen Nation zu betrachten. Wir wollen nie wieder von irgendjemandem von der Rechten oder Linken dieses Gefühls beraubt werden, zum deutschen Volk zu gehören", ideologisches Allgemeingut des überwiegenden Teils der Mitgliedschaft.

Den vor 1914 als Katastrophe für die Arbeiterbewegung befürchteten militärischen Zusammenbruch konnte auch die Kriegsunterstützung der SPD nicht abwenden. Daß sie die Katastrophe jedoch immer nur im primitiven materiellen Sinne auffaßte, geht aus den Zeugnissen der Spitzenusurpatoren nach 1918 hervor. Dagegen blieb die alte Ideologie ungebrochen, modifiziert zwar durch die Erkenntnis, daß am 9. November 1918 der Zeitpunkt gekommen wäre, die fällige bürgerliche Revolution nachzuvollziehn. Es blieb dem engen sozialdemokratischen Verständnis für die Wirklichkeit absolut verborgen, daß mit dem Ruf nach dem parlamentarischen Verfassungsstaat endgültig das Todesurteil über die Arbeiterbewegung ausgesprochen wurde, da das

NEU in der Bundesrepublik

Annelie und Andrew Thorndike

Das russische Wunder

465 Seiten, Halbleinen **DM 14,80**

Ein Bildband nach dem gleichnamigen Dokumentar-Film mit vielen bisher unbekannten Fotos. Tausende Kilometer per Eisenbahn, Auto, Flugzeug kreuz und quer durch die Sowjetunion legten die Autoren zurück, um all die Materialien von einmaligem geschichtlichem Wert zusammenzutragen. Das Buch vermittelt ein wahres und realistisches Bild über das zaristische Rußland und den gigantischen Aufbau der Sowjetunion. Aktuell zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution.

Informieren Sie sich über unser weiteres Verlagsprogramm! Bestellen Sie eine Probenummer unserer antifaschistischen Wochenzeitung „die tat".

An

RÖDERBERG-VERLAG GMBH.,
6 Ffm., Postfach 2409

Bitte senden Sie eine Probenummer der Wochenzeitung „die tat" sowie Ihre Bücher-Informationen an folgende Adresse:
Name: .....
Wohnort: .....
Straße: .....

Röderberg-Verlag GmbH. 6 Frankfurt/Main Schumannstraße 56

deutsche Monopolkapital eine parlamentarische Kontrolle nicht dulden konnte. Die sozialdemokratische Führung begann den Konflikt zu spüren und stellte sich mit wachsendem Terror gegen die auf Loslösung von ihr bedachte Arbeiterschaft, um andererseits dem mit der Bourgeoisie aus dem Weg zu gehen. Die Ideologie paßte sich erneut an. War es bis zur Niederlage die Nation, so wurden nun die Begriffe der „Ordnung" und des „Staates" mystifiziert: „Wo Kaiser und Könige, Fürsten und Junker versagt hatten, mußte der ehemalige Sattlergeselle Ordnung schaffen", so beschrieb der Sozialdemokrat Stampfer die geschichtlichen Meriten Eberts. Und Ralf Dahrendorf, liberaler Historiker und Soziologe, stellte mit Bestürzung und Ironie die burchlose Fortentwicklung sozialdemokratischer Ideologie trotz Nationalsozialismus und Krieg bis heute heraus als er schrieb: „Noch im Godesberger Programm ... ist ‚Ordnung' eine der häufigsten Vokabeln: die ‚neue und bessere Ordnung', die ‚staatliche Ordnung', die ‚freiheitlich-demokratische Grundordnung', die ‚Wirtschafts- und Sozialordnung', die ‚Ordnung, die auf den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut' ... der sozialdemokratische Begriff der Demokratie (hat) doch mit der lebendigen Auseinandersetzung antagonistischer Interessen wenig zu tun".

Je länger ideologischer Druck auf der Arbeiterklasse lastet, desto langfristiger wird auch die Konzeption angelegt sein müssen, sie daraus zu befreien. Dazu bedarf es neuer Organisationen, eine Einsicht, die von einer wachsenden Opposition innerhalb der SPD während des Ersten Weltkrieges in langwierigen Diskussionen mühsam gewonnen wurde. Es war Lenin, der seine klassenbewußten Genossen in Deutschland schon bald nach 1914 dazu drängte, sofort mit der Tradition zu brechen und eine revolutionäre Partei zu bilden. Wie fest demgegenüber die sozialdemokratische Disziplin selbst Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Griff hatte, zeigt, daß sie erst nach dem Scheitern der sozialistischen Revolution im November 1918 zur Gründung der Kommunistischen Partei schritten. Die noch während des Krieges vollzogene Abspaltung revoltierender Sozialdemokraten zur USPD reflektierte zwar das mobilisierbare Potential revolutionär ausgerichteter Arbeiterschichten, blieb dennoch nur Episode, weil auch ihrer Führung im entscheidenden Moment die bürgerliche Verfassung höher stand als die Räteidee.

Das kapitalistische Deutschland harrt bis heute der sozialistischen Umwälzung. Noch ist die Tradition einer klassenpolitischen theorieorientierten sozialistischen Bewegung zu kurz, um die sozialdemokratische Weltanschauung zu durchbrechen. Wie gesellschaftsfeindlich sie schon 1914 war, wurde Lenin bewußt; wie unerbittlich sie aber die politische Tat lähmte, wurde ihm erst klar, als er auf die deutsche sozialistische Revolution vergebens hoffte.

edition suhrkamp 3 Mark
es 226

Folgen einer Theorie. Essays über „Das Kapital" von Karl Marx

Vor hundert Jahren erschien „Das Kapital", ein Buch, das Geschichte gemacht und das Denken der späteren Generationen beeinflußt hat wie nur wenige andere Bücher. Wie erklärt sich diese Wirkung? Und wie stellt sich die im „Kapital" entworfene Gesellschafts- und Wirtschaftslehre dem heutigen Standpunkt dar? Neun international bekannte Fachleute – Nationalökonomen, Soziologen und Philosophen – diskutieren in unserem Bank die Rezeption, die Bedeutung und die Problematik der Marx'schen Theorie des Kapitalismus und seiner Entwicklungsgesetze.

Suhrkamp Verlag
6 Frankfurt am Main
Postfach 2446

Zwischen Revolution und Stagnation

Zu den Chancen des Sozialismus in der „Dritten Welt"

von Elisabeth Bessau

Revolution als Augenblick geronnener Tat ist nur das Ende eines Prozesses. Niemals in der Geschichte siegte eine Klasse, ohne daß Jahrhunderte oder Jahrzehnte vergingen, in denen immer wieder ihre Teile sich gegen ein etabliertes Gefüge erhoben. So schrieb Lenin 1917: „Ohne die Revolution von 1905–1907 ... wäre eine so genaue ‚Selbstbestimmung' aller Klassen des russischen Volkes ..., wäre eine Bestimmung der Beziehungen dieser Klassen zueinander und zur Zarenmonarchie, wie sie ... 1917 erfolgt ist, unmöglich gewesen." 1825 fand der erste bewaffnete Aufstand gegen den Zaren statt, und das 20. Jahrhundert begann mit blutigen Zusammenstößen zwischen Bauern und Arbeitern auf der einen, den Soldaten des Zaren auf der anderen Seite. 1905 bis 1907 war eine, 1917 die letzte Stufe einer Eskalation: Aus Revolten gegen die Monarchie war die Revolution einer Klasse geworden.

Gleich der russischen waren der chinesischen Revolution hundert Jahre gewaltsamen Protestes – zunächst gegen die halbkoloniale Abhängigkeit – vorausgegangen, anfangend nach dem Opiumkrieg 1842 und fortgeführt 1898 mit dem Boxeraufstand. Die mehr als dreieinhalbtausendjährige Herrschaft der Dynastien endete 1911 mit dem Sturz der Mandschus und ihre Ablösung durch ein bürgerliches Regime als vorletzter Etappe vor der sozialistischen Revolution des Jahres 1949, Beginn der großen Klassenkämpfe, vergleichbar dem Rußland nach 1905.
Auch in Kuba war die Revolution kein spontaner Akt der Befreiung des Menschen noch das Ergebnis einer entschlossenen Tat weniger Revolutionäre. Von 1868 bis 1898 war der Emanzipationskampf des kubanischen Volkes ein antikolonialer. Fidel Castro sagte dazu 1960 vor den Vereinten Nationen: „Kuba war das letzte Land Amerikas, das sich vom spanischen Kolonialismus befreite ... Unser kleines Volk ... mußte fast dreißig Jahre lang ... einer Armee die Stirn bieten, die als eine der stärksten Europas gelten konnte." Seit Mitte der zwanziger Jahre wurden heimische Diktatoren durch Streiks und Aufstände, später durch jenen Krieg bekämpft, der 1958 zum Sieg der Revolution führte.

MARXISTISCHE BLÄTTER

Für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik
Zweimonatszeitschrift (Heft DM 2,–, Jahresabonnement und Porto DM 13,80).

Hauptthema Nr. 5 September/Oktober 1967: Oktoberrevolution
Sonderheft Nr. 2/67: „Das Kapital 1967"

Anfragen, Bestellungen, Probehefte:
Marxistische Blätter – 6 Frankfurt/Main W 13 – Kurfürstenstraße 8 (K)

In vier Jahrzehnten drei Revolutionen – und dennoch war es die erste, die russische, die sich als Fanal eines siegreich zu Ende gebrachten Emanzipationskampfes tief in das Bewußtsein der Massen eingrub, und selbst heute nennen die Apologeten des Antikommunismus vor allen anderen als warnendes Beispiel die Oktoberrevolution. Mit ihr wurde gleichzeitig die Grundlage für ein Weltsystem gelegt: als einer der Sieger des zweiten Weltkrieges konnte die Sowjetunion in einem Teil Europas die Beseitigung des Kapitalismus durchsetzen. Ohne ihre Hilfe wäre Castro ein Opfer von Kubas Monokultur geworden, sowie der industrielle Aufbau Chinas und der militärische Zusammenbruch Amerikas in Vietnam entschieden langsamer verlaufen. Doch wie jede Bewegung eine Gegenbewegung erzeugt, so wurden durch das praktische Beispiel der Oktoberrevolution auch jene aktiv, die den Kommunismus bislang als ein theoretisches Moment kaum beachteten. Die Theorie, die in die Praxis umgeschlagen war, versuchte ihre Gegner mit ähnlichen Waffen zu begegnen, indem sie das ideologische Gebäude des Antikommunismus als Bollwerk zum Schutz tradierter Verhältnisse zimmerten, um es zur alle gesellschaftlichen Schichten einigenden Klammer zu propagieren. Daß aus der Ideologie selbstredend Praxis wurde, braucht kaum noch erwähnt zu werden.

War es nicht das Proletariat der westlichen Industrienationen, das als erstes seine Lage von Grund auf veränderte, so zeigt das nur, daß hundert Jahre nach Beginn der Industrialisierung die bewußtseinsmäßige Durchdringung vorgefundener Verhältnisse ungleich schwieriger geworden war. Ist es ferner in kapitalistischen Ländern die Industriearbeiterschaft, die den größten Teil des gesellschaftlichen Mehrwertes erzeugt, so wurde in Rußland, China und Kuba sein überwiegender Teil von den Bauern und Landarbeitern hervorgebracht. Dort hätte ohne ihre – der Mehrheit der Unterprivilegierten – Unterstützung das Werk der Revolution niemals vollbracht werden können.

Ein weiterer Faktor mußte jedoch hinzukommen: die Armee als effektvollstes Repressivinstrument der jeweils herrschenden Klasse war in keinem der drei Länder zum Zeitpunkt der revolutionären Umwälzung mehr intakt. 1917 waren die russischen Bauern kriegsmüde. Nach dem Sturz der Mandschus gelang es den bürgerlichen Regierungen Chinas zu keinem Zeitpunkt mehr, alle Provinzen des Reiches unter ihre militärische Kontrolle zu bringen, da Teile der Armee sich samt ihren Anführern selbständig machten. Und auch die Armee Batistas verlor Kräfte an die Revolutionäre in der Sierra Maestra. Wenn Rußland, China und Kuba auch Agrarländer mit starker wirtschaftlicher Abhängigkeit von kapitalistischen Industrienationen waren, die zwecks Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen letztendlich auch zur direkten oder indirekten militärischen Intervention schritten, so handelte es sich dennoch unmittelbar um Revolution gegen ein nationales System, nicht aber um antikoloniale Befreiungskämpfe. Diese haben andere Voraussetzungen, Abläufe, Zielsetzungen und sind in ihrer Erscheinungsform noch stärker den nationalen und traditionellen Besonderheiten eines jeden Landes verhaftet. Mit Ausnahme der Volksrepubliken Vietnam und Korea war bis heute – Prognosen aufzustellen kann nicht Aufgabe dieser Analyse sein – das Ergebnis eines antikolonialen Krieges nicht eine sozialistische Umgestaltung der Verhältnisse, da er kein Kampf einer ausgebeuteten Klasse gegen ihre Ausbeuter, sondern Kampf einer sich entwickelnden einheimischen gegen die internationale Bourgeoisie ist.

Die Zeit der antikolonialen Befreiung ist heute im wesentlichen in der Weise zu Ende gegangen, daß Einheimische das Werk der Fremden fortsetzen, indem sie die Ausbeutung der großen Masse des Volkes formal in eigener Regie weiterführen, wobei real nach wie vor der überwiegende Teil des Mehrwertes zwischen heimischen Großgrundbesitzern und internationalen Kapitaleigentümern aufgeteilt wird, sofern es den meist alleinigen Garanten eines zeitweiligen Gleichgewichts zwischen widerstreitenden Interessengruppen, dem Militär, nicht gelungen ist, beide zurückzudrängen wie beispielsweise in Indonesien.

Erinnern wir uns an die Geschichte kolonialer Erwerbungen und wir verstehen, warum koloniale Herrschaft leichter zu beseitigen ist als private Aneignung des Mehrwerts: im sechzehnten Jahrhundert wurde Süd- und Mittelamerika europäische Kolonie, im siebzehnten Jahrhundert Nordamerika, im achtzehnten Jahrhundert ein großer Teil Asiens und

erst im neunzehnten Jahrhundert fast ganz Afrika. Der koloniale Status und die Befreiung von ihm wird zum Fetisch, wenn er die in Asien und Afrika weit länger bestehenden und tiefer verwurzelten sozio-ökonomischen Strukturen vergessen läßt, die auch durch die koloniale Herrschaft nicht beseitigt wurden. Befreiungskampf ist nicht identisch mit Klassenkampf, koloniale Revolution nicht mit sozialistischer. Nur in Amerika bedeutete die völlige oder weitgehende Ausrottung der vorgefundenen Völker durch die Kolonisatoren einen historischen Sprung in eine neue Phase der gesellschaftlichen Entwicklung: die kapitalistische.

Je älter die etablierten Formen der Gesellschaft sind – verbunden mit einer sie schützenden Ideologie, der Religion – desto schwieriger erwächst eine neue, sie verändernde Kraft, zumal sie die Unterstützung derjenigen gewinnen muß, die den überwiegenden Teil des Mehrwerts erarbeiten. Diese jedoch begreifen in ihrer Mehrheit die Macht, ihre Lage zu wandeln erst nach einer längeren Spanne revolutionärer Kämpfe. Und sie wiederum führen erst dann zum Erfolg, wenn sie nicht durch ein völlig intaktes Repressivinstrument erstickt werden.

Wenn im folgenden einige Länder prototypisch für unterschiedliche Stadien der gesellschaftlichen Entwicklung stehen, in denen sich auf Grund eines verschieden langen historischen Prozesses jeweils die meisten asiatischen, nahöstlichen, tropischafrikanischen und lateinamerikanischen Völker befinden, so sei betont, daß nur die soziale Organisation im Innern, nicht aber deren Widerspiegelung in der Außenpolitik Maßstab für den revolutionären Reifegrad eines Landes ist. Zwar kann die Wirksamkeit aller Arten Eingriffe von Außen nicht geleugnet werden, besonders wenn es um den Bestand einer Revolution oder ihre erfolgreiche Durchführung geht, ihren Anfang aber nimmt sie in Aktionen einer sich ihrer Lage bewußten Klasse.

Die ausgebeutete Klasse drängt um so weniger zur Tat oder erkennt ihren Zustand, je älter und also auch erstarrter tradierte Formen und Inhalte sind. Unter den Ländern der dritten Welt besitzt Indien die älteste kulturelle Tradition, die sich heute stärker als irgendwo sonst in einer allesbeherrschenden Ideologie, der

W. S. WYGODSKI
Die Geschichte einer großen Entdeckung
Über die Entstehung des Werkes „Das Kapital" von Karl Marx
Übersetzung aus dem Russischen
Verlag Die Wirtschaft Berlin 1967
159 Seiten und 8 Abbildungen
Ganzleinen DM 6,80

ROLF DLUBEK · HANNES SKAMBRAKS
„Das Kapital" von Karl Marx in der deutschen Arbeiterbewegung (1867 bis 1878)
Abriß und Zeugnis der Wirkungsgeschichte
Dietz Verlag Berlin 1967
Etwa 480 Seiten und 6 Bildbeilagen
Broschur etwa DM 12,50

Treffpunkt Zukunft
Herausgegeben von W. Tenzler
Dieses Buch ist eine repräsentative Sammlung von Meinungsäußerungen bürgerlicher Politiker, Wirtschaftler, Wissenschaftler, Philosophen, namhafter Künstler und Schriftsteller aus der Zeit von 1917, der Errichtung der Sowjetmacht, bis zur Gegenwart.
Buchverlag Der Morgen Berlin 1967
294 Seiten und zahlreiche Abbildungen
Ganzleinen DM 12,50

BRÜCKEN-VERLAG GMBH
Buch-Import-Export
4 DUSSELDORF · POSTFACH 1928

Religion, niederschlägt. Der Hinduismus zwingt zu einem sozialen Verhalten, das der stärkste Hemmschuh der Entwicklung der Produktivkräfte geworden ist. Antagonismen der Klassen und der Kasten, die einen materiell, die anderen – wenn auch vor Jahrtausenden ökonomisch – heute nur mehr ideologisch begründet, doch letztere nicht minder folgenschwer, wenn die Geburt in eine Kaste nicht nur den Status, sondern vor allem die Funktion des Individuums in der Gesellschaft bis ins Detail bestimmt, wobei ihre Schranken und die Tausender Unterkasten stärker realisiert werden als ökonomische Gegensätze. Außerhalb der Kasten geboren, verwehrt die bestehende Ordnung den Unberührbaren, einer Minderheit zwar, nicht ökonomische, wohl aber individuelle gesellschaftliche Emanzipation. Millionen Verhungernder, hunderte Millionen nutzloser Kühe, fünf Milliarden Reis vernichtender Ratten, ihrer aller Leben gilt den indischen Massen gleichviel, ist unantastbar. Revolte um der heiligen Tiere, nicht der Menschen willen erstickt jeden Reformversuch der Regierung im Keime. Der Glaube an den ewigen Kreislauf von Leben, Sterben und Wiedergeburt lähmt das Interesse am Hier und Heute, wenn ihm die Verbesserung der Existenz durch willenloses Unterwerfen unter das alles beherrschende Dharma, das Schicksalsgesetz möglich erscheint, dem mehr als dreitausend Jahre die Massen blindlings zu gehorchen vermeinten, wenn die Herrschenden sich zu seinen Erfüllern erklärten. Passivität bettet sich zum Sterben, wenn die Nahrung verbraucht ist, während der Großgrundbesitzer vor China, nicht aber vor den von ihm Ausgebeuteten zittert. Nur dort, wo der Hinduismus als Waffe der Herrschenden versagt oder ein aufgeklärtes intellektuelles Proletariat lebt, gibt es soziale Revolten, die den Auftakt eines jeden revolutionären Klassenkampfes bilden. Erinnert sei an Kerala und Bengalen. Gerade im überwiegend christlichen Kerala, dem am dichtesten besiedelten und besonders armen Bundesstaat, in dem gleichwohl die Analphabeten nur ein Viertel der Bevölkerung ausmachen und der Anteil arbeitsloser Hochschulabsolventen – wie auch in Bengalen – ungemein hoch ist, sind die beiden kommunistischen Parteien am einflußreichsten und verfügt die Volksfront über mehr als die Hälfte der Abgeordneten.

Eine andere Ausgangssituation ergibt sich dort, wo Religion und Nation die widerstreitenden und doch sich ergänzenden Faktoren sind: in den arabischen Ländern des Islams. Mohammed lehrte: erleiden das von Allah bestimmte Schicksal und kämpfen für den Glauben an ihn. So glaubt der entrechtete Bauer, der nur über einen von fünf „Produktionsfaktoren", seine Arbeitskraft, verfügt und daher ein Fünftel seiner Ernte behalten darf, daß Allah ihm sein Los in die Stirn geschrieben habe, und wenn er auf eine Verbesserung seiner sozialen Lage hofft, dann vielfach im Zuge einer religiösen Erneuerung durch einen Mahdi. Die kämpferische Tradition des Islams wies den Kriegern stets eine besondere Rolle zu, so daß selbst heute die Armee nicht nur als Repressivinstrument, sondern auch im politisch-wirtschaftlichen Bereich eine dominierende Rolle spielt. Wenn die durch die sanktionierten Formen dennoch sehr verschiedenartig sind – man denke etwa an Ägypten gegenüber Jordanien –, so wirkt hier abermals die Existenz sozialistischer Staaten, diesmal als ökonomische Macht. Die geballte Wirtschafts- und Militärhilfe der Sowjetunion vermochte beispielsweise in der Vereinigten Arabischen Republik und in Algerien den politischen Überbau zu beeinflussen, dessen Wandel auf die Basis zurückwirkt. Im Unterschied zum hinduistischen Indien, wo es gewaltiger Anstrengungen bedarf, um die Unterdrückten aus dem Dämmerschlag ideologischer Zwänge emporzureißen, muß in den islamischen Ländern des Nahen Ostens die Armee als dynamische Kraft, die – je nach den besonderen Bedingungen, zu denen auch die in ihr rivalisierenden Richtungen gehören – mehr oder weniger restaurativ oder revolutionär reagieren wird, stets berücksichtigt werden.

Die sieben Staatsstreiche, die die jungen afrikanischen Staaten in einem einzigen Jahr erschütterten, haben Anlaß zu Spekulationen über die Stabilität der tradierten Ordnung gegeben. Der KP-Chef Marokkos, Ali Yata, äußerte sich zu ihnen: „Durch die Militärputsche wurden sowohl fortschrittliche ... als auch solche Regimes gestürzt, die ihr Schicksal an das des Neokolonialismus geknüpft hatten. Die Putsche gingen sehr leicht vor sich: ... Eines der ernstesten und besorgniserregendsten Merkmale dieser Staatsstreiche ist die Tatsache, daß die Volksmassen sehr schwach darauf reagierten". Es handelte sich in der Regel um Auseinandersetzungen innerhalb der Oberschicht, verstärkt durch Stammesrivalitäten, genügte doch – außer im Kongo – meist eine Armee von rund tausend, in Nigeria und Ghana zehntausend Mann. Überlieferte hierarchische Ordnungen, wie die „navlô-Ränge", eine Art afrikanisches Kastensystem, Stammes- und Sippenzugehörigkeiten, sowie religiöse Bindungen vor allem wirksam. Die Volksmassen bestehen im tropischen Afrika mehr als in allen anderen Teilen der Dritten Welt gerade aus Bauern, da es außer dem Bergbau, der den kapitalistischen Welthandel zu 50 bis 90 Prozent mit billigem Chrom, Magnesium, Gold, Platin, Kobalt und Diamanten versorgt, keinerlei erwähnenswerte Industrie gibt. Die Klassenstruktur gleicht in den meisten afrikanischen Ländern der Guineas oder Senegals mit fünf Prozent Arbeitern, zehn Prozent Klein- und Mittelbourgeoisie und 85 Prozent Bauern. Diese jedoch vermochten nach Sékou Touré „der historischen Rolle, die ihnen als ausgebeuteter Klasse objektiv zukommt, nicht in vollem Maße gerecht zu werden ... Die Bauernschaft stellt eine heterogene Klasse von Kleineigentümern, Viehzüchtern und Landarbeitern dar, die sich ihre Existenz weitgehend außerhalb des Bereichs der Ware-Geld-Beziehungen sichern. Eigentümermentalität, Unterordnung unter die Natur statt ihrer Beherrschung, moralische und geistige Mystifikation – das alles schien den Bauern zur Passivität zu verurteilen. Es kam ihm praktisch nicht zum Bewußtsein, daß er ausgebeutet wird." Aus Stammesrevolten kann die Revolution einer Klasse werden, der in kaum einem dieser Staaten eine intakte Armee gegenüberstehen würde, sofern eine zahlenmäßig erstarkte Arbeiterschaft sich nicht – wie bislang oft – als gehobene Schicht gegenüber den Bauern fühlt, die wiederum erst ein Bewußtsein entwickeln müssen, das über den engen Rahmen von Naturabläufen, Stamm und Sippe hinausreicht. Wenn im Kongo und in Südafrika heute schon Kämpfe stattfinden, die einen Klassencharakter tragen, so sei auf den weit höheren Anteil an Arbeitern im Vergleich zu allen anderen afrikanischen Ländern verwiesen.

Nicht Militärputsche, auch dort reich an Zahl, sondern revolutionäre Bewegungen verdienen in einigen Ländern Südamerikas unsere Aufmerksamkeit: Kolumbien, Peru

Marburger Abhandlungen zur politischen Wissenschaft

Herausgegeben von Prof. Dr. W. Abendroth

Bd. 1 Werner Link
Geschichte des internationalen Jugendbundes (IJB) und des Internationalen sozialistischen Kampfbundes (ISK)
1964 – XIV, 384 S., brosch. 33,– DM

Bd. 2 Hanno Drechsler
Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)
1965 – XVI, 408 S., brosch, 35,– DM

Bd. 3 Hans-Gerd Schumann
Edmund Burkes Anschauungen vom Gleichgewicht in Staat und Staatssystem
1964 – XII, 232 S., brosch. 19,30 DM

Bd. 4 K. H. Tjaden
Struktur und Funktion der KPD-Opposition (KPO)
1964 – 592 S., brosch. 31,50 DM

Bd. 5 Franz Neumann
Der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)
1967 – ca. 400 S., brosch. ca. 40,– DM

Bd. 6 Reinhard Kühnl
Die nationalsozialistische Linke
1966 – XII, 380 S., brosch. 31,20 DM, geb. 35,20 DM

Bd. 7 Margarete Steinhauer
Die politische Soziologie Auguste Comtes
1966 – XII, 268 S., brosch. 19,– DM

Bd. 8 Vera Rüdiger
Die kommunalen Wahlvereinigungen in Hessen
1966 – XII, 198 S., brosch. 25,20 DM

Bd. 9 Ermenhild Neusüß-Hunkel
Parteien und Wahlen in Marburg nach 1945
1967 – ca. 200 S., brosch. ca. 22,– DM

Bd. 10 Arnheim Neusüß
Die Theorie des utopischen Bewußtseins und der freischwebenden Intelligenz in der Wissenssoziologie Karl Mannheims
1967 – ca. 340 S., brosch. ca. 39,– DM

VERLAG ANTON HAIN K.-G.
6554 Meisenheim am Glan

und Bolivien auf den Spuren Kubas. Noch ist im staatlichen Gefüge die Armee der einflußreichste Faktor, blicken ihre Diktatoren seit den spanischen Eroberungskriegen doch auf eine lange Tradition zurück. In der Wirtschaft teilen sich heimische Großgrundbesitzer und internationales Kapital Profite und Interessen. Letzteres bereichert sich insbesondere aus dem bolivianischen und peruanischen Bergbau. Die Hälfte bis zwei Drittel der Bevölkerung – indianischen Ursprungs in Peru und Bolivien – leben, ständig vom Hunger bedroht, als Bauern und Landarbeiter einer ungewissen Zukunft entgegen. Doch die Kraft zur Veränderung der Gesellschaft ist stärker als in anderen Teilen der Welt, besteht doch eine lange Tradition der Klassenkämpfe.

In Bolivien brachte das Jahr 1923 den Arbeitern der Zinngruben die ersten blutigen Zusammenstöße mit den Herrschenden. Der heutige Guerillakampf jedoch wäre ohne ihr Bündnis mit den Bauern nicht durchzuführen. Bauernaufstände prägen Perus Geschichte, und Bauern tragen heute die Hauptlast des Partisanenkampfes, der bald schon dem Krieg in Vietnam gleichen mag, mit dem er schon amerikanische Berater mit Vietnamerfahrung und Napalmbomben gemeinsam hat. Auch in Kolumbien haben sich Bauern gegen ihre Ausbeuter bewaffnet, geschult durch die Erfahrungen der „violencia" in den Jahren 1949–57.

Bewußt revoltieren die Mehrwert erzeugenden Klassen in Peru, Bolivien und Kolumbien gegen ihr Dasein mit dem Ziel, es zu verändern. Eine lange Periode von Revolten, deren Ergebnis die revolutionären Kämpfe sind, gebar dieses Bewußtsein. Noch stehen jedoch den Revolutionären einigermaßen intakte Armeen, von den USA mit Wissen und Waffen versorgt, gegenüber. Seit Monroes berühmter Erklärung aus dem Jahre 1823 betrachten die Vereinigten Staaten Lateinamerika als ausschließlich amerikanisches Interessengebiet. Sie allein, nicht die kapitalarmen Nachbarn, beuten seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts jenen Rohstoffreichtum aus, der heute mehr als die Hälfte des nordamerikanischen Bedarfs ausmacht. Haben sie seit 1846 auch mit Waffengewalt ihren Einflußbereich unaufhörlich erweitert, so verteidigen sie ihn mit der gleichen Gewalt gegen jene, die sich endlich den von ihnen erarbeiteten Reichtum selbst aneignen wollen, denn nirgendwo sonst in der Welt sind kapitalistische Interessen so ausschließlich nordamerikanische.
Dennoch ist militärische Intervention nicht das stärkste Hemmnis revolutionärer Entwicklungen, wie Vietnam und die Partisanenkriege Südamerikas zeigen. Wird die eigene Lage nicht bewußt, sind Stammesrivalitäten stärker als die Antagonismen der Klassen und wird schließlich – wie in Indien – jeglicher verändernde Impuls von den Massen negiert, sobald er an Traditionen und Tabus rührt, dann muß sozialen Veränderungen der Einbruch in Ideologien vorangehen, die ein stärkeres Bollwerk der Herrschenden sind als Armeen.

An ideologischen Rechtfertigungen hat es dem Imperialismus von jeher nicht gefehlt, hieß es doch schon 1855 im amerikanischen „Hunt's Merchants' Magazine": „So wie in der modernen Gesellschaft der Kapitalismus den Mittellosen beherrscht, werden unter den Nationen ebenfalls die Reichen die Dienste der Armen beanspruchen oder sie vernichten. Man sollte sich über die weltweite, unwiderrufliche Gültigkeit dieses Gesetzes nicht beklagen." Heute heißt Rechtfertigung Antikommunismus, seit vor einem halben Jahrhundert die theoretische Bedrohung tradierter Machtstrukturen praktische Gestalt annahm. Die Oktoberrevolution war nicht nur Fanal, sondern Garant weiterer Erfolge revolutionärer Erhebungen.

An die Bundesdelegiertenkonferenz des SDS

Slava Šestakovskij, stellvertretender Vorsitzender des Studentenrates der UdSSR, richtete im Namen seiner Delegation an die XXII. ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz des SDS folgende Begrüßungsworte:

Sehr geehrte Delegierte und Gäste der Konferenz! Genossen! Freunde!

Gestatten Sie uns, im Namen des Studentenrates der Sowjetunion, im Namen der acht Millionen sowjetischen Studenten und Komsomolzen, den Mitgliedern des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes eine Grußbotschaft zu überbringen.

Es ist uns bekannt, daß der SDS einen beachtlichen Beitrag leistet zum Kampf der progressiven Kräfte und der Jugend in der Bundesrepublik gegen die reaktionäre Politik der Bundesregierung, gegen die Notstandsgesetzgebung, diesen Angriff auf die demokratischen, politischen und wirtschaftlichen Rechte des Volkes, gegen die volksfeindliche, reaktionäre Politik des Monopolkapitals, aber auch für Demokratisierung der Hochschulpolitik, Demokratie und Sozialismus.

Der SDS versteht richtig einzuschätzen sowohl die politische Situation in Europa, als auch jene Gefahr, die durch das Bestehen des aggressiven NATO-Blocks hervorgerufen wird, als auch die Notwendigkeit, die Lage in Europa auf der Basis der Anerkennung der faktischen Existenz der zwei deutschen Staaten zu normalisieren unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die bestehenden Grenzen unantastbar sind.

Wir begrüßen die aktive Teilnahme der sozialistischen Studenten der Bundesrepublik an der Weltbewegung der Solidarität mit dem Heldenkampf des Volkes von Vietnam gegen die imperialistische Aggression der USA.

Der SDS trägt bei zur Legalisierung der KPD, dieser wahrhaftigen Vertreterin der Werktätigen der Bundesrepublik, der Kämpferin für die nationalen, demokratischen und Klasseninteressen des Volkes. Liebe Freunde!

Die sowjetischen Studenten – einer der kämpferischen Vortrupps der sozialistischen Revolution – nehmen aktiv teil am Aufbau des Kommunismus in unserem Lande. Ihre wichtigste Aufgabe ist es, die neuen und umfangreichen Kenntnisse zu beherrschen. Dafür gibt es im Lande des siegreichen Sozialismus alle Bedingungen. Wir haben zirka 760 Universitäten und Hochschulen und zirka 4000 Fachschulen. Die ganze Ausbildung bei uns ist unentgeltlich. Mehr als 70 Prozent aller Studenten bekommen monatlich ihr Stipendium. Das Ansteigen der staatlichen Ausgaben für die Ausbildung läßt jährlich die Zahl der Immatrikulierten um 40 000 bis 50 000 steigen.

Die sowjetischen Studenten verstehen in vollem Maße ihre Stellung und ihre Rolle im revolutionären Prozeß und nehmen unmittlebar an der revolutionären Umgestaltung unserer Gesellschaft teil. Sie festigen die Einheit und die Beziehungen mit den revolutionären Organisationen der Weltjugend. Treu den Idealen der Revolution und dem Erbe Lenins studieren die sowjetischen Studenten sehr aufmerksam die Theorie des Marxismus-Leninismus, die Gesellschaftswissenschaften, die Erfahrungen des Klassenkampfes, der Praxis des Aufbaus des Sozialismus und Kommunismus. Dieser Prozeß hat einen schöpferischen Charakter; und vor allem deswegen, weil unsere Studentenschaft organisch mit der Arbeiterklasse verbunden ist und aktiv am Aufbau des Kommunismus teilnimmt. Diese Teilnahme drückt sich aus in verschiedenen Formen. Mehr als 30 000 Studenten schickten ihre wissenschaftlichen Referate über verschiedene Probleme des wissenschaftlichen Kommunismus, der Parteigeschichte und der Philosophie in diesem Jahr zum Allunionswettbewerb über die Probleme der Gesellschaftswissenschaften. Die Studenten führen große Forschungsarbeit und praktische

Arbeit in den Betrieben durch. Zusammen mit den Werktätigen erfüllen sie die großen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus. Allein in diesem Sommer arbeiteten mehr als 200 000 Studenten an verschiedenen Bauten der Industrie und der Landwirtschaft, hauptsächlich im hohen Norden, in Kasachstan und im Fernen Osten. Die Ergebnisse ihrer Arbeit haben die Studenten dem 50. Jahrestag der Oktoberrevolution gewidmet. Ernste und tiefgreifende Studien des Marxismus-Leninismus, enge Verbindung mit der Praxis lassen die Studenten echte Revolutionäre und Kämpfer für den Kommunismus werden. Das hilft ihnen, sich richtig zu orientieren in den Fragen der revolutionären Entwicklung der gegenwärtigen Gesellschaft und des Klassenkampfes und sowohl die opportunistischen, als auch die pseudorevolutionären Theorien von links aufzudecken.

von der KPdSU von dem Lenin-Komsomol im Geiste des proletarischen Internationalismus erzogen. Nach den Traditionen der älteren Generationen der Sowjetmenschen, die gegen die Reaktion in Spanien im Bürgerkrieg kämpften, die in schwersten Kampf im zweiten Weltkrieg die Völker Europas vom Faschismus befreiten, nehmen die sowjetischen Studenten wie auch die ganze Sowjetjugend aktiv teil am Kampf gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus.

Die sowjetischen Studenten unterstützen aktiv die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten mit verschiedenen gesellschaftlichen Systemen. Wir verstehen sehr gut, daß die friedliche Koexistenz eine Form des Klassenkampfes darstellt, die eine Politik des Antikommunismus unter den heutigen Bedingungen hindert und die besseren Möglichkeiten schafft zur Beseitigung der Folgen des kalten Krieges, was eine Hilfe bedeutet für die praktische Tätigkeit der demokratischen und progressiven Kräfte im Kapitalismus. Gleichzeitig haben die Marxisten-Leninisten nie die Prinzipien der friedlichen Koexistenz ausgedehnt auf den Kampf der Völker um die nationale und soziale Befreiung, gegen den Imperialismus und Neokolonialismus.

Die studentischen Organisationen der Sowjetunion leisten vielfache Hilfe dem Heldenkampf des Volkes von Vietnam gegen die imperialistische Aggression der USA. Sowjetische Jugendorganisationen von Nord- und Südvietnam notwendige materielle Hilfe im Werte von vielen Millionen Rubeln. Die besten Vertreter der sowjetischen Jugend kämpfen unter Bomben und Geschossen Hand in Hand mit ihren vietnamesischen Brüdern für die Befreiung. Diese Hilfe wurde sehr hoch eingeschätzt von seiten der Jugendorganisationen der Demokratischen Republik Vietnam und der Befreiungsfront von Südvietnam.

Die Sowjetjugend und die sowjetischen Studenten sind solidarisch mit den Völkern der arabischen Länder in ihrem Kampf gegen die Aggression Israels, diesen Agenten des Imperialismus im Nahen Osten. Sie leisten der Jugend der arabischen Länder die notwendige moralische und materielle Hilfe.

Unsere Studentenschaft unterstützt völlig den Kampf der Völker und der Jugend der Entwicklungsländer gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus. Sie hilft mit praktischen Taten und persönlicher Teilnahme der Jugend der neuen, unabhängigen Staaten, ihre Wirtschaft und neue Kultur zu entwickeln.

Wir verstehen ganz gut, daß es unmöglich ist, den Imperialismus mit Hilfe nur der drohenden Phrasen und philologischen Verdammungen zusammenbrechen zu lassen, sondern daß es viel angebrachter wäre, im Kampf der Völker gegen den Imperialismus und Kolonialismus die Aktivitäten aller revolutionären und progressiven Kräfte der Welt in ein Flußbett einzulenken, damit sie vereinigt werden. Gerade deswegen ist die sowjetische Jugend einstimmig einverstanden mit der Politik der KPdSU und anderer Bruderparteien, die gerichtet sind auf die Festigung der Einheit der kommunistischen und Arbeiterbewegung, gegen die Spaltungspolitik, die die antiimperialistische Front schwächt zugunsten des Kapitalismus.

Wir sind dessen sicher, daß die Völker, die für den Sozialismus kämpfen, den vollen Sieg erreichen und zum Sozialismus übergehen werden, wobei sie vollkommen die Erfahrungen und die Unterstützung der sozialistischen Länder, der kommunistischen und der Arbeiterbewegung ausgenutzt und die Frage der Übergangswege zum Sozialismus auf Grund der Analyse der konkreten Bedingungen in jedem einzelnen Land gelöst haben und die schablonenhaften Kurpfuscherrezepte der nationalistischen Machtstreber und Neuerfinder der Revolutionen zur Seite geworfen haben.

Die sowjetischen Jugendlichen und Studenten leisten ihren Beitrag zur Festigung der Sicherheit in Europa und sind völlig einverstanden mit dem Kurs, der auf der Konferenz der europäischen kommunistischen und Arbeiterparteien in Karlovy Vary ausgearbeitet wurde, kritisieren aufs schärfste die Politik der militaristischen und revanchistischen Kreise der Bundesrepublik, die eintreten für die Revision der nach dem Potsdamer Abkommen entstandenen Grenzen.

Wir sind der Meinung, daß die deutsche Frage nur zu lösen ist auf Grund der Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten in Europa. Wir unterstützen und werden auch weiterhin unterstützen die DDR, den ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat, der eine immer größere Rolle spielt sowohl in Europa, als auch in der Welt.

Die sowjetischen Studenten unterstützen den Kampf der progressiven Jugendlichen und Studenten der Bundesrepublik gegen die berüchtigte Notstandsgesetzgebung, gegen das Wachstum der neonazistischen Kräfte in Westdeutschland, gegen die Zulassung der Bundeswehr zur Verfügung über atomare Waffen und gegen die Unterstützung der Regierung der „Bonner Großen Koalition" für den aggressiven Krieg des US-Imperialismus in Vietnam. Wir unterstützen den Kampf für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und für die Abschaffung dieses aggressiven Blockes überhaupt.

Die sowjetischen Studenten solidarisieren sich und unterstützen den Kampf der Völker, Jugendlichen und Studenten von Griechenland, Spanien und Portugal gegen die reaktionären faschistischen Diktaturen in ihren Ländern, für die Freilassung aller politischen Häftlinge, für Demokratie, Freiheit und tatsächliche nationale Unabhängigkeit.

Die studentischen Organisationen der Sowjetunion werden auch weiterhin die Tätigkeit der International Union of Students unterstützen, die gerichtet ist auf die Festigung der Aktivitäten der Sudenten der ganzen Welt im Kampf für die Interessen und die Rechte der Studenten, gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, für den Frieden und die Sicherheit aller Völker.

Von Jahr zu Jahr werden die Kontakte der sowjetischen Studenten mit den demokratischen Studentenorganisationen weiterentwickelt und ausgebaut. Auch die Kontakte mit dem SDS werden gefestigt. In diesem Jahr, in dem die Völker der Sowjetunion, die Jugendlichen und Studenten, zusammen mit allen unseren Freunden im Ausland den 50. Jahrestag der Oktoberrevolution feiern, sind die Tore unseres Landes besonders breit geöffnet für alle, die ein besonderes Interesse haben an den Leistungen des Sowjetvolkes beim Aufbau des Kommunismus, an der Theorie und der Praxis des Kommunismus in der Sowjetunion.

In diesem Zusammenhang sind wir tief befriedigt darüber, daß der SDS am internationalen Jugendtreffen in Leningrad teilgenommen hat, welches dem kommenden 50. Jahrestag der Oktoberrevolution gewidmet war. Wir hoffen, daß die freundschaftlichen Kontakte des Studentenrates der Sowjetunion mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund auch weiter ausgebaut werden.

Wir äußern nochmals den Wunsch, daß der SDS Erfolg hat bei der Ausarbeitung der Perspektiven, die die ideologische und organisatorische Stärkung seiner Organisation zur Folge haben.

Wir wünschen auch viel Erfolg in Ihrem Kampf für die Demokratisierung der Hochschulpolitik, für die Interessen und die Rechte der Studenten, für die Demokratisierung des innenpolitischen Lebens, gegen die Notstandsgesetzgebung, gegen die Machtherrschaft der Monopole, gegen die Aggression in Vietnam, für den Sozialismus.

Es lebe die Einheit aller progressiven Studenten der Welt!

Es lebe die Einheit der sozialistischen Ideen in der ganzen Welt!

Kritische Studien zur Philosophie

Herausgeber
Karl Heinz Haag,
Herbert Marcuse,
Oskar Negt und
Alfred Schmidt

Karl Heinz Haag
Philosophischer Idealismus
Untersuchungen zur Hegelschen Dialektik, mit Beispielen aus der Wissenschaft der Logik
68 Seiten · kartoniert 6,– DM

Kurt Jürgen Huch
Philosophiegeschichtliche Voraussetzungen der Heideggerschen Ontologie
72 Seiten · kartoniert 6,– DM

Heinrich Popitz
Der entfremdete Mensch
Zeitkritik und Geschichtsphilosophie des jungen Marx
154 Seiten · kartoniert 12,– DM

Politische Texte

Herausgeber
Wolfgang Abendroth,
Iring Fetscher und
Ossip K. Flechtheim

Ludwig Feuerbach
Anthropologischer Materialismus
Ausgewählte Schriften I und II
Herausgegeben und eingeleitet von Alfred Schmidt
je 248 Seiten
kartoniert je Band 12,– DM · Leinen je 18,– DM

Karl Korsch
Karl Marx
Erste Ausgabe des deutschen Originaltextes
Herausgegeben im Auftrag des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte v. Hans Gözt Langkau
XVI/280 Seiten · kartoniert 15,– DM · Leinen 22,– DM

Gustav Landauer
Aufruf zum Sozialismus
Herausgegeben und eingeleitet von
Heinz Joachim Heydorn
192 Seiten · kartoniert 12,– DM · Leinen 18,– DM

Franz Neumann
Demokratischer und autoritärer
Beiträge zur Soziologie der Politik
Herausgegeben und mit einem Vorwort von
Herbert Marcuse. Eingeleitet von Helge Pross
316 Seiten · kartoniert 18,– DM · Leinen 26,– DM

Europäische Verlagsanstalt

Revolution ohne Vermittlung

Vorwort

Die 22. ordentliche Delegiertenkonferenz hat inhaltlich eine Spaltung des SDS in 2 Lager aufgezeigt. „Anti-autoritäre" stehen „traditionalistischen Marxisten" gegenüber. Es ist eine taktische Überlegung, ob in einem sozialistischen Organ diese Spaltung festgestellt werden soll oder nicht. Die Reaktion der herrschenden Klasse ist entscheidendes Kriterium. Zwar freut sie sich über jede Spaltung der Linken. Sie begnügt sich aber oft schon damit oder zieht es sogar vor, wenn sich die Linke ohne Spaltung in eine Situation hineinlaviert, sich ein image schafft, das sie völlig jeglicher Massenwirkung beraubt, somit sich selbst zum Hofnarren der herrschenden Klasse degradiert. Wie noch zu begründen sein wird, geht der Verfasser davon aus, daß die „Anti-Autoritären" diesen erkämpften Platz im staatsmonopolistischen Herrschaftsapparat Westdeutschlands eingenommen haben. Aufgabe von ihm und denen, die in diesem Sinn auf der DK des SDS gestritten haben, ist es, die Fixierung des SDS, der noch Verband und noch sozialistischer Verband sich nennt, auf diese Position hin zu vermeiden. Er glaubt, daß die offene Auseinandersetzung mit allen verbandsdemokratischen Mitteln, wie sie Frank Deppe in seinem Schlußwort auf der DK angekündigt hat, dem SDS weit weniger schadet als die Identifikation mit der Linie, die in Anträgen und personellen Fragen den Sieg errungen hat. Der Artikel ist als – in vielen Punkten verkürzter – Auftakt von Beiträgen des marxistischen Flügels im SDS gedacht. Andere Ansätze finden sich schon in diesem Heft

Außerdem glauben wir durch den Abdruck von Schulungsprogrammen, kommentierten Bibliographien etc. einen entscheidenden Schritt im Kampf gegen die marxistisch kaum vorbelastete „anti-autoritäre" Tendenz, vor allem ihren unqualifizierten Anhang leisten zu können.

Die nächste Nummer von „facit" wird in erster Linie dieses Thema behandeln, so wie Lenin es uns in „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" (Bd. 7, 197–430) gelehrt hat. Wir wollen verhindern, daß auf uns einmal zutrifft, was Lenin in „Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie" (Bd. 4, 249, 251) beschrieben hat:

„In allen europäischen Ländern haben Sozialismus und Arbeiterbewegung anfänglich getrennt voneinander bestanden. Die Arbeiter führten den Kampf gegen die Kapitalisten, sie organisierten Streiks und Gewerkschaften, die Sozialisten aber standen abseits von der Arbeiterbewegung, sie schufen Lehren, die die bestehende kapitalistische, bürgerliche Gesellschaftsordnung kritisierten und die Ersetzung dieser Ordnung durch eine andere, höhere, durch die sozialistische Ordnung verlangten. Das getrennte Bestehen von Arbeiterbewegung und Sozialismus hatte zur Folge, daß beide schwach und unentwickelt waren: die nicht mit dem Kampf der Arbeiter verschmolzenen Lehren der Sozialisten blieben bloße Utopien, fromme Wünsche, die auf das wirkliche Leben keinen Einfluß hatten; die Arbeiterbewegung blieb im Kleinkram befangen, zersplittert . . ."

Daß man uns nicht allerorts mit offenen Armen empfängt, kann nur empfindliche Kleinbürger verschrecken. Wir aber müssen verbissen, die Dialektik des nächsten Schritts im strategischen Konzept, die Dialektik von Reform und Revolution nicht vergessend, arbeiten.

„Wunderbare, hinreißende, berauschende Losungen, denen der reale Boden fehlt – das ist das Wesen der revolutionären Prase." (Lenin, Über die revolutionäre Phrase, Bd. 27, 1) Wer dachte nicht an Lenins Worte aus der Debatte mit den Gegnern des Friedens von Brest-Litowsk, als er die Auftritte der „Anti-Autoritäten auf der DK erlebte, den Gen. Dutschke das Konzept der städtischen Guerillas für die Großstädte der hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten kühnen Schwungs entwerfen hörte – und sah? Wer spürte nicht diese in der Arbeiterbewegung seit ihrem Bestehen immer, vor allem zu scheinbar hoffnungslosen Zeiten wiederkehrende Krankheit, als er gerade den Bourgeois-Stuben entwachsene Genossen mit verblüffender Sicherheit Zensuren über die

Praxis der kommunistischen und Arbeiterparteien in der ganzen Welt generös verteilen erlebte? Wer erinnerte sich nicht, als er Hochmut und Nonchalance beobachten mußte bei Diskussionen, die das Verhältnis des SDS zu organisierten Teilen der Arbeiterbewegung, zu Gewerkschaften und KPD betrafen, als „unanalytisch", „banal", „rührend" klassenpolitische Vorstellungen bezeichnet wurden, Versuche, der drohenden Isolierung marxistischer Intelligenz durch nichtopportunistische Gewerkschaftsarbeit zu entgehen? Wer nicht? Nur die, die sie nicht gelesen hatten. Und das war die Mehrzahl der abstimmungsberechtigten Delegierten des SDS. Das Tabu Lenin, herrührend aus der rechtsopportunistischen sozialdemokratischen Phase des SDS, erweist sich als stark auch beim linksradikalen Gegenstück.[1]) Da marxistische Analyse weitgehend fehlte, wurde notwendigerweise der Wille zur Triebkraft der Entschlüsse, was nicht verhinderte, daß die Marxisten-Leninisten den Vorwurf des Voluntarismus zu hören bekamen. Welcher Sozialist will nicht den US-Imperialismus und seine Schleppenträger in Westeuropa unmittelbar an seinen Interventionen hindern? Wer will nicht Berufsrevolutionär sein, wer nicht die wirklichen Institutionen des westdeutschen Kapitalismus zerschlagen, sie erobern? Wer wünscht nicht Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften mit revolutionärer Strategie, wer nicht den baldigen globalen revolutionären Erfolg? Nur Willen, Wollen, Wunsch einiger Intellektueller, seit wann sind sie es, die verändern, sind sie es, die verändern können. Polizei, Militär, Justiz, politische und wirtschaftliche Machtelite contra Wille der revolutionären Intelligenz unterstützt durch „soziale Randgruppen" – wer bleibt der Sieger? Richter, die sich von Teufeln zu Narren halten lassen, sie können nicht als Maß für die Möglichkeiten der herrschenden Klasse zur Unterdrückung revolutionärer Alternativen genommen werden. Der 2. Juni war ein weitaus repräsentativerer Vorgeschmack. Wie will man diese Schlachten historisch gewinnen ohne Verankerung in größeren Teilen der Bevölkerung. Was bleibt zurück, wenn die Speerspitzen der sich gesamtgesellschaftlich revolutionär empfindenden Studentenbewegung abgebrochen werden, ohne daß für die Revolutionierung der Arbeiterklasse gearbeitet worden ist? Resignation. Was aber gerade fehlt, ist die „selbsttätige Masse". Oft von Dutschke in geschichtsklitternder Auseinandersetzung mit den KP's beschworen, untersucht er aber nicht seine Konzeption auf ihre Massen mobilisierende und zu proletarischem Handeln befähigende Wirkung. Da die historisch auf Emanzipation drängende Klasse, die Arbeiterklasse, integriert und verloren sei, stürzen sie sich auf die sozialen Randgruppen.

Die Frage nach der Revolution stellen ist identisch mit der Frage nach ihren objektiven Bedingungen und dem durchführenden Subjekt. „Erst dann, wenn die ‚Unterschichten' das Alte nicht mehr wollen und die ‚Oberschichten' in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen." (Lenin Bd. 31, S. 71) Wer sind die „Unterschichten", wann wollen sie nicht mehr, soll man noch die ins revolutionäre Kalkül einbeziehen, die sich anmaßen, im dritten Viertel des 20. Jahrhunderts auf ehemalige Privilegien der Herrschenden, auf Kühlschrank und Fortbewegungsmittel nicht zu verzichten? Die Arbeiterklasse – schon der Begriff löste bei Teilen der Delegierten Gelächter aus – soll es nicht sein. Sie, die zum erdrükkenden Teil die Gesellschaft darstellt, wenn von der Stellung zu den Produktionsmitteln ausgegangen wird. Doch den Inhalt der Gesellschaft bestimmt die Klasse – immer noch –, die sich den gesellschaftlich erarbeiteten Mehrwert aneignet. An diesem Verhältnis ändert sich solange nichts, solange privates wirtschaftliches Eigentum besteht. Die Macht der Eigentümer ist jedoch, nicht zuletzt durch die Große sozialistische Oktoberrevolution und ihre nationalen und internationalen Implikationen brüchig geworden. Die Konkurrenz veranlaßt, daß der konstante Kapitalanteil im Verhältnis zum variablen ständig erhöht werden muß, somit der Warenwert aber abnimmt, die Profitrate tendenziell fällt. Das auch dann, wenn einem die Kennzeichnung der Ordnung, in der dies geschieht, mit „staatsmonopolistischen Kapitalismus" zu fad ist und man statt dessen von „integralem Etatismus" spricht. So kündigte sich die gegenwärtige Krise bereits zu Beginn des vergangenen Jahres an, dadurch, daß die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmer zurückgingen. Es wurde und wird weniger investiert, dafür werden Arbeiter – nun auch verstaatlichter Betriebe wie der Bundesbahn – entlassen. Der Staat, bzw. die Handlungsgehilfen

der herrschenden Klasse übernehmen die Gegensteuerung: die Profite werden künstlich hochgehalten (Konzertierte Aktion, Steuergesetze, Investitionshilfen, Rüstung etc.). Das zwingt uns die Frage auf: was wird, wenn die Arbeiterschaft als organisierte, disziplinierte Kraft diese Aktionen nicht unterstützt? Was, wenn die revolutionäre Intelligenz nicht mit ihr kooperiert? So löst sich die Frage nach dem Subjekt historischer Veränderung im Kapitalismus auf. Das ist jedoch kein mechanischer Prozeß. Die Arbeiterklasse muß das Bewußtsein haben, nicht mehr mitmachen zu wollen. Zur objektiven Erfahrung dieser Konfliktsituation hinzukommen muß ihre Organisierung als Klasse. Das wiederum setzt theoretische Arbeit, setzt Agitation voraus. Wie soll das atomisierte, im sozialen Ghetto gehaltene proletarische Individuum unvermittelt diesen Erkenntnisakt vollziehen? Notwendig ist Vermittlung: Partei, Gewerkschaften als politisch-ökonomisches Kampfmittel, Kader, Streik als Schule des Klassenkampfes, revolutionäre Theorie, Agitation. Was, wenn die potentiellen Agitatoren (und sie keinesfalls allein) auf Enteignet-Springer-Gruppen als Adressat sich zurückziehen? Was, wenn sie sich und auch andere nicht schulen? Eine den „Anti-Autoritären" sicherlich nicht sympathische Forderung. In der Hochspannung „revolutionärer" Aktionen, Go-ins ins Schöneberger Rathaus wird niemand nach Schulung rufen.[2])

Zum großen Teil sind Fragen in dem Artikel gestellt. Viele beantworten sich selbst, viele weisen das Programm der Marxisten-Leninisten. Auf jede wird eingegangen werden. Denn der Kampf gegen die den Sozialismus in der Arbeiterbewegung diskriminierende und den SDS isolierende revolutionäre Phase muß geführt werden. Wir müssen verhindern, daß der SDS aufhört sozialistisch zu sein. Der SDS muß endlich nach seiner langen rechtsopportunistischen Phase zur Nachwuchsorganisation für marxistische Intellektuelle werden, die revolutionäre Theorie im Hinblick auf ihre Nutzbarkeit für revolutionäre Praxis mit der Arbeiterklasse in denen auf sie zukommenden Aktionen der nächsten Monate und Jahre betreiben.

Herbert Lederer

---

1) Das Verhältnis von Rechtsopportunismus und linkem Sektierertum wird in der nächsten Nummer gesondert behandelt.

2) Typisch ist, daß unter Führung der linkssektiererischen Fischer-Maslow-Gruppe der Weimarer KPD die Schulung der Partei völlig vernachlässigt worden war.

Dokumente

Fünfzig Jahre
Große Sozialistische Oktoberrevolution

Thesen des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion

Die Thesen des ZK der KPdSU zur Oktoberrevolution entnahmen wir auszugsweise der Beilage der Zeitschrift „Sowjetunion heute" (Herausgegeben von der Presseabteilung der Botschaft der UdSSR, Redaktion: 5 Köln-Lindenthal, Kroneburger Str. 1) vom 16. Juli 1967.

Wir danken der Redaktion von „Sowjetunion heute" für die freundliche Genehmigung zum Nachdruck.

Die Redaktion

I. Der historische Kampf- und Schaffensweg.

Der vollständige und endgültige Sieg des Sozialismus in der UdSSR als ein Ergebnis von weltgeschichtlicher Bedeutung

1. Am 7. November (25. Oktober) 1917 sieg in Rußland als Ergebnis des bewaffneten Aufstandes der Arbeiter und Bauern, der Soldaten und Matrosen, an deren Spitze die bolschewistische Partei stand, unter der Führung des großen Lenin die sozialistische Revolution.

Die Werktätigen stürzten die Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten, zerschmetterten die Ausbeuterordnung. Die Macht übernahm die Arbeiterklasse im Bunde mit der werktätigen Bauernschaft. Die Revolution errichtete die Diktatur des Proletariats und schuf einen Staat von neuem Typus, die sozialistische Sowjetrepublik, und eine Demokratie von neuem Typus, die Demokratie für die Werktätigen. Damit war die erste und wichtigste politische Bedingung für die Umgestaltung von Wirtschaft und Kultur, für die Erreichung des großen Zieles der Arbeiterklasse, des Sozialismus und Kommunismus, geschaffen.

Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist ein gesetzmäßiger Prozeß, ein notwendiges Ergebnis der gesellschaftlichen Entwicklung. Anfang des 20. Jahrhunderts hatten sich in Rußland die objektiven Bedingungen und subjektiven Voraussetzungen einer siegreichen sozialistischen Revolution ergeben. Es wurde zum Mittelpunkt der revolutionären Weltbewegung.

Obwohl Rußland vornehmlich ein Agrarland geblieben war, entwickelte sich der Kapitalismus in ihm rasch, und die industrielle Produktion erreichte einen hohen Konzentrationsgrad. Im Lande formierte sich eine Arbeiterklasse, deren Kern das Industrieproletariat war. Die schonungslose Ausbeutung der Arbeiter, der Landmangel und das Elend der Bauern, die politische Entrechtung des Volkes, die Unterjochung der nationalen Minderheiten, die feudal-fronherrlichen und patriarchalischen Überbleibsel, die Abhängigkeit

vom internationalen Kapital, all das machte Rußland zum Mittelpunkt der sozialen und nationalen Unterdrückung, zum Knotenpunkt der Widersprüche des gesamten Systems des Imperialismus und zum schwächsten Kettenglied in diesem System. Die Revolution 1905–1907 hatte die Grundpfeiler des zaristischen Absolutismus erschüttert, sie war der Prolog der revolutionären Kämpfe der Arbeiterklasse und der Bauernschaft im Jahre 1917.

Eine besondere Schärfe nahmen die sozialökonomischen und politischen Widersprüche in Rußland unter den Verhältnissen des ersten Weltkriegs an, der die Wirtschaft des Landes zerrüttete und den Arbeitern und Bauern unvorstellbare Leiden bereitete. Die Februarrevolution 1917 fegte die zaristische Selbstherrschaft hinweg, aber die Bourgeoisie, die an die Macht gekommen war, wollte und konnte die dringlichsten Bedürfnisse der Arbeiter und Bauern nicht befriedigen. Lediglich die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat konnte die Lösung der gesellschaftlichen Grundprobleme sichern. Die Lebensinteressen der werktätigen Massen und ihre tiefe Besorgnis um die Geschicke des Landes drängten sie gebieterisch dazu, revolutionäre Änderungen durchzuführen. Die sozialistische Revolution war zu einer unmittelbaren Aufgabe der Praxis geworden.

Den Weg zum Sieg der proletarischen Revolution hatte die Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus gewiesen. Die Führer des Weltproletariats, Karl Marx, Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Lenin, hatten eine tiefschürfende Analyse der Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung geliefert, hatten die akutesten Widersprüche des Kapitalismus aufgedeckt und nachgewiesen, daß er durch die sozialistische Revolution unweigerlich untergehen werde. Sie hatten gezeigt, daß die Arbeiterklasse durch die Geschichte selbst dazu berufen ist, unter Führung ihrer revolutionären Partei im engen Bündnis mit den nichtproletarischen Massen der Werktätigen den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu errichten.

Die Oktoberrevolution war ihrem Inhalt nach proletarisch und zugleich eine Volksrevolution im wahrsten Sinne des Wortes. Der wesentlichste und wichtigste Ausdruck des Volkscharakters der Oktoberrevolution war das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, war der gemeinsame Kampf und die brüderliche Zusammenarbeit der Werktätigen aller Nationen gegen die Unterdrücker. Die Partei der Bolschewiki, die sich auf das Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft stützte, vermochte es, die verschiedenen revolutionären Ströme zusammenzufassen und einem Ziele zuzulenken. Diese Ströme waren die sozialistische Bewegung der Arbeiterklasse für den Sturz der Bourgoisie, der revolutionäre Kampf der Bauernschaft gegen die Gutsherren, die nationale Befreiungsbewegung für die Gleichberechtigung der Völker und die Forderung des ganzen Volkes nach Frieden und Einstellung des imperialistischen Krieges.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution erschütterte die Welt des Kapitalismus bis in die Grundfesten. Die Welt spaltete sich in zwei Systeme, das sozialistische und das kapitalistische. Der Sowjetstaat begann, in den Beziehungen zwischen den Völkern und den Ländern neue Grundsätze zur Geltung zu bringen. Aber der Verwirklichung der Schaffenspläne des sozialistischen Rußland stellte sich der Klassenfeind entgegen, der versuchte, den jungen Sowjetstaat zu vernichten. Organisator des bewaffneten Kampfes gegen die Sowjetrepublik war der internationale Imperialismus. Bestrebt, die Revolution in unserem Lande abzuwürgen, vereinigten sich die Imperialisten Deutschlands, Englands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika, Japans und anderer Staaten. Die imperialistische Intervention und die Offensive der weißgardistischen Heerscharen verschmolzen mit konterrevolutionären Meutereien und Verschwörungen der Sozialrevolutionäre, der Menschewiki und der Überreste der bürgerlichen Parteien. Die gestürzten Ausbeuterklassen und der Weltimperialismus kämpften erbittert gegen die aufkommende neue Gesellschaftsordnung. Aber ihre Angriffe wurden zurückgeschlagen, und die Sache der Revolution siegte.

Es war den Imperialisten nicht gelungen, die Sowjetrepublik mit militärischer Gewalt zu vernichten, aber sie hatten unser Land dermaßen verheert, daß sie, wie Lenin sagte, „ihre Aufgaben halb gelöst" hatten. Wir mußten den friedlichen Aufbau bei einem ganz niedrigen Stand beginnen, zu einer Zeit, als der Ausstoß der

Großindustrie auf nur ein Siebentel, die Stahlerzeugung sogar unter fünf Prozent ihres Vorkriegsstandes gesunken war. Das schuf gewaltige Schwierigkeiten für den Übergang zum sozialistischen Aufbau. Die Sowjetunion entwickelte sich in einer komplizierten internationalen Situation, angesichts der ständigen Gefahr einer imperialistischen Aggression. Diese Gefahr verstärkte sich besonders, nachdem in Deutschland der Faschismus, die skrupellose terroristische und chauvinistische Diktatur der reaktionärsten und aggressivsten Kräfte des Imperialismus, die Macht ergriffen hatte. Der Faschismus festigte sich und vermochte es, Deutschland mit Hilfe amerikanischer und englischer Monopole, die in ihm einen Rammbock des Antikommunismus sahen, aufzurüsten.

Der deutsche Imperialismus setzte sich das Ziel, den ersten sozialistischen Staat der Welt zu vernichten, Millionen Menschen auszurotten, die Völker der Sowjetunion und vieler anderer Länder zu versklaven.

Das Sowjetland war in tödlicher Gefahr. Das Sowjetvolk mußte im Krieg gewaltige Opfer bringen und Zerstörungen erleiden. Über 20 Millionen fielen auf den Schlachtfeldern, wurden unter den Ruinen der Städte und Dörfer begraben, von den faschistischen Banditen erschossen, in den Konzentrationslagern Hitlers zu Tode gemartert. Man findet kaum eine Familie, die im Kriege nicht den Schmerz des Verlustes von Verwandten und von Freunden erlebt hätte. Die Trauer um die Kriegsopfer ist unermeßlich. Der Krieg fügte uns riesigen Schaden zu. Die Faschisten legten mehr als 70 000 unserer Städte, Ortschaften und Dörfer in Schutt und Asche. Das Land büßte rund 30 Prozent seines Nationalreichtums ein. Die Geschichte kennt keinen Fall von Massenbarbarei und Unmenschlichkeit, der sich mit dem messen könnte, was die faschistische Besatzung auf unserem Boden angerichtet hat.

Die sowjetische Industrie entwickelte sich trotz der Verluste aus der Kriegszeit in einem gleichbleibend hohen Tempo. Die Produktion der wichtigsten industriellen Erzeugnisse nahm von 1940 bis 1960 wie folgt zu: bei Stahl von 18,3 Millionen auf 65 Millionen Tonnen, bei Erdöl von von 31,1 Millionen Tonnen auf 148 Millionen Tonnen, bei Gas von 3,4 Milliarden Kubikmeter auf 47 Milliarden Kubikmeter, bei elektrischem Strom von 48,3 Milliarden Kilowattstanden auf 292 Milliarden Kilowattstunden. In der Struktur der Produktion hatten sich tiefgreifende Änderungen vollzogen. Beschleunigt entwickelten sich so führende Zweige wie die Energiewirtschaft, der Maschinenbau, die chemische Industrie, die Eisen- und Nichteisenmetallurgie, die Baustoffindustrie und so neue Zweige wie die Elektronik, die Radioelektronik und die Atomindustrie. Viele Produktionszweige wurden durchgehend mechanisiert und automatisiert. Auf der Grundlage des technischen Fortschritts nahm die Arbeitsproduktivität ununterbrochen zu. Es wurden immer mehr Nahrungsmittel, Stoffe, Schuhe sowie langlebige Gebrauchsgüter produziert Die Entwicklungsbedingungen der sowjetischen Gesellschaft in der Nachkriegszeit stellten die Kommunistische Partei vor komplizierte und verantwortliche Aufgaben. Das Leben hatte die Richtigkeit des politischen Kurses der Partei bestätigt und gezeigt, daß sie dazu fähig war, die Erfahrungen der Massen theoretisch zu verallgemeinern, richtige politische Losungen auszugeben, begangene Fehler aufzudekken und sie zu korrigieren.

Im Sinne ihres Kurses auf Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie hat die Partei auf ihrem 20. Parteitag den Kult um die Person Stalins entschieden verurteilt, der darin zum Ausdruck kam, daß die Rolle eines Menschen verherrlicht wurde, daß man vom Leninschen Prinzip der kollektiven Leitung abwich und unserer Gesellschaft durch unbegründete Repressalien sowie durch andere Verstöße gegen die sozialistische Gesetzlichkeit Schaden zufügte.

Diese Entstellungen haben, wenn sie auch sehr ernst waren, das Wesen der sozialistischen Gesellschaft nicht verändert, die Grundpfeiler des Sozialismus nicht erschüttert.

Die Partei ergriff Maßnahmen zur Überwindung der Folgen des Personenkultes auf allen Gebieten der Partei-, Staats- und idiologischen Arbeit, zur Wahrung der Leninschen Normen und Prinzipien des Parteilebens.

Die historische Bedeutung des Aufbaus des Sozialismus in der UdSSR besteht auch darin, daß unsere Erfahrungen die Behauptung widerlegt haben, wonach die

Arbeiterklasse, die Werktätigen unfähig seien, die Macht über eine gewisse Zeitspanne zu behalten und eine neue Gesellschaft aufzubauen. Lange Zeit hindurch stand das Sowjetvolk im Grunde genommen dem Weltimperialismus allein gegenüber und trug die Hauptlast des Kampfes gegen die vereinten Kräfte der Weltreaktion. Das Land stand vor der Wahl: entweder den Lebensstandard der Menschen bewußt einschränken und durch heldenhafte Bemühungen in kürzester Frist eine starke Wirtschaft aufzubauen und seine Verteidigungsfähigkeit zu stärken, oder sich von den vereinten Kräften der Reaktion zermalmen zu lassen. Um dem Ansturm des Imperialismus standzuhalten, eine neue Gesellschaft aufzubauen und die Errungenschaften des Sozialismus zu verteidigen, wurde das revolutionäre Volk zum Soldaten, zum politischen Kämpfer, zu einem opferbereiten Werkmann. Dieses Volk hat in einem beispiellos schweren Kampf standgehalten, ein mächtiges wirtschaftliches, militärisches, politisches und geistiges Potential hervorgebracht, das als zuverlässiges Bollwerk des Sozialismus auf der Erde dient.

II. Der Aufbau des Kommunismus ist die Fortsetzung und die Entwicklung des großen Werks der Oktoberrevolution

Einer der entscheidenden Erfolge und Vorzüge des Sozialismus besteht in dem gleichbleibend hohen Entwicklungstempo der Wirtschaft. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Industrieproduktion von 1929 bis 1966 betrug in der UdSSR 11,1 Prozent, in den USA dagegen 4,0, in England und Frankreich 2,5 Prozent. Das hohe Tempo der Industrialisierung ermöglichte unserem Land einen kolossalen industriellen Aufschwung. Im Jahre 1966 produzierte unsere Industrie 66mal soviel wie 1913, darunter der Maschinenbau und die Metallbearbeitung 538mal, die chemische Industrie 294mal, die Stahlindustrie 22,5mal, die Zementwerke 45mal, die Leichtindustrie 16,2mal, die Nahrungsmittelindustrie 12,8mal soviel, die Energiewirtschaft erzeugte 27mal soviel Strom, während der Güterumschlag aller Verkehrsarten 23,1mal soviel ausmachte.

Obwohl rund 20 Jahre durch die Abwehr von Aggressionen und die darauffolgende Wiederherstellung der Volkswirtschaft in Anspruch genommen wurden, hat sich die Sowjetunion in ein Land des entwickelten Maschinenbaus und der Energiewirtschaft, der modernen Hütten- und Treibstoffindustrie, chemischen und elektronischen Industrie verwandelt.

III. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und der weltumspannende revolutionäre Prozeß

Die Oktoberrevolution war der Beginn des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus in der ganzen Welt. Während des vergangenen halben Jahrhunderts entwickelte sich der weltumspannende revolutionäre Prozeß unaufhaltsam, wobei er immer neue Länder und Völker einbezog. Diese Entwicklung vollzog sich im Kampfe gegen den Imperialismus, der den Kräften der Revolution hartnäckigen Widerstand leistet und an manchen Abschnitten zur Gegenoffensive übergeht. Die revolutionäre Weltbewegung begegnet auch inneren Schwierigkeiten, die mit ihrem rapiden Wachstum sowie mit der Heterogenität der am antiimperialistischen Kampf teilnehmenden sozialen Kräfte zusammenhängen. Die Haupttendenz der durch die Oktoberrevolution bedingten geschichtlichen Entwicklung der Menschheit hat sich jedoch durchgesetzt: Ihr Hauptinhalt, ihre Hauptrichtung und ihre Hauptmerkmale werden heute durch das sozialistische Weltsystem bestimmt, durch die Kräfte, die gegen den Imperialismus, für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen. Jetzt ist bereits am Beispiel vieler Völker bewiesen, daß dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus eine Anzahl allgemeiner Gesetzmäßigkeiten eigen sind, die erstmals im Zuge der sozialistischen Umgestaltung in der UdSSR aufgetreten sind. Bestätigt hat sich ferner, daß jedes Volk die Formen und Mittel dieses Übergangs durch viel Neues bereichert. Der Weg, den die sozialistischen Länder zurückgelegt haben, bereicherte und konkretisierte die Auffassung von den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten wie auch von den verschiedenen Formen und Methoden des sozialistischen Aufbaus.

Innerhalb einer kurzen Zeit verwandelten sich die sozialistischen Länder, die einst eine unterentwickelte Wirtschaft besaßen, in hochentwickelte Staaten, in denen das Lebensniveau der Werktätigen erheblich gewachsen ist und sich Wissenschaft und Kultur rapide entwickelt haben.

Die erfolgreiche Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft, insbesondere auf Grund der einschneidenden Wandlungen, die im Gefolge der wissenschaftlich-technischen Revolution eintreten, setzt eine ständige Vervollkommnung der Wirtschaftsmethoden und der ökonomischen Lenkung, den Ausbau der wissenschaftlichen Grundlagen der Planung, die Intensivierung der wirtschaftlichen Rechnungsführung sowie die moralische und materielle Interessiertheit der Werktätigen an der Entwicklung der Produktion voraus. Die Wirtschaftsreformen, die heute in vielen Ländern des Sozialismus durchgeführt werden, sollen den Effekt der gesellschaftlichen Produktion steigern, Reserven der sozialistischen Wirtschaft in Aktion setzen und im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus die Voraussetzungen neuer Erfolge des Sozialismus schaffen.

Das große Ziel des Sowjetvolkes – der Aufbau des Kommunismus – ist zugleich auch sein internationales Hauptanliegen. Dank der heroischen Arbeit der Sowjetmenschen ist unser Land in eine unerschütterliche Bastion des Sozialismus verwandelt worden, wächst sein Einfluß in der ganzen Welt. Die Schaffung der neuen Gesellschaftsordnung sowie ihre ständig wachsende Wirtschafts- und Verteidigungsmacht gehören zu den entscheidenden Voraussetzungen einer weiteren Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Weltarena zum Nachteil des Imperialismus und der Reaktion, sie festigen die materiellen, politischen und idiologischen Voraussetzungen für den Sieg der sozialistischen Revolution im Weltmaßstab.

Die Hauptaufgabe der sowjetischen Außenpolitik besteht darin, günstige Bedingungen für den Aufbau des Kommunismus zu sichern. Die Kommunistische Partei und der Sowjetstaat tun alles, um die Einheit und Geschlossenheit der sozialistischen Länder zu festigen, den Kampf der Völker für nationale und soziale Befreiung zu unterstützen, die Zusammenarbeit mit den unabhängigen jungen Staaten zu entwickeln, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener sozialer Ordnung konsequent zu verwirklichen und die Menschheit vor einem thermonuklearen Weltkrieg zu bewahren. Diese Ziele entsprechen voll und ganz den Interessen aller revolutionären und demokratischen Kräfte aller Völker.

Materialien zur Demokratisierung der Hochschulen

Inhalt: **I. Entwicklung der Hochschulen seit 1945:** Jürgen Habermas, Vom sozialen Wandel akademischer Bildung; Klaus Meschkat, Auf Sand gebaut? – Gedanken zur neuen Universität; André Gorz, Studium und Facharbeit heute; Elmar Altvater, Zum Verhältnis von ökonomischer Entwicklung und Bildungspolitik. **II. Anpassung der Universität: Die Wissenschaftsratsempfehlungen zur Studienreform:** Jürgen Habermas, Zwangsjacke für die Studienreform; Stephan Leibfried, Universität und Formierung; Friedhelm Nyssen, Die gesellschaftspolitischen Implikationen der geplanten „Neuordnung des Studiums"; Wissenschaftslose Praxis und praxislose Wissenschaft (Stellungnahme der Beratungskommission für Fragen der Studienreform der Freien Universität Berlin). **III. Arbeit, Angst und Aufstand der Studierenden:** Jutta Menschik, Am Existenzminimum . . .; Reiner Geulen/Gerhard Stuby/Stephan Leibfried, Im Räderwerk – Zum Disziplinarrecht; Materialien zum Disziplinarrecht; Reiner Geulen/Hubert Bacia, Arbeit und Angst im Leistungsbetrieb; Lothar Hack, Am Beispiel Berkeley: Rigider Funktionalismus und neue Unmittelbarkeit; Wolfgang Lefèvre/Walter Weller, Der „berlinische Unwille": Zur Geschichte der FU-Studentenrebellion. **IV. Hochschulkritik als Emanzipation: Vom Konsumenten zum Rezensenten:** Wolfgang Nitsch, Vorlesungsrezensionen als Hochschulkritik (mit zwei Exkursen: Peter Müller, Begründung von Prüfungsrezensionen; Wulf Hopf, Schlimmstenfalls trivial – Rezensionskritik); Zwei Rezensionen als exemplarische Beispiele. **V. Neue Modelle der Studienfinanzierung: Studienhonorar und solidarische Eigenbeteiligung:** Wolfgang Nitsch/Uta Gerhardt/Claus Offe/Ulrich K. Preuß, Das Studienhonorar – Förderung und Eigenbeteiligung. **VI. Die Hochschule im Prozeß der Demokratisierung:** Wolfgang Nitsch, Thesen zur Demokratisierung der Studienreform; Knut Nevermann, Studienreform als politische Bildung (Rede des 1. AStA-Vorsitzenden der Freien Universität auf der öffentlichen Immatrikulation am 19. 11. 1966); Anregungen zu einem Dringlichkeitsprogramm (verfaßt von den Mitgliedern der Kommission der VDS zur Neugründung von wissenschaftlichen Hochschulen); Jeder Reformschritt als Experiment (9 Thesen des AStA der Freien Universität zur Studienreform); Was will der AStA: Organisationsmodell einer demokratischen Universität. **VII. Von der Hochschul- zur Gesellschaftspolitik:** Demokratische Freiheit in allen gesellschaftlichen Bereichen" (Resolution, verabschiedet von der versammelten Studentenschaft der Freien Universität auf dem Sit-in am 22./23. 6. 1966); Universität und Völkermord: interesseloser Lieferant oder aufgeklärte Wissenschaft (Vietnambeschluß des Konvents der Freien Universität vom 26. 5. 1967); Warum nicht nur studieren (Stellungnahme des AStA der Freien Universität im „Tagesspiegel" vom 5. 7. 1967); Was ist die kritische Universität? (Einführung zum provisorischen Verzeichnis der Studienveranstaltungen der kritischen Universität für das Wintersemester 1967/68); Wolfgang Nitsch, Argumente für eine kritische Universität; Ulrich K. Preuß/Stephan Leibfried, Wissenschaft als gesellschaftliche Praxis im Interesse der Emanzipation – Thesen zum politischen Mandat; Ulrich K. Preuß, Wissenschaftliche Lernfreiheit und studentische Selbstorganisation; Wolfgang Lefèvre/Walter Weller, Der 2. Juni und die Folgen – Zur Strategaie einer außerparlamentarischen Opposition.

ca. 390 Seiten, glanzkartoniert ca. DM 5,90 Auslieferung voraussichtlich Dezember 1967

prv Pahl-Rugenstein Verlag · Köln · Barbarossaplatz 2

Student und Politik

Da oppositionelle Bewegungen und Aktionen der deutschen Studenten in letzter Zeit größere Resonanz in Presse und Öffentlichkeit gefunden haben, soll an dieser Stelle gezeigt werden, daß auch überall in anderen Ländern Teile der Studentenschaft zu den fortschrittlichsten Kräften zu zählen sind. Gleichzeitig soll daran erinnert werden, daß die oppositionelle Studentenbewegung in Berlin und in der Bundesrepublik noch lange nicht das nötige Ausmaß erreicht hat.

Madrid

Der Staatsanwalt des Madrider Sondertribunals für öffentliche Ordnung forderte Freiheitsstrafen von je drei Monaten für elf Studenten der Universität Barcelona, denen die Bildung verbotener Vereinigungen vorgeworfen wird. Die Angeklagten hatten sich im April vorigen Jahres als Delegierte der verschiedenen Fakultäten im „Demokratischen Studentensyndikat" aufstellen lassen, das von den Behörden als illegal betrachtet wird. Der Allgemeine Studentenausschuß der Frankfurter Universität (AStA) hat einen Brief an das spanische Justiz- und Erziehungsministerium veröffentlicht. Der AStA protestiert darin gegen den Prozeß und schreibt: „Diese Studenten sind Mitglieder des Sindicato Democratico de Estudiantes (SDE), des einzigen Studentenverbandes in Spanien, den wir als demokratische Organisation anerkennen können."
(Frankfurter Rundschau 1. 6. 67)

Seoul

In der südkoreanischen Hauptstadt setzten Studenten und Schüler ihre regierungsfeindlichen Demonstrationen fort. Etwa 7000 Demonstranten forderten, wie seit dem 8. Juni immer wieder, Ausschreibungen von Neuwahlen zur Nationalversammlung, weil die Wahlen vom 8. Juni von der Regierungspartei manipuliert worden seien. Die Polizei setzte Tränengas ein, um die Demonstranten zu zerstreuen. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. Die jüngsten Parlamentswahlen hatten die Mehrheit der Demokratisch-Republikanischen Partei des Staatspräsidenten Park Chung Hee verstärkt. Er hatte später zugegeben, daß „Unregelmäßigkeiten" vorgekommen seien, und Bestrafung der Verantwortlichen angekündigt.
(Frankfurter Rundschau 5. 7. 67)

Salisbury

Mit Hunden ging die Polizei in der rhodesischen Hauptstadt Salisbury am Freitag gegen etwa 200 Studenten vor, die vor dem Parlamentsgebäude gegen eine Verfügung der Regierung Ian Smith protestierten. Mindestens sieben Studenten, darunter ein weißes Mädchen, wurden in Polizeiwagen abtransportiert. Die Demonstranten, Weiße, Afrikaner und Asiaten, protestierten dagegen, daß ihr Studentenführer Mike Holman auf Grund einer Verordnung die Stadt Gwelo, etwa 320 km von Salisbury entfernt, nicht mehr verlassen darf. Der Student muß sich wegen eines in der Universitätszeitschrift veröffentlichten Gedichtes vor einem Gericht verantworten. – Die Studenten, darunter etwa ein Drittel Weiße, trugen Plakate mit der Aufschrift „Nieder mit dem Faschismus" und „Terrorherrschaft in Rhodesien".
(UPI 12. 8. 67)

Kolumbien

Bei Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizei sind am Dienstagabend (Ortszeit) in der nordkolumbianischen Stadt Qubdo drei Menschen ums Leben gekom-

men und 27 verletzt worden. Die Unruhen entwickelten sich aus einer Demonstration, mit der Studenten zur Fortsetzung eines abgebrochenen „Bürgerstreiks" aufrufen wollten. Bei dem Streik war es um die Forderung an die Regierung gegangen, der von 50 000 Menschen – in der Mehrzahl Neger – bewohnten Stadt bei der Beseitigung der Folgen einer Feuersbrunst zu helfen.
(Reuter 23. 8. 67)

Australien

Zu schweren Schlägereien kam es am Freitag in der ostaustralischen Landeshauptstadt Brisbane zwischen Hunderten von Studenten und etwa 250 Polizisten. Etwa 3500 Studenten hatten gegen die von der Landesregierung erlassene Verfügung protestiert, wonach öffentliche Demonstrationen und Versammlungen nur mit Erlaubnis der Polizei stattfinden dürften. Als sich die Demonstranten weigerten, den Protestmarsch abzubrechen, schlugen die Polizisten nach Augenzeugenberichten auf sie ein. 141 Studenten wurden verhaftet. Einige Studentinnen sollen an den Haaren in bereitstehende Polizeiwagen gezerrt worden sein. Das Vorgehen der Polizisten wurde von einer erregten Menschenmenge mit Rufen wie „Nazis" und „Polizeistaat" kommentiert. Später zogen etwa 2000 Studenten vor das Parlamentsgebäude in Brisbane, wo ihr Sprecher gegen das Vorgehen der Polizisten Beschwerde einlegte.
(DPA 9. 9. 67)

Tokio

Japanische Polizei ging am Donnerstagmorgen auf dem Universitätsgelände von Tokio gegen rund 1000 Studenten vor, die in einem Konferenzraum den Rektor und 7 andere Professoren zehn Stunden lang gefangengehalten hatten. Rektor Watanabe war nach seiner Befreiung so erschöpft, daß er in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Bei dem Kampf der 500 Polizisten gegen die Studenten, der mit Fäusten, Stöcken und Steinen ausgetragen wurde, gab es auf beiden Seiten Verletzte. 272 Studenten wurden festgenommen. Die Professoren waren von linksgerichteten Studenten zu einer Versammlung geladen worden, auf der gegen die Bestrafung von Kommilitonen protestiert wurde, die im Juni an Demonstrationen gegen eine Reform der Studentenselbstverwaltung beteiligt gewesen waren. Anschließend wurden die Professoren eingeschlossen.
(Frankfurter Rundschau 15. 9. 67)

Rudolf Ohters

sh **sozialistische hefte**

Die Monatszeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
informativ — kritisch — unabhängig

sozialistische hefte

„ informieren über aktuelle Ereignisse der sozialistischen Bewegung
„ analysieren unsere Gesellschaft, die Politik der Parteien und die Grundtendenzen unserer Zeit
„ kommentieren alle Probleme vom Standpunkt des Marxismus

Heft 9/1967 enthält u. a.:

- Arme Länder werden immer ärmer
- Der Krieg in Vietnam
- Das neue ökonomische System der DDR
- Die zweite US-Invasion
- Sicherheit für Europa

sozialistische hefte brachten u. a. Beiträge von Dr. Walther Ammann (Heidelberg), Lelio Basso (Mailand), Giuseppe Bonazzi (Mailand), Dr. Wilfried Daim (Wien), Michael Foot M. P. (Ebbw Vale), Dr. Gerhard Gleissberg (Hamburg), Josef Hindels (Wien), Hugh Jenkins M. P. (London), Lorenz Knorr (Frankfurt a. M.), Dr. Wladimir Kudrow (Moskau), Prof. Lucio Lombardo-Radice (Rom), Ernest Mandel (Brüssel), Karl A. Otto (Bielefeld), Ranko Petkovic (Belgrad), Prof. Dr. Helmut Ridder (Bonn), Prof. Dr. Hans Thirring (Wien), Konni Zilliacus M. P. (Manchester).

sozialistische hefte,
Albert Berg, 2 Hamburg 39, Riststraße 2

Bei Bezugnahme
auf diese Anzeige
senden wir Ihnen gern
ein kostenloses Probeexemplar.

Bücher

Stefan T. Possony
„Lenin – eine Biographie"
Verlag Wissenschaft und Politik

Der Klappentext des Werkes verheißt ein „vom mythologischen Rankenwerk der sowjetischen Legenden" (befreites) Buch. Nun wird gewiß nichts einzuwenden sein gegen eine kritische Würdigung der sowjetischen Geschichtsschreibung, was Lenin angeht. Und man wird auch von einem Bürgerlichen, Direktor des International Political Studies Program bei der Hoover Institution, nicht verlangen, daß er Werk und Person Lenins in ihrer ganzen Größe begreift, besonders wenn man berücksichtigt, daß Possony einer der Initiatoren der „Roll Back"-Strategie war, und daß dieser kalte Krieger pikanterweise immer noch Gastreferent beim Forschungsinstitut für politische Wissenschaften an der Universität Köln ist. Aber ein gewisses Mindestmaß an Einfühlungsgabe in die Person des Revolutionärs, wie in die besonderen Bedingungen, die er gerade in der damaligen Zeit vorfand, sollte man wohl bei jedem Biographen voraussetzen können. Der Versuch dazu ist in diesem Buch erst gar nicht unternommen worden.

Hunderte von Zitaten aus Archiv-Dokumenten und aus anderen Biographien werden meist nur durch psychologisierende oder moralisierende Bemerkungen des Autors verbunden. So wird uns an einer Stelle mitgeteilt, daß Lenin nach der erfolglosen Behandlung eines Ausschlags durch einen russischen geflüchteten Medizinstudenten in der Schweiz „in Zukunft sozialistischen (!) Ärzten ... mißtraute." (S. 100)

An anderer Stelle heißt es, daß Inessa Armand – eine angebliche Liebe Lenins – diesen (durch ihr Klavierspiel) „sicher nicht menschlicher machen (konnte) – mit der Zeit wurde sie zu seinem gehorsamen Werkzeug – aber manchmal vermochte sie, Lenin zu einem Schimmer der Erkenntnis zu verhelfen, daß es Werte gab, die höher als die Revolution waren." (S. 159) Da schweigt der Renzensent in Ehrfurcht und versucht, auch einen ‚Schimmer der Erkenntnis' zu erhaschen. Revolutionär, und damit dem Gegenstand seiner Betrachtung wahrhaft angemessen werden Possonys Erkenntnisse jedoch dort, wo er sich zu politischen und historischen Beurteilungen hinreißen läßt. Der deutschen Sozialdemokratie widerfährt nach über 50 Jahren endlich Gerechtigkeit. „Die Bewilligung der Kriegskredite an ihren Friedenskaiser" (Brecht) war der eigentliche Grund für die Oktoberrevolution. Denn: „Lenin hätte sich über die Haltung der deutschen sozialistischen Partei freuen sollen, denn hätten die Sozialdemokraten beschlossen, die deutschen Kriegsbemühungen zu untergraben, so hätte der Zarismus den Sieg davongetragen ... in Wirklichkeit aber war seine Einstellung viel mehr als die der deutschen Genossen die eines Konterrevolutionärs. Er verdrängte sein Schuldbewußtsein, indem er die deutsche Partei tadelte, die ihn großgezogen hatte und die, indem sie gegen den Zarismus kämpfte, die Gebote von Marx, Engels und Bebel befolgte." (S. 200) Das ist wahrhaft „dialektische Geschichtsschreibung"! In den Staub mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und all den anderen, die durch ihre Aufrufe zum Boykott des imperialistischen Krieges auf allen Seiten und an allen Fronten fast die Oktoberrevolution verhindert hätten.

Eine weitere Bemerkung stehe stellvertretend für viele andere, die hier nicht aufgeführt werden können. „Viele Russen hofften damals (1924), daß Lenin am Leben bliebe. Denn Lenin hatte ihrer Meinung nach letzten Endes doch erkannt, daß der Kommunismus nicht verwirklicht werden könnte. Er allein aber wäre fähig gewesen, die kommunistischen Ideen aufzugeben und der Entwicklung eine andere Richtung zu geben." (S. 447) Wahrscheinlich sind es diese Stellen, die der Autor in der Einleitung in nicht geringer Selbsteinschätzung ‚meine bilderstürmenden Darlegungen' nennt.

Die oben genannten Zitate stehen aber nicht im Mittelpunkt einer, wie versprochen wird, „ungemein fesselnden und spannenden Lektüre", sondern sie sind die ungewollten Höhepunkte einer ansonsten nur noch durch den Fleiß des Zusammentragens auffallender Philologenarbeit, die vom Erzählerischen her vielfach Langeweile verbreitet.

Der Autor meint, daß dieses Buch von den Kommunisten „mit Pfeifen und Johlen aufgenommen wird". (S. 13) Der Rezensent konnte statt Pfeifen und Johlen oft ein Gähnen nicht unterdrücken. Von der Lektüre ist abzuraten!

Peter Simon

Zum fünfzigsten Jahrestag der Oktoberrevolution und zum hundertsten seit dem Erscheinen des „Kapitals" wird die Aufmerksamkeit auf zwei Bände der edition suhrkamp und einen Sonderdruck der „Marxistischen Blätter" gelenkt, die thematisch Probleme der kapitalistischen Entwicklung und der Revolutionen seit 1917 zum Gegenstand haben.

Folgen einer Theorie
Essays über „Das Kapital"
von Karl Marx
Edition Suhrkamp Nr. 226
205 Seiten

Neun Autoren nehmen in diesem Band zu den zentralen Kategorien der im Marxschen Hauptwerk entwickelten sozialistischen Theorie Stellung. Dieser Band besticht vor allem durch die Breite der Argumentation: eine elegant geschriebene Übersicht über das Schicksal der Marxschen Theorie in der bürgerlichen Wissenschaft (Ernst Theodor Mohl) leitet das Kompendium ein, worin unter anderem Prof. Werner Hofmann über den Begriff der „Verelendung", Ernest Mandel über „Die Marxsche Theorie der ursprünglichen Akkumulation und die Industrialisierung der Dritten Welt" und Alfred Schmidt über „Geschichte und Geschichtsschreibung in der materialistischen Dialektik" zu Wort kommen. An dieser Stelle ist es nur möglich, auf einige Schwerpunkte in den genannten Beiträgen einzugehen, wobei sich Einwände aus einem zweifachen Kriterium zu ergeben haben: einmal, ob die Darstellung als „marxgerecht" gelten kann, daß heißt, den Intentionen des „Kapitals" folgt, zum anderen, ob dem historisch-materialistischen Grundzug der Marxschen Analyse Rechnung getragen wurde. Ohne Einschränkung kann vor allem Alfred Schmidts Auffassung der materialistischen Dialektik nach diesen Maßstäben als richtungsweisend angesehen werden. Es ist aus methodischen Gründen bedauerlich, daß seine Betrachtung der Aufsatzsammlung nicht vorangestellt wurde. In der Tat erweist sich ein Zugang zum „Kapital" – aber auch zur sozialistischen Theorie überhaupt – als aussichtslos, sobald verkannt wird, daß „Wissenschaft, kritischer Materialismus und Weltveränderung ... für Marx und Engels untrennbar zusammengehören". (S. 125) Gegenüber den verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen der herrschenden Universitätsdogmen ist es ein unbestreitbares Verdienst, diesen Zusammenhang an der Entwicklung des Denkens von Marx und Engels selbst Zug um Zug nachgewiesen zu haben.

Die gültige Anwendung dieses Grundzugs auf konkrete soziale Tatbestände demonstriert Ernest Mandel. Seine Erörterung über die eigentümliche ökonomische Situation der Dritten Welt könnte sonst nicht zum Ergebnis kommen, daß „in einer von Gesellschaftsklassen, deren Macht auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruht, beherrschten Wirtschaft ... Industrialisierung nur möglich (ist), wenn die gesamte sozialökonomische Lage diesen Klassen ein zwingendes Interesse an der Industrialisierung auferlegt", während der verändernde Aspekt mit dem Weg Rußlands und Chinas angedeutet ist. (S. 91 f.)

Demgegenüber läßt Hofmanns Aufsatz diese analytische Strenge vermissen. Zwar ist hier nicht der Ort, die vielfältigen

Fragestellungen im einzelnen zu diskutieren, aber zwei prinzipielle Einwände seien doch angebracht. So geht Hofmann ausdrücklich von einer Marxschen „Verelendungstheorie" aus. (S. 29) Spätestens seit Agartz' Untersuchung dieses Gegenstandes müßte jedoch klar geworden sein, daß „weder Marx noch Engels jemals eine Verelendungstheorie aufgestellt (haben)", sondern daß sie von Eduard Bernstein stammt, der ausschließlich auf die Lohnhöhe Bezug nahm. (WISO, 17, Köln, 1. Sept. 1961) Für Bernstein war allerdings damit die Voraussetzung seines „Revisionismus" gegeben. Die Konsequenzen für die Entwicklung der sozialistischen Theorie innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung liegen auf der Hand. Bedenklich ist zum anderen die formale Behandlung der Arbeitswertkategorie sowie ihre unvermittelte Gegenüberstellung einer von ihr losgelösten „schleichenden Inflation" hochmonopolistischer Wirtschaften. (S. 49) Nun läßt sich aber nur mit dieser Kategorie nachweisen, daß die Inflation ihren Ursprung in der Rüstung infolge latenter Überproduktion hat. Die Krise wäre an sich nicht aufzuhalten, da eben das Wertgesetz voll wirksam ist.

„Das Kapital 1967"
Sonderheft Nr. 2/67 der
„Marxistischen Blätter"
Frankf./M. – DM 2,–

Überaus großer historischer wie empirischer Materialreichtum zeichnet dieses Sonderheft der „Marxistischen Blätter" aus. Besonders die ökonomische Diskussion kann an folgenden Beiträgen nicht vorbeigehen: Prof. Maurice Dobb (Cambridge), „Zur politischen Ökonomie des ‚Kapitals'", Prof. Dieter Klein (Berlin), „Der Konflikt zwischen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen heute", Victor Perlo (New York), „Anwendung Marx'scher Reproduktionsschemata auf den staatsmonopolistischen Kapitalismus", Paul Boccara (Paris), „Die Theorie der Überakkumulation und die öffentliche Finanzierung". Witali S. Woydinski (Moskau) vermittelt unerläßliche Aufschlüsse über die innere Struktur des „Kapitals", deren Kenntnis ein wichtiges Hilfsmittel zur Durchdringung der komplizierten Materie ist. Dieses Sonderheft kann zweifellos als ein internationales wissenschaftliches Symposium bezeichnet werden. Gleichzeitig gibt es einen instruktiven Einblick in das derzeitige hohe theoretische Niveau der internationalen sozialistischen Bewegung.

Peter Gäng / Reimut Reiche
„Modelle der Kolonialen Revolution", Beschreibung und Dokumente
Edition Suhrkamp Nr. 288

Zu Recht machen die Autoren ihre Leser im Nachwort darauf aufmerksam, daß ihre Ansichten nicht die einhellige Meinung des SDS widerspiegeln. Wäre es anders, hätte der Verband wohl die Berechtigung verloren, sich weiterhin als sozialistisch zu apostrophieren. Diese Bemerkung schließt sogleich das Urteil ein, daß Gängs und Reiches Beitrag zur Diskussion über die revolutionäre Entwicklung in Asien, Afrika und Lateinamerika in methodischer Hinsicht keine sozialistische Analyse darstellt. Unter Beschränkung auf die wichtigsten Gründe können dafür folgende Argumente angeführt werden: die sozialistische Theorie kennt keinen Unterschied zwischen „marxschen" und „nicht-marxschen" Revolutionen, wie ihn Gäng und Reiche als Ausgangssituation annehmen. (S. 22 ff., 27 ff.) Es bleibt daher unverständlich und ist eine Irreführung des Lesers, wenn in einer „Vorbemerkung" (S. 7) aus dem Kommunistischen Manifest zitiert wird, wonach jede revolutionäre Bewegung prinzipiell die Eigentumsfrage ins Zentrum ihrer Zielsetzung stellt. Das besagt aber nichts anderes, als daß auch sozialistische Revolutionen ihrem theoretischen Ort nach soziologisch bedingt sein müssen, ihr Eintreten damit unabhängig wird von den vor hundert Jahren vorgenommenen Einschätzungen der Klassiker. Die Verwirrung geht sofort in Konfusion über, sobald unter dem Zitat aus dem Manifest statt des Eigentums plötzlich der Gegensatz von „arm" und „reich" auftaucht. Werden – wie es die Verfasser tun – Fortschritte der Industrialisierung zur ausschlaggebenden Kategorie erhoben, bleibt von dem bestimmenden Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus im Weltmaßstab nichts mehr übrig, da dann ganz andere Formen der Konfrontation an seine Stelle treten müßten: beispielsweise der „arme" Kongo gegen das „reiche" China, die „arme" Mongolei gegen die „reiche" UdSSR das arme Griechenland gegen die reiche Bundesrepublik und so fort. Insofern die schematische Entgegensetzung zwischen den rein relativen Begriffen „arm" und „reich" beständig durchzuhalten versucht wird wenn von der Bestimmung verschiedener Faktoren der „Weltrevolution" die Rede ist (S. 147 ff.), bleibt Gäng und Reiche nur der Schluß, daß etwa die „wirtschaftliche Annäherung zwischen den EWG- und Comecon-Ländern ... (leicht) Ausgangspunkt einer wirtschaftlichen Verflechtung sein könnte" (S. 152) oder daß „sich eine Situation denken (ließe), in der die Wirtschaften aller hochindustrialisierten Länder so sehr miteinander verflochten sind, daß kein Teil einen kostspieligen externen Krieg führen kann, wenn der andere Teil nicht einverstanden ist" (S. 153), was die gesellschaftliche Alternative „der Jugend und der Intelligenz" zur „nationalen Befreiungsbewegung" (S. 165) abdrängt. Diese romantische Schwärmerei findet ihre Entsprechung in der Oberflächlichkeit, mit der ökonomische Prozesse im Kapitalismus untersucht werden. (S. 158 ff.) Gäng und Reiche sind mit der bürgerlichen Wirtschaftslehre darin einig, daß es „den spätkapitalistischen Gesellschaften ... gelungen (ist), ein Instrumentarium zu entwickeln ... der zyklischen Überproduktionskrisen ... Herr zu werden; gleichzeitig hat sich die Lage der Arbeiterschaft so weit gebessert, daß Entfremdung nicht mehr notwendig kongruent ist mit materiellem Elend ..." (S. 159)

Ob sie es bei derart „ideologiefreien" Positionen nicht einmal bei der SPD versuchen sollten?

Gerhard Bessau

Zeitschriften

Juni – September 1967

(In den nächsten Nummern von „facit" wird die Zeitschriftenschau um bisher noch nicht besprochene politische Monatszeitschriften erweitert, politische Wochenzeitschriften sollen in die Besprechung einbezogen werden. D. Red.)

MARXISTISCHE BLÄTTER

– Für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik –

Herausgeber: August-Bebel-Gesellschaft e. V., Frankfurt/M. W 13, Kurfürstenstraße 8.

Zweimonatlich DM 2,–

Heft Nr. 4 (Juli/August 1967)

Prof. Dr. Werner Hofmann: „Zur Soziologie des Antikommunismus"

Egon Schreiber: „Die Beziehungen Bundesrepublik – DDR und die europäische Sicherheit"

Jörg Högemann: „Der US-Imperialismus, Israel und die Araber"

Hans Fr. Gellert: „Keynes und seine modernen Schüler in der Bundesrepublik" (Zu Schillers wirtschaftspolitischer Konzeption)

Prof. Dr. Kurt Winter: „Das Gesundheitswesen in der DDR"

Heft Nr. 5 (September/Oktober 1967)

Leitthema dieses Heftes ist die Oktoberrevolution:

Egon Schreiner: „Die Oktoberrevolution und ihr Echo in der deutschen Arbeiterbewegung 1917/18"

Franz Ahrens: „Prüfstein Oktoberrevolution"

Prof. W. M. Chwostow (Moskau): „Der Einfluß der Oktoberrevolution auf die Entwicklung der Welt"

Prof. Ernst Engelberg: „Einige Aspekte der Stellung der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution"

Kristin Grünewald/Dr. Egon Becker: „Die Oktoberrevolution im westdeutschen Schulbuch"

Günter Judick: „Die Matrosenbewegung von 1917 für einen Frieden ohne Annexionen"

Alexander Jefremow (Moskau): „Lehre aus der Geschichte der sowjetisch-deutschen Beziehungen"

Prof. Wilhelm R. Beyer: „Adornos Auschwitz-Modell"

Auf die hier auszugsweise aus beiden Heften hingewiesenen Beiträge soll nicht näher eingegangen werden, sondern lediglich noch einmal auf die Wichtigkeit der „Marxistischen Blätter" in der gegenwärtigen marxistischen Diskussion hingewiesen werden. Sie gehören zur unumgänglichen Lektüre eines jeden Sozialisten.

Sonderheft Nr. 1/67 der „Marxistischen Blätter" (Juli 1967, DM 3,–) „Machstrukturen des heutigen Kapitalismus"

In dem umfangreichen Band (156 Seiten) sind die Referate und Diskussionsbeiträge der vom 7. bis 9. April in Frankfurt/M. von den „Marxistischen Blättern" durchgeführten internationalen wissenschaftlichen Tagung zum Thema „Machstrukturen des heutigen Kapitalismus" enthalten.

(Ausführlicher Bericht von dieser Tagung in „facit" Nr. 9, Mai 1967)

Sonderheft Nr. 2/67 der „Marxistischen Blätter" (Sept. 1967, DM 2,– „Das Kapital 1967"

(Siehe Besprechung von G. Bessau in diesem Heft)

STIMME

– Stimme der Gemeinde zum kirchlichen Leben, zur Politik, Wirtschaft und Kultur

6 Frankfurt am Main, Finkenhofstraße 4
Einzelheft DM 1,–, zweimal im Monat

„BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK"

Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln, Barbarossaplatz 1
Einzelheft DM 3,–
Im Abonnement DM 2,50
Studentenabonnement DM 2,–
monatlich

Nr. 5 (Mai 1967)

Hans Heinz Holz: Die Sowjetunion heute (Wird gemeinsam besprochen mit Werner Hofmanns Bericht in der

„Stimme" Nr. 12 (15. Juni 1967)

von einer dreiwöchigen Rundreise durch die Sowjetunion, an der beide Autoren mit anderen westdeutschen Gewerkschaftern, Schriftstellern, Journalisten und Professoren teilgenommen hatten.)

Während ihrer fast dreiwöchigen Rundreise durch die Sowjetunion war der Delegation alle Unterstützung der sowjetischen Behörden zuteil geworden.

Holz: „Die sowjetischen Behörden waren offensichtlich bereit, auch einer ohne Unterstützung (vielleicht gerade wegen des „ohne" – Anm. d. Verf.) der Bundesregierung reisenden Delegation ein Höchstmaß an Informationsmöglichkeit und politischer Partnerschaft zu gewähren."

Ihre Eindrücke gliedern beide, Hofmann und Holz, in drei wesentliche Abschnitte: 1. Die überall auffallenden Aufbauleistungen, das Entstehen von neuen Industrien und Städten vor allem in den Neulandgebieten.

2. Diese gewaltigen Aufbauvorhaben, Aufgaben genug für die kommenden Generationen, bedürfen jedoch zu ihrer Verwirklichung vor allem einer unabdingbaren Voraussetzung: die schöpferischen Potenzen von morgen in einem Bildungsprozeß von heute vorzubereiten.

Beiden Autoren erscheint das Bildungssystem als vorbildlich, zur Verdeutlichung einige Zitate aus dem Bericht Hofmanns: „Wenn es mittlerweile zur allgemeinen Einsicht geworden ist, daß auch im wirtschaftlichen Wettbewerb der Weltsysteme die Entwicklung des menschlichen Wissens entscheidet, so wird man das, was sich gegenwärtig in der Sowjetgesellschaft vollzieht, nicht anders denn als Bildungsrevolution zu bezeichnen haben." Und ein besonders einprägsame Beispiel, bezeichnend auch für die bildungspolitische Wirklichkeit in der BRD:

„Kasachstan, ein Land, in dem vor der Oktober-Revolution 98 Prozent der über sieben Jahre alten Bevölkerung Analphabeten waren, zählt heute im Vergleich zur Volkszahl mehr Hochschulstudenten als die Bundesrepublik."

Als wesentlichstes Ergebnis aber der sowjetischen Bildungspolitik stellt Hofmann fest:

„Die fatale Spaltung von Bildung und Arbeit erscheint in diesem Lande als weithin überwunden."

3. Um diese Aufgaben in Gegenwart und Zukunft bewältigen zu können, braucht die Sowjetunion aber Frieden.

Sie kann keine Störenfriede bei ihrem Aufbauwerk gebrauchen. Holz: „In den fünfzig Jahren seit der Oktoberrevolution hat das Land so viele Opfer getragen, so übermenschliche Leistungen vollbracht, daß es nach Ruhe und friedlichem Aufbau verlangt." Störenfried aber ist jeder, und das ist in allen Gesprächen immer wieder in tiefer Besorgnis betont worden, wer heute noch Forderungen nach Grenzrevisionen stellt, sich nicht mit den Ergebnissen des 2. Weltkrieges abfindet: dies ist allein auf weiter Flur die Bundesrepublik Deutschland, und die Sowjetunion wirft ihr nicht zu Unrecht Revanchismus vor, glaubt auch zu Recht den Friedensbeteuerungen der Regierung der „Großen Koalition" solange nicht, als ihnen nicht verbürgte Sicherheiten vorausgegangen sind, Sicherheiten, wie sie von seiten der DDR längst gegeben sind.

Holz: „So rückt heute in den Mittelpunkt des deutsch-sowjetischen Verhältnisses die unabdingbare Forderung nach der Anerkennung der DDR."

Den sowjetischen Friedenswillen deutlich zu machen, abschließend noch ein Zitat aus dem Bericht von Holz:

„Wer für die Energieversorgung Moskaus über Tausende von Kilometern eine leicht verletzliche Erdgasleitung baut, die die Quellen Bucharas mit dem Endabnehmer Moskau verbindet, denkt gewiß nicht an Krieg. Ein Land, von dem man als erstes den Eindruck gewinnt, daß es ein riesiger Bauplatz ist, ... braucht zur Vollendung dieser Projekte Frieden. Das Wort „Frieden" – so abgenutzt es uns westeuropäischen Skeptikern im vieltausendfachen Gebrauch erscheinen mag – hat in der Sowjetunion einen fast religiösen Gehalt; an ihm entzünden sich die Emotionen von mehr als zweihundert Millionen Menschen. Es ist keine Ideologie, sondern zugleich Ausdruck eines realen Bedürfnisses und einer tiefen, unauslöschlichen Sehnsucht."

Ebenfalls Heft Nr. 5 (Mai 1967):

Unter dem Teil „Dokumente zum Zeitgeschehen" erscheint die Sozialenzyklika von Papst Paul VI „Populorum Progressio", die in derselben Nummer von Alfred Horne gut kommentiert wird, vor allem im Hinblick auf die Diskrepanz zwischen dem „aufdringlichen Signal zu einer geistigen Revolution" in der Enzyklika und der mitunter finsteren Wirklichkeit der bestehenden katholischen Kirche.

Es sei nur an Spanien erinnert oder an die „geistig revolutionäre Haltung" deutscher Bischöfe zur Einführung von Gemeinschaftsschulen als Hauptschulen in der Bundesrepublik.

Nr. 6 (Juni 1967)

Hans Heinz Holz: Die Schubladenverordnungen und ihre Auswirkungen II (Die erste Folge ist in Heft Nr. 2, Februar 1967, erschienen.)

Die Texte der Schubladenverordnungen sind erschienen bei: Verlag „Neue Kritik" – „Voltaire Verlag", Frankfurt/M. und Berlin, unter dem Titel „Schubladentexte" und eingeleitet von Rechtsanwalt Heinrich Hannover.

Nicolaus A. Athanassiades: Notstandsverfassung und der Putsch in Griechenland
Der Beitrag weist schlüssig nach, daß ohne Art. 91 der griechischen Verfassung (ohne den „Notstandsartikel" also) und ohne den NATO-Plan „Prometheus" der Putsch in Griechenland so reibungslos wohl nicht möglich gewesen wäre. Für den bundesrepublikanischen Leser ist dies deshalb erschreckend, weil man mit Sicherheit annehmen kann, daß dieser Plan den westdeutschen Militärs bestimmt nicht unbekannt ist, und weil der „Notstandsartikel" 91 der griechischen Verfassung unserer geplanten Notstandsverfassung täuschend ähnlich sieht. In einer Zusammenstellung „vergleichbarer Regelungen in Staaten mit rechtsstaatlicher Verfassung", die vom Bundesinnenministerium herausgegeben wurde, wird die griechische Notstandsverfassung als für die Bundesrepublik beispielhaft und nachahmenswert gerühmt.

Dem Beitrag von Athanassiades folgt als redaktioneller Anhang und zum erstenmal in deutscher Sprache veröffentlicht die „Liste der von der griechischen Militärjunta verbotenen und aufgelösten Organisationen".

Insgesamt sind es 278 Organisationen, davon allein in Athen, Piräus und ihren Vororten 164. Wer diese Liste aufmerksam liest, wird feststellen, daß es sich hier nicht um kommunistische Organisationen handelt, wie es das Militärregime so gern hinstellt – fast alle Organisationen sind Facharbeitervereine, Vereinigungen mit deutlich politischen Zielsetzungen stellen eine verschwindende Minderheit – die Stoßrichtung ist klar: gemeint ist die

Arbeiterklasse, die werktätige Bevölkerung, wie auch immer sie sich organisiert haben mag. Gemeint ist die bürgerliche Demokratie, wo immer auch sie sich bemerkbar macht, sei es im „Elternverein" eines Gymnasiums oder in einem „Bildungsverein".

Nr. 7 und 9 (Juli und September 1967)

Eberhard Czichon: Hermann Josef Abs, Bankier und Politiker

Die Arbeit des jungen DDR-Historikers Eberhard Czichon [1]) über Person und Politik des Hermann Josef Abs erscheint in den „Blättern" in drei Teilen, von denen zwei bereits vorliegen. Der Autor stützt sich auf ein Quellenmaterial von ca. 20 000 Seiten, die sich zusammenetzen aus der persönlichen Handakte von H. J. Abs, den Akten seines Auslandssekretariats aus den Jahren 1938–1945 und den Akten des Generalsekretariats und der Kanzlei der Deutchen Bank – Material, das den Krieg in feuersicheren Panzerschränken überstanden hatte und von Czichon in den umfangreichen Archiven der Humboldt-Univerität Berlin ausfindig gemacht wurde.

Der erste Teil (Heft Nr. 7) behandelt Aufstieg und Tätigkeit von H. J. Abs bis zum Kriegsausbruch 1939, im zweiten Teil (Heft Nr. 9) wird das Wirken von Abs während der Kriegsjahre dargestellt.

Auf einen zentralen Aspekt der politischen Ideen von Abs sei hier wegen einer Aktualität hingewiesen: seine Vorstellungen von einer europäischen Gemeinschaft und der besonderen Stellung Deutschlands in dieser Gemeinschaft.

Bereits im Jahre 1944 unterstützte Abs angesichts der drohenden militärichen Niederlage eine Denkschrift, deren „Kerngedanke die Schaffung einer europäischen Wirtschaftsvereinigung unter einem europäischen Wirtschaftsrat" war. Der deutschen Industrie stehe in diesem wirtschaftlichen Großraum kraft ihrer „geschichtlichen Entwicklung" und ihrer „kulturellen und wirtschaftlichen" Leistungen der Vorrang als „Fahnenträger" zu – eine Konzeption, die Abs über den Zusammenbruch des „Dritten Reiches" hinaus rettete und für die Nachfolgerin dieses Reiches, die Bundesrepublik Deutschland, verbindlich machte. Abs, der mächtige Mann im Hintergrund, der sich öffentlich nie für die „nationalsozialitische Idee" engagierte, weder NSDAP- noch SS-Mitglied war, sondern „ganz schlicht nur in 56 Aufsichts- und Verwaltungsräten von Banken und Industrieunternehmen" saß, der „15 Funktionen in Handelskammern und Wirtschaftsorganisationen bekleidete und ein Heer von annähernd 2 bis 3 Millionen deutchen Rüstungs- und fremden Zwangsarbeitern dirigierte, dieser Abs bediente sich zur Durchsetzung seiner Konzeption nach dem Kriege in Westdeutschland der gleichen Mittel, wobei er wieder als der stille Mann im Hintergrund wirkte und nicht sonderlich an das Licht der Öffentlichkeit trat.

Herausgegeben vom „Verband Deutcher Studentenschaften" (VDS) erschien im Juli im Pahl-Rugenstein Verlag:

Knut Nevermann: „Der 2. Juni 1967"

(Studenten zwischen Notstand und Demokratie – Dokumente zu den Ereignissen anläßlich des Schah-Besuchs. Preis: DM 3,–; zu beziehen über die SDS-Gruppen, die „Allgemeinen Studentenausschüsse (AStA) der einzelnen Universitäten und über Buchhandlungen)

Gesammelt sind in diesem Band Reden, Stellungnahmen, Flugblätter und Zeugenaussagen von Professoren, Studentenvertretern und -organisationen zu den Ereignissen um den Schah-Besuch in der BRD und um die Ermordung des Berlinster Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni. Die Dokumentation legt ein beredtes Zeugnis ab von der Solidaritätswelle, die der Tod Ohnesorgs an allen Universitäten und in der Öffentlichkeit auslöste, und von der Entschlossenheit, den Kampf um die Politisierung der Studenten fortzuführen, das politische Mandat der Studentenschaft nachdrücklicher denn je zu fordern, um dem entgegenwirken zu können, was letztlich für die Ermordung Ohnesorgs verantwortlich genannt werden muß: die zunehmende Entdemokratisierung der BRD zugunsten einer zunehmenden Stärkung der Exekutivgewalt. Der knappe Anhang mit den Erklärungen und Reden verschiedener Vertreter des Berliner Senats demonstriert den Zynismus, mit dem sich alle auf das Prinzip der Ordnung und Autorität gegenüber den Studenten berufen, kann nur dann noch überboten werden, wenn dieses System vom präfaschistischen zum offen fachistischen übergeht.

GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE
Herausgegeben vom Bundesvorstand des DGB

Einzelheft DM 2,50
Monatlich
5 Köln-Deutz, Deutz-Kalker Straße 46/48
Heft Nr. 7 (Juli 1967)

Ossip K. Flechtheim: Ein Leben für den Dritten Weg

Es soll Ossip K. Flechtheim nicht unterstellt werden, daß er, sich der Analyse einer Klassengesellschaft entziehend, zu dem Ergebnis kommt, daß bürokratische Herrschaft neue Klassenherrschaft bedeutet. (Obwohl manches dafür spricht in seinem Artikel und er es nur zu gern immer wieder anbringt: der DDR-Sozialismus hat „bürokratische Interessen" – bürokratische Notwendigkeiten gibt es anscheinend nicht.)

So kulminiert denn seine Schilderung des Lebensweges des Heinz Brandt („Ein Traum, der nicht entführbar ist", München 1967), der sein Leben für den „Dritten Weg" des Sozialismus lebt, in einigen grob vereinfachenden, historisch unrichtigen Thesen, deren Bezug auf die politische Gegenwart der beiden deutschen Staaten, vor allem auf das Verhalten der BRD und ihrer kapitalistischen Verbündeten gegenüber der DDR, man völlig vermissen muß: unkritisch übernimmt Flechtheim Brandts These von der Gleichartigkeit des Faschismus und Stalinismus. (So wird denn auch der Tod Stalins als die „beste Nachricht von der Welt" gefeiert – als gäbe es für einen Sozialisten keine bessere Nachricht.)

Der 17. Juni war der Aufstand des wahren proletarischen Bewußtseins mit dem Ziel des „Dritten Weges eines demokratischen Sozialismus". So einfach kann man es sich nicht machen, dies so thesenhaft darzustellen, bedeutet, historisch verfälschend zu argumentieren.

„... der Westen ging auf die Fühler des Kreml nicht ein..." (nach dem 17. Juni und während des „neuen Kurses" der Sowjetunion mit Malenkow und Berija) – dergleichen kann man nicht, wenn man den „Dritten Weg" rechtfertigen will, derart unkommentiert in den Raum stellen, zumindest müßte man erwähnen, daß auch die „neue" Politik der Sowjetunion eines nicht im Sinn hatte: die DDR aufzugeben und bedingungslos dem kapitalistischen Westen zu überlassen. Eben an den von der UdSSR aufgestellten Forderungen zu einem gesamtdeutschen Staat ist das „Einfühlen" des Westens gescheitert, dem der kleine Finger eines sozialistischen und demokratischen Staates auf neutraler, gegebenenfalls antikapitalistischer Basis zu wenig war, wenn er hoffte, mittels „Kaltem Krieg" vielleicht die ganze Hand zu bekommen.

Flechtheim sollte auch nicht vergessen: die Poltik der Sowjetunion und ihrer sozialistischen Verbündeten war wesentlich beeinflußt von der aggressiven Politik der USA und ihrer kapitalistischen Verbündeten, allen voran die Bundesrepublik, die zeitweise (und das hat sich bis heute nicht wesentlich geändert) nichts anzubieten hatte als ihren Antikommunismus, und der es nach wie vor angelegen ist, auch wenn dies mehr und mehr illusorisch wird, der DDR jede Lebensmöglichkeit zu nehmen.

Ohne den Spekulationen Flechtheims und des von ihm als „selten lichte Gestalt in einem düsteren Zeitalter" geadelten Heinz Brandt spekulativ antworten zu wollen, sei jedoch gefragt: was wäre aus dem ersten deutschen sozialistischen Staat, der DDR geworden (jener von allen Mächten des Kapitalismus und der Reaktion bis aufs Messer bekämpften DDR), wenn sie den undogmatischen und westähnlichen Weg der Brandt, Thalheimer u. a. gegangen wäre – ohne die feste, auch dogmatisch feste Bindung an die Sowjetunion wäre ihr ein Tod eher vorauszusagen gewesen als ein Überleben.

Dem idealisierenden und verklärenden Beitrag Flechtheims sei die Rezension über Brandts Buch in den **„Frankfurter Heften" Nr. 8/1967 von Konrad Beisinghoff** entgegengehalten – eine Kritik an Brandts unrealistischen Vorstellungen über die Verwirklichung des „Dritten Weges". (Eine Kritik, die man auf Flechtheims hohes Lob gleich mit anwenden kann.) Denn (so Beisinghoff): „Bei ihm bleibt freilich durch alle Kapitel hin unklar, wie er sich den Verlauf seines „dritten Weges" vorstellt, jetzt, da nicht auf Havemann oder Schirdewan, schon gar nicht auf Buchannoder Trotzki zu hoffen ist..."

„... Konkreta sind des Autors Stärke nicht..." (Flechtheims Stärke offensichtlich auch nicht) „... Es ist, auch wenn die Mai-Nelke auf dem Umschlag es anders suggerieren möchte, kein politisches Buch geworden."

Heft Nr. 9 (September 1967)
bringt als Dokumentation die „Entschließung des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 5. Juli 1967 zum Entwurf einer Notstandsverfassung".

FRANKFURTER HEFTE
– Zeitschrift für Kultur und Politik –

Nr. 8 und 9 (August u. September 1967)
Isaac Deutscher: Die Veränderungen der Gesellschaftsstruktur der UdSSR

Beginnend mit der Feststellung (die ganz exakt mit ausführlichem Zahlenmaterial belegt ist), daß die Industrialisierung und Urbanisierung, und daraus folgend die Hebung des Lebensstandards der gesamten Bevölkerung der Sowjetunion „in der Geschichte hinsichtlich ihres Tempos und Umfanges nicht ihresgleichen" hat, kommt Deutscher am Ende seines Beitrags zu dem Ergebnis, in der Sowjetunion habe sich heute so etwas wie eine neue „Klassengesellschaft" etabliert. (Was nicht an Hand von Material nachgewiesen wird, was aber vom Autor selbst mitunter nicht mit der letzten Festigkeit vertreten wird, darum ist für ihn die „neue Klasse" eine Klasse in Anführungszeichen.)

An dem Beitrag müssen einige sachliche Korrekturen vorgenommen werden, die das Ergebnis mehr als fragwürdig erscheinen lassen, da viele von Deutschers Behauptungen ohne Nachweis bleiben.

1. Es stimmt nicht, daß „Daten über die Lohn- und Gehaltsstrukturen" in der Sowjetunion „unterdrückt" werden. Es liegen seit einiger Zeit öffiziöse Angaben des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften darüber vor (veröffentlich in „Die Andere Zeitung" Nr. 33 v. 17. 8. 1967). Material also, daß Deutscher bei gutem Willen und einigem Bemühen hätte zugänglich sein können.

2. Die Tatsache, daß durch die hohen Sozialleistungen und die a l l e n zugänglichen Ausbildungschancen soziale und kulturelle Spannungen weitgehend entfallen sind, wird nicht erwähnt, bzw. wertend zur Kenntnis genommen.

3. Der Abschnitt über die Konkurrenz der verschiedenen Arbeiterschichten, wobei als Kriterien a) unterschiedliches Ausbildungsniveau, b) unterschiedliche Integrierung in die städtische Gesellschaft genannt werden, bleibt ebenso hypothetisch, da er keinerlei Angaben über die zahlenmäßige Stärke und Aufschlüsselung des Industrieproletariats bringt.

Wie viele seiner unbegründeten und unbelegten Behauptungen muß auch diese daher als polemisch disqualifiziert werden

4. Einem Deutscher, dem Material über Lohn und Arbeitszeit in der Sowjetunion nicht nur unbekannt ist, sondern von den herrschenden Schichten sogar „unterdrückt" wird, muß unterstellt werden, daß ihm auch einzelne Fakten und Strukturen des „Terrors einer Arbeiterschicht über die andere" unbekannt. (Das wird nämlich ohne genauen Nachweis behauptet.) Was ihn nicht hindert, den Terror dennoch als gegeben zu betrachten.

5. Wen wundert es da noch, daß für ihn die Sowjetgesellschaft eine „Klassengesellschaft" ist?

Denn: „Die Industriearbeiter, die kleine Minderheit von 1917, bilden nun die größte Klasse (!) der sowjetischen Gesellschaft."

Deutscher kann bei der Definition seines Begriffes „Klasse" mit sich selbst widerlegt werden. Er scheint sich seiner eigenen Schwäche bewußt zu sein, wenn er sagt: „Ich kann hier nicht die Semantik des Problems aufrollen und die Definition einer Klasse erörtern; ich mache lediglich einen Unterschied zwischen wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit und einem Klassenantagonismus."

Und: „Sie (gemeint sind die privilegierten Gruppen) sind eine Klasse und sie sind es nicht."

Hätte sich der Autor an die marxistische Definition gehalten, wie er es mitunter in Ansätzen tut, so hätte er dann wenigstens deutlich klären können, ob sie eine Klasse sind oder nicht. Die Wichtigkeit dieser Diskussion um den sogenannten Klassencharakter der Sowjetgesellschaft macht diese Klarheit erforderlich.

6. Deutscher gebraucht Begriffe wie „Klasse", „Herrschaft" usw. leichtfertig und ungenau, vielleicht aus gutem Grund,

eine korrekte Anwendung hätte ihm sein Ergebnis selbst fragwürdig erscheinen lassen.

Zur Klärung sei W. Hofmann („Stalinismus und Antikommunismus", Edition Suhrkamp Nr. 222) zitiert:

„Es ist der fatale Mangel der heutigen politischen Soziologie, daß sie keinen klaren Begriff hat von dem, was ihr eigentlich konstitutiv ist, nämlich von Herrschaft, und daß sie daher zwischen Wesensgehalt und Erscheinungsbild einer Gesellschaft nicht zu unterscheiden vermag." (S. 14)

Und: „Die Sowjetgesellschaft ist differenziert, nicht gespalten. Differenzierung aber vollzieht sich in der Einheit." (S. 15)

Zuletzt: „Denn es ist von großer Bedeutung: die gesellschaftliche Ordnung ‚Diktatur des Proletariats' ist ihrem Wesen nach nicht Herrschaftsordnung, sondern Machtordnung." (S. 14)

SOZIALISTISCHE HEFTE
Herausgeber: Albert Berg, 2 Hamburg 39, Riststr. 2; im Auftrage des Vorstandes des Zentral-Ausschusses der „Vereinigung Unabhängiger Sozialisten" (VUS)
Monatlich DM 1,50
Heft Nr. 7 (Juli 1967)

Walter Barsig: Dialog auf neuer Basis

Am Beispiel des zwischen der kommunistischen und sozialistischen Partei Frankreichs (KPF und SFIO) wiederbelebten Dialogs, dem als Ergebnis gemeinsame Aktionen im Parlament und gegen die Regierung Pompidou zuzuschreiben sind, versucht Barsig einen neuen Dialog zwischen deutschen Sozialdemokraten und Kommunisten anzuregen. Großer Hoffnung gibt er sich dabei allerdings nicht hin, denn

1. ist die KPD in der Bundesrepublik verboten, der Kontakt also schon rein technisch sehr erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

2. „Mißachtete der SPD-Vorstand anscheinend die Grundwahrheit eines jeden Dialogs" (gemeint ist der nicht zustanden gekommene Dialog zwischen SPD und SED, der eingeleitet war durch den Offenen Brief des Zentralkomitees der SED an die Delegierten des Dortmundes Parteitages der SPD vom 7. Februar 1966).

3. „Dieser fruchtbare Dialog zwischen Sozialisten und Kommunisten wurde wesentlich erleichtert, als sich die französischen Sozialdemokraten wieder auf ihre sozialistische Zielsetzung besannen."

Prof. Dr. G. Schultze: „Die sozialistische Demokratie in der DDR"

Ein im Aufbau gut gegliederter und daher sehr einprägsamer Aufsatz zur demokratischen Wirklichkeit in der DDR – und somit auch Kritik an der undemokratischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik. Der Vergleich zwischen beiden deutschen Staaten drängt sich auf, auch wenn Prof. Schultze nicht ausdrücklich darauf eingeht.

Allein die Erfüllung des Potsdamer Abkommens in beiden Staaten, die darin geforderte konsequente Vertreibung der Nazis aus allen wichtigen Positionen, hat für die beiden deutschen Staaten und ihre demokratische Entwicklung zentrale Bedeutung: nicht zufällig sind heute die Exponenten und Initiatoren der westdeutschen Politik zum großen Teil alte NSDAP-Parteigenossen (es sei nur an Kiesinger erinnert), nicht zufällig machen sie heute gemeinsam mit den Konzernen eine „harmonische" Politik von oben gegen die Interessen des Volkes.

Daß die Entwicklung in der DDR eine genau entgegengesetzte, und damit demokratische ist, weist der Autor überzeugend nach.

Prof. Dr. W. Abendroth: Die politische Funktion des KPD-Verbots

Ausgehend von den politischen Gründen des Verbots –

„Die KPD war die einzige politische Partei, die ohne jede politische Schwankung Konzessionen an die Wiederbewaffnung ablehnte." – Grund genug für die Kräfte der Restauration zum Verbot der Partei, um „innenpolitisch die zunächst starke Volksstimmung zu brechen, die eindeutig gegen die Remilitarisierung gerichtet war".

– über die innenpolitischen Auswirkungen des Verbots –

(Einengung der Diskussion politischer und gesellschaftlicher Alternativen, Verfemung aller links von der SPD stehenden Kräfte als subversiv und kommunistisch, Entliberalisierung des politischen Lebens in der Bundesrepublik durch die Folgen des Verbots mit dem Ergebnis, daß das Verbot „erheblich dazu beigetragen hat, die sozialen Machtverhältnisse zugunsten der Finanzoligarchie zu verlagern." –

kommt Prof. Abendroth zu dem Ergebnis:
„Will die Bundesrepublik Deutschland die Probleme ihrer gegenwärtigen Krise in demokratischer Weise lösen, so muß sie bestrebt sein, den freien Spielraum der politischen Diskussion und die Libralität ihres gesellschaftlichen Systems durch Wiederzulassung der einst verbotenen Partei wiederherzustellen, die mindestens seit der Erklärung der zwölf kommunistischen Parteien von 1956 sich auch programmtisch zur Fortentwicklung der parlamentarischen Demokratie bekennt."

DIE NEUE GESELLSCHAFT
Herausgegeben von: Otto Brenner, Waldemar von Knoeringen, E. W. Meyer, Carlo Schmid, Carl Schumacher

Heft Nr. 5 (September/Oktober 1967)

Günter Bartsch: Oktoberrevolution

Diesen Aufsatz des Renegaten Bartsch gelesen zu haben, bedeutet: klar bestätigt zu bekommen, auf welch theoretisches Niveau die Sozialdemokratie in der Bundesrepublik gesunken ist. (Immerhin gilt die „Neue Gesellschaft" als das theoretische Organ der SPD, die Namen der Herausgeber bestätigen das.)

In seiner Polemik gegen die Sowjetunion, die ebenso gut vom finstersten CSU-Flügel stammen könnte, bedient sich Bartsch aller Mittel, nur der nicht, die man „wissenschaftlich" und „historisch" nennt. Der Artikel besteht aus einer ununterbrochenen Kette unbewiesener und zum überwiegenden Teil sogar offen falscher Behauptungen über die 50 Jahre sozialistischer Entwicklung in der Sowjetunion. („Die Oktoberrevolution ... ersetzte die zaristische durch die kommunistische Selbstherrschaft" – „Die kommunistische Herrschaft bedeutet bis zum heutigen Tage ein permanentes Sozialistengesetz. Insofern übertrumpft sie Kaiser Wilhelm und Bismarck." – Die „Duldung des Pfadfinderverbandes in Polen" muß herhalten als Beispiel und Hinweis, „daß die Sowjetunion, ungeachtet ihrer Größe und Weltbedeutung, zum Nebenschauplatz der kommunistischen Entwicklung, insbesondere ihrer positiven Seite, zu werden beginnt." So ist es nicht erstaunlich, daß für ihn „die Sowjetunion den Höhepunkt ihrer Macht bereits überschritten hat".)

Die theoretische Widerlegung seines Aufsatzes hat Bartsch selbst unmöglich gemacht, weil dieser Wust von Polemik keine Arbeits- und Diskussionsgrundlage darstellt.

Peter Bubenberger

Über die Freiheit in der Sowjetunion

Der Kampf gegen die Sowjetunion wird von vielen Intellektuellen unter der Parole *Für die Freiheit!* geführt. Man weist anklagend auf eine große Unfreiheit hin, in der sowohl der einzelne Mensch als auch die große Masse der Arbeiter und Bauern in der Union leben sollen. Die Knechtung geht angeblich von einer Anzahl mächtiger und gewalttätiger Leute aus, an deren Spitze ein einziger Mensch steht, Josef Stalin. Die Parole wird ausgegeben und die Schilderung wird entworfen nicht nur von Faschisten, bürgerlichen Demokraten und Sozialdemokraten, sondern auch von marxistischen Theoretikern, welche in ehrlichem Kampf gegen Faschisten, bürgerliche Demokraten und Sozialdemokraten stehen. Diese Theoretiker drücken zugleich die Gefühle und Meinungen vieler Intellektueller aus. Sie würden bestreiten, daß sie einen Kampf gegen die Sowjetunion führen, wenn ihre Gegner, die Faschisten, bürgerlichen Demokraten und Sozialdemokraten, sie als Bundesgenossen bezeichneten, sie würden sagen, sie seien nur gegen den „Zustand, in dem sich die Sowjetunion gegenwärtig befindet", gegen eine Anzahl mächtiger und gewalttätiger Leute dort, gegen einen einzelnen Menschen, Josef Stalin. Aber wenn die Sowjetunion in einen Krieg verwickelt würde, kämen sie mit dieser ihrer Unterscheidung in große Schwierigkeiten, denn sie könnten die Sowjetunion nur bedingt verteidigen, nur, wenn sie sich von Stalin trennte, und einen Sieg der Sowjetunion könnten sie nicht gutheißen, wenn das ein Sieg unter Stalin, also, ihrer Meinung nach, ein Sieg Stalins wäre. Und sie können nicht bestreiten, daß schon die Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion durch ihre Argumente „nur gegen Stalin" erleichtert wird.

Der Hauptgrund, warum ihre Argumente die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion erleichtern, besteht darin, das die Gegner der Sowjetunion auf Grund ihrer Argumente sagen: Das, was ihr wollt, ihr Sozialisten, ist in Rußland gemacht worden. Ihr schriet nach Freiheit. Ihr gabt an, was getan werden müßte, damit es Freiheit gäbe. Nun, es wurde gemacht, und ihr sagt selber: Da ist keine Freiheit. Da, wo gemacht wurde, was ihr vorschlagt, ist keine Freiheit. Ihr habt die ganze Ökonomie umgestürzt, ihr habt alle Besitzverhältnisse geändert. Ihr habt immer gepredigt, Freiheit gebe es nur, wenn die Ökonomie umgestürzt, der Privatbesitz abgeschafft würde, und jetzt geschah das, und da ist keine Freiheit.

Die Antistalinisten antworten, wenn das gesagt wird, nicht direkt, sondern sie wenden sich wutentbrannt gegen die „Stalinisten" (denn für sie sind alle, die heute für die Sowjetunion sind, Stalinisten, das heißt von Josef Stalin bezahlte oder unterdrückte Leute) und sagen: „Da habt ihr's."
(. . .)
Fragmentarisch

Bertolt Brecht

Impressum

Herausgeber: Sozialistischer Deutscher Studentenbund Köln

Anschrift der Redaktion: 5 Köln-Sülz, Palanterstraße 5b, Telefon 44 46 16

Anzeigenverwaltung: Hans-Jochen Michels, 42 Essen-Stadtwald, Eginhardhöhe 34

Vertrieb: Willi Meeger, 5041 Kierdorf b. Köln, Südstraße 2, Postscheckkonto Köln 2084 85

Verantwortlicher: Horst D. Ermel

Druck: Peter Millard & Co KG, Köln

„facit" erscheint fünfmal im Jahr. Jahresabonnement 2,– DM und Zustellgebühr, Einzelheft 0,50 DM, Doppelnummer 1,– DM.

Titelbild: Gisela Loch